

Sie fürchten den Konsumrückgang, wenn auch nur für vorübergehende Zeit. Sie rechnen damit, denn es ist nicht angenehm, daß Sie im Anfang einen Konsumrückgang verzeichnen werden. In den letzten acht Tagen, die der Landtag noch zu leben hat, haben Sie keine Ursache, uns Vorwürfe zu machen wegen Bekämpfung der Biersteuer und Bekämpfung des Alkoholismus. Es kann die Bekämpfung der Biersteuer dazu führen, daß eine Anzahl von Menschen, wenn die Abstinenz mit der Aktion einsetzt, dafür gewonnen daß sie sich darin einig sind, und es sich sagen, vielleicht überlege ich mir die Frage, ob ich wirklich dieses Gefäß trinken muß oder überhaupt Bier, Wein oder Schnaps trinken muß, oder ob ich ohne diese Getränke auskommen kann. Leider muß ich sagen, daß die Zahl dieser Menschen eine sehr geringe ist. Vielleicht nur einige Hundert. Leider stehen diesen Zehntausende gegenüber, die auch durch Erhöhung der Biersteuer nicht zum Gedanken kommen, daß es nicht notwendig ist, Bier oder andere geistige Getränke zu sich zu nehmen. Von diesem Standpunkte ist es kein Hindernis, daß die Leute weniger Bier trinken, so kann ich nur sagen, daß es nicht so wichtig ist, daß das nichts an dem ganzen Zustand des Alkoholismus ändert. Die Frage ist, die gar nichts trinken oder sich allen Gefahren preisgeben und aussetzen, die der Alkoholismus nach sich zieht. Erfahrungsgemäß ist der Rückgang des Konsums nur ein vorübergehender. Er kann einige Monate anhalten, aber nicht sehr lange. Vielleicht vier bis fünf Monate, dann flaut die Sache ab. Die Leute gewöhnen sich an diese Verteuerung und es hat nach dieser Richtung die Bekämpfung des Alkoholismus keine weiteren Vorteile. Aber ein anderes Moment tritt auf. Die Verteuerung des Bieres bezweckt bei vielen jenen Leuten, die nicht zum Abstinenzismus zu bewegen sind, welche glauben, daß sie geistige Getränke zu sich nehmen müssen, daß sie vom Bier zum Schnaps greifen, zur konzentrierten Form des Alkohols, der viel rascher wirkt als der Alkohol im Bier. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, das Biertrinken zu entschuldigen, aber sicher ist es nicht zu begrüßen, wenn die Leute statt des Bieres Schnaps trinken, wo sie in kleiner Menge bereits eine sehr große Menge von Prozenten an Alkohol in den Magen hineinbekommen. Die meisten Menschen, die sich nicht zur Abstinenz entschließen können, die glauben ohne Bier nicht arbeiten zu können, zum Beispiel alle Arbeiter in einem Eisenwerk; die Puddler kaufen sich, obwohl der Bierboykott ihnen bewiesen hat, daß es ganz gut ohne Bier geht, trotzdem das

Bier zum erhöhten Preise, weil sie glauben, daß für die Arbeit in der Hitze das Bier unbedingt notwendig ist und sie ohne Bier nicht arbeiten können. Nachdem diese Arbeiter sehr viel trinken, so werden sie einen großen Teil des Lohnes für Bier ausgeben und das hat nun zur Folge, daß gerade diese Kreise, wenn sie für dieses Bier so viel mehr hergeben müssen, weniger Geld für andere wirklich notwendige Bedürfnisse ausgeben und ausgeben können. Sie geben weniger für die Wohnung aus, sie haben nicht das Bestreben, sich eine bessere, gesündere und schönere Wohnung zu verschaffen. Sie geben auch weniger Geld für wirkliche Nahrung aus; sie werden sich also schlechter ernähren, als es ohnedies heute schon der Fall ist. Sie werden in bezug auf Kleidung, Bücher, Zeitungen weniger Kulturbedürfnis haben, es wird eine Verschlechterung ihrer ganzen Lebenshaltung eintreten. Sie wird herabgedrückt durch den Glauben, daß sie das Bier nicht entbehren können. Deswegen bekämpfen wir die Erhöhung der Biersteuer. Wir wollen nicht haben, daß diese Kreise für ihre Unwissenheit in dieser Frage gestraft werden, dadurch, daß ein großer Teil des Lohnes ihnen abgenommen wird für diesen Zweck — die Erhöhung der Biersteuer. Ich glaube, daß ich Ihnen zur Genüge bewiesen habe, daß man sehr gut Abstinenz sein kann und trotzdem gegen die Erhöhung der Biersteuer sprechen und stimmen kann.

Die allergrößte Mehrheit der Bevölkerung sind keine Abstinenzisten und werden auch keine werden. Und infolgedessen lastet diese neue Steuer auf ihr und muß ihre ganze Lebenshaltung in schwerer Weise herabgedrückt werden.

Es ließe sich noch viel sprechen über die Landesfinanzen, über die allgemeine Stellung des Staates zu dem Lande, über die ganze Sanierung der Landesfinanzen, die Sie nicht in Angriff nehmen, die Sie bloß verkleistern, zukleben mit einem sehr teuren Pflaster. Weil soeben der neue Landtag zusammenkommt und eine radikale Kur notwendig ist. Gewiß, der Staat hat sehr viel Schulden, und wir wissen, daß die Landesfinanzen sehr trübe sind und uns nicht die Möglichkeit geboten ist, autonome Steuern zu beschließen, ohne auf die Umlagerhöhung oder Erhöhung der indirekten Steuern zu greifen. Das müßte vom Reichsparlament geändert werden. Wenn der Staat keine autonomen Steuern zuläßt, dann muß man sich eben im Parlament einsetzen. Sie sind ja die Regierungspartei. Reden Sie mit den Ministern und schauen Sie mit ihnen fertig zu werden, damit reiner Tisch gemacht werde, daß man weiß, was haben

die Länder zu erwarten, welche Einnahmen können den Ländern zugewiesen werden; alles andere können nur Palliativmittel sein; aber das, was Sie heute machen wollen, ist kein Palliativmittel, das ist nur ein Flickwerk, ein Tropfen auf einen heißen Stein. Dieser Ausdruck ist nicht richtig, im Gegenteil, eine Gefahr für den neuen Landtag. Wenn dies beschlossen ist, so ist von vorneherein eine Sache vorweg genommen, man kann kein ordentliches Programm für eine gründliche Reform der Landesfinanzen machen. Es wäre gewiß so manches möglich und gut für die Übernahme der Schulkosten durch den Staat. Das wollen Sie aber nicht, Sie wollen die Entscheidung in der Hand haben aus nationalen Gründen. Ja, meine Herren, dann dürfen Sie aber nicht jammern, wenn kein Geld da ist. Wenn die Schulkosten vom Staate übernommen werden, dann wird das Land im Budget ganz bedeutend entlastet werden, und es könnte das Geld für andere Zwecke verwendet werden.

Das Land hat auch Aufgaben übernommen, zu welchen es nicht verpflichtet ist, die aber große Summen verschlingen. Gendarmerie, Zwangsarbeitsanstalten sind Einrichtungen, die den Staat angehen. Das sind ja alles Dinge, die ja unbedingt notwendig sind, die aber das Land belasten. Wenn man diese Lasten dem Staate überwälzen könnte, dann wäre es für das Land nicht notwendig, jeden Augenblick mit solchen Steuererhöhungen zu kommen, welche die arbeitende Bevölkerung so furchtbar schwer belasten. Dazu müßte man aber im Parlamente so energisch sein wie hier und mit den Mächtigen einmal Deutsch reden, die Regierung vor die Alternative stellen: Entweder wird die Sache mit den Ländern bereinigt, oder wir bewilligen nichts für das Militär usw., das ja den Hofreisen so sehr ans Herz gewachsen ist. Das trauen Sie sich aber nicht, denn jeder, der in das Parlament kommt, hat schon das Minister-Portefeuille im Tornister. Jeder denkt sich, er wird Minister oder wenigstens Sektionschef im Gewerbe-förderungswesen und infolgedessen kommt er nicht dazu, sich auf die Füße zu stellen und die Sanierung der Landesfinanzen zu betreiben. Sie fühlen sich offenbar auch ganz wohl, denn man hört heute nichts. Hier und da macht sich die slowenische Obstruktion ein bißchen bemerkbar, aber das geht ja vorüber, die kann man abkaufen. Im übrigen fühlen Sie sich heute gesichert vor den Sozialdemokraten, denn Sie haben ja einen privilegierten Wahlkörper. Da kann man ja auch den Wählern erzählen, daß man im Jahre 1909 gegen und im Jahre 1913 für etwas stimmen kann.

Da Sie keine Gefahr fühlen, so verbarrikadieren Sie sich wie in einer Festung und es wird beschlossen und bewilligt. Kommt die Auflösung des Landtages in Sicht, wie vor mehreren Jahren, dann wird gespendet, dann werden Hunderttausende hinausgeworfen für die Wahlkreise, für ganz bestimmte einzelne Personen, welche die Wahlmacher sind. Diese bekommen eine Unterstützung. Es wird Stimmung gemacht und die Hauptsache ist, daß bei der Wahl alles klappt und der betreffende Abgeordnete wieder gewählt wird. Bevor der Landtag auseinander geht, wird das Geld mit vollen Händen beim Fenster hinausgeworfen und es werden schwebende Schulden aufgenommen, wenn es nicht mehr geht, und wenn es mit der Aufnahme der Schulden nicht mehr geht, dann kommt man mit neuen Steuern, die auf die breiten Massen der Bevölkerung gelegt werden. Das ist natürlich eine sehr bequeme Geschichte und so sieht man auch jetzt wieder dasselbe Schauspiel aufführen und auch jetzt wieder den altersschwachen Landtag durch die slowenische Obstruktion zugrunde richten. Man will den Landtag, dem man nur eine achttägige Gnadenfrist gegeben hat, dazu veranlassen, die Biersteuer zu schlucken. Ich glaube, es wäre nicht notwendig gewesen, dies noch zu machen, denn ich glaube, daß schließlich die Slowenen, wenn man ihnen diese Gefälligkeit auch nicht erwiesen hätte, vielleicht doch zu haben gewesen wären für diesen achttägigen Landtag, da es für sie doch nicht angenehm ist, mit der Obstruktion in die Wahl zu gehen, vielleicht werden sie ja auch von ihren eigenen Lehrern gedrängt. Ich glaube also, daß es vielleicht doch möglich gewesen wäre, diese Galgenfrist von acht Tagen ohne diese schwere Belastung der Bevölkerung für den Landtag zu erwirken.

Meine Herren, wir haben den Kampf gegen die Biersteuer-Erhöhung offen aufgenommen und geführt aus den Gründen, die wir ja in diesen Tagen wiederholt und ausführlich vorgebracht haben und noch vorbringen werden. Wir werden diese Biersteuer-Erhöhung aus den Gründen bekämpfen, die Sie im Jahre 1909 angeführt haben. Wenn wir dieselbe in so eindringlicher Weise bekämpfen, als wie es in den letzten Tagen, gestern und heute, geschehen ist, so haben wir dabei die Absicht gehabt, nicht bloß die Biersteuer-Erhöhung zu bekämpfen, was ja unserem Programm entspricht, welches die Aufhebung der indirekten Steuern und ihre Ersetzung durch direkte fordert, sondern haben dabei auch die Nebenabsicht gehabt, zu demonstrieren gegen die Obstruktion, gegen die bisherige Methode, die Obstruktion abzukaufen oder

aufzukaufen. (Abg. Rejssel: „Gegen die Obstruktion als Handelsartikel!“) Sie haben den Slowenen für eine achttägige Landtagstätigkeit, nach welcher der Landtag aufgelöst wird und Neuwahlen kommen, Zugeständnisse gemacht, über deren sachliche Berechtigung ich nicht sprechen will, über die sich ja reden läßt, wenn sie im Rahmen eines Gesamt-Nationalprogrammes enthalten sind; aber Sie haben ganz einfach das, was Sie vor kurzer Zeit aus nationalen Gründen als unmöglich erklärt haben, bewilligt, nicht aus Gerechtigkeitsgefühl, das in Ihnen erwacht ist, sondern bloß zu dem Zwecke, um acht Tage beisammen sein zu können, um die Biersteuer-Erhöhung durchführen zu können. Gegen diese Methode haben wir in diesen Tagen, in denen wir das Vergnügen haben, mit Ihnen beisammen zu sein, demonstriert und haben weiter, so weit es in unseren schwachen Kräften stand, gezeigt, daß es auf die Dauer und in Zukunft doch nicht so einfach sein wird, über unsere Köpfe hinwegzugehen, daß wir, wenn es zu einem Ausgleich zwischen Deutschen und Slowenen in Steiermark kommt, den Anspruch erheben, bei diesen Ausgleichsverhandlungen als gleichberechtigter Faktor mitzusprechen und gehört zu werden. Bei den Verhandlungen zwischen den Deutschen und den Tschechen in Böhmen ist es ja auch neuerdings der Fall gewesen, daß die Vertreter der Arbeiterschaft ausgeschlossen wurden, obwohl die deutschen und die tschechischen Arbeiter den größten Teil der Bevölkerung ausmachen. Im böhmischen Landtage ist überhaupt kein einziger Vertreter der Arbeiterschaft. Die Arbeiter haben dort kein Wahlrecht. Hier im steirischen Landtage haben wir doch ein elendes, erbärmliches Wahlrecht, eine wenn auch kleine Gruppe, und wir sind nicht gesonnen, uns einfach an die Wand drücken zu lassen. Uns kann es nicht genügen, daß die Herren miteinander ausmachen, was sie wollen und uns dann großmütig durch den Statthalter mitteilen lassen, das ist ausgemacht worden, und daß man dann von uns erwartet, daß wir sagen, ob wir dagegen obstruieren werden. Das kann uns nicht genügen, sondern wir müssen verlangen, zu wissen, was bei einem Ausgleich zwischen Nationen unumgänglich notwendig ist, wenn er von langer Dauer sein soll, denn sonst wird die alte Geschichte wieder losgehen. (Abg. Dr. Rukovec macht einen Zwischenruf.) Ihr Zwischenruf bestätigt nur, wie recht wir haben, daß nicht die Nationalen verhandelt haben, sondern nur die einzelnen Oliguen. Dann muß man sich um so mehr gegen eine solche Behandlung einzelner Teile des Landtages verwahren!

Denn schließlich sind wir ja auch ein Teil dieses Landtages und haben ein Recht zu wissen, was man verhandelt. Wer weiß, ob wir uns nicht Mühe gegeben hätten, diesen Antrag einzubringen, wenn wir gewußt hätten, daß Herr Dr. Korošec verboten hat, daß mehr gemacht werde, als das, was auf dem Programme steht.

Die Herren von der deutschen Volkspartei haben einen großen Teil von schönen Anträgen eingebracht und jetzt erfährt man, daß diese Anträge alle in den Papierkorb geworfen werden müssen. Man sollte doch glauben, daß die Sache anders gemacht werden muß, und wir haben durch unseren gestrigen und heutigen Kampf gegen die Biersteuer nicht bloß unsere Opposition gegen diese Erhöhung zum Ausdruck gebracht, sondern ostentativ gegen das Abkaufen der Obstruktion, gegen die Art und Weise der Behandlung, die Sie uns zuteil werden lassen, demonstriert.

Meine Herren! Der steirische Landtag leidet, wie so viele andere Landtage, unter der ungelösten Nationalitätenfrage, unter welcher ganz Österreich leidet. Wir wissen nicht, ob diese Krankheit überhaupt heilbar ist; vielleicht ist Österreich verurteilt zum Schicksal einer Türkei Nr. 2, vielleicht sollen wir auseinander, wie dies der Türkei passiert ist, aber dann werden wir auf die Butterseite fallen! Jedoch solange wir leben und verurteilt sind, in diesem Staate zu leben, müssen wir den Versuch machen, auszukommen und zu trachten, daß wir, so lange wir eben miteinander leben müssen, menschlich und verträglich miteinander leben!

Unserem Programm würde es entsprechen, wenn wir anstatt der alten Kronländer national abgegrenzte Verwaltungsgebiete hätten. Ich will nicht behaupten, daß dies das sichere Heilmittel wäre, vielleicht ist Österreich überhaupt nicht mehr zu retten und zu helfen, aber wenn es noch ein Heil für Österreich gibt, dann ist es nur möglich durch diese Scheidung!

Wie gern hätten wir, daß Sie, Herr Dr. Korošec, in Laibach im Landtage sitzen würden! Wie schön wäre es, wenn wir hier allein säßen, wir würden uns zwar auch streiten, aber es würde doch etwas bei unserem Streite herauskommen! (Abg. Rejssel: „Warum wollen Sie denn bei uns bleiben, Ihre Parole ist doch „Los von Graz!““)

Also ich glaube, wenn es überhaupt eine Rettung gibt, so wäre doch die nationale Autonomie die einzige Erlösung von diesen nationalen Unannehmlichkeiten, daß Sie zum Beispiel slowenisch miteinander reden müssen, damit wir Sie nicht verstehen. (Weiter-

keit.) Ich glaube, es wäre damit allein geholfen, wenn der deutsche Teil der Steiermark seine Vertreter wählt und der slowenische Teil seine eigenen, und wenn dieser Teil dann mit Krain vereinigt würde. (Abg. Kessel macht einige Zwischenrufe.)

**Landeshauptmann:** Aber ich bitte doch, Herr Abg. Kessel! (Abg. Kessel: „Ich glaube, wenn man so lange da sitzt, muß man doch seinen Gefühlen freien Lauf lassen!“) Ich bitte, Herr Kessel, meine Bemerkungen doch ein bißchen zu beobachten.

Abg. Dr. **Schacherl** (fortfahrend): Ich glaube, den Herren der Deutschen Volkspartei müßte es doch höchst angenehm sein, wenn sie nicht immer die Gefahr der Lahmlegung des Landtages durch die slowenische Obstruktion vor sich sehen; wenn die deutschen Teile der Steiermark ihre eigenen Vertreter wählen und die anderen ihre Vertreter dorthin nach Laibach schicken, glaube ich, möchten wir uns wunderbar vertragen.

Nun, meine Herren, damit wollte ich gesagt haben, daß der derzeitige Zustand überhaupt unhaltbar ist, daß eine Änderung wird erfolgen müssen, und daß es nicht angeht, so von Fall zu Fall, so auf acht Tage einen Waffenstillstand zu schließen gegen die schwersten Opfer. Ein solches Vorgehen hat ja nicht den geringsten Wert, es müßte tatsächlich eine endgültige Auseinandersetzung über alle strittigen Punkte, die da in Betracht kommen könnten, stattfinden. Früher ist es nicht möglich, in diesem Landtage zu einer ruhigen Arbeit zu kommen!

Wir müssen dagegen protestieren und dokumentieren, daß man den Herren Slowenen die Obstruktion so zicerweise abkauft!

Jetzt ist die Zeit dazu gegeben, jetzt wird der Landtag neugewählt, vielleicht bricht im Frühjahr wieder die Obstruktion aus, dagegen müssen wir uns, glaube ich, auf das energischste verwahren! (Abg. Kessel: „Wohin kommen wir denn bei dieser Greiserei?“)

Meine Herren, ich habe also, wenn auch nicht so ausführlich, aber doch, wie ich glaube, einigermaßen unsere Gründe dargelegt, die uns veranlassen, diesen Punkt der Tagesordnung, die Erhöhung der Bierauflage, zu bekämpfen. Wir sind der Ansicht, daß es nicht angeht und nicht notwendig ist, diesem sterbenden Landtag noch eine derartig schwere Belastung der Bevölkerung abzupressen! (Abg. Kessel: „Die Frage der Landtage.“ — Abg. Otter: „Jetzt wird schon ein Souffleur gebraucht.“ — Abg. Horvatek: „Schon wieder der Otter.“)

**Landeshauptmann:** Ich bitte, Herr Abg. Kessel, Sie haben nicht das Wort! Lassen Sie doch Herrn Abg. Dr. Schacherl sprechen!

Abg. Dr. **Schacherl** (fortfahrend): Wenn Sie immer dareinsprechen, so werde ich — ich habe da soviel Material liegen — meine Rede noch einmal ausführlich zur Kenntnis des hohen Hauses bringen, weil man das nicht oft genug wiederholen kann, was Sie da gesagt haben; Sie hätten alle Ursache, zu schweigen, nach dem, was da schwarz auf weiß steht.

Meine Herren! Wir haben dargelegt, daß es nicht notwendig wäre, diesen sterbenden Landtag noch so schwer zu belasten, von ihm eine so drückende Erhöhung der Bierauflage zu verlangen. Es ist nicht wahr, daß es nicht möglich wäre, den Lehrern diese Teuerungszulage zu geben, ohne die Erhöhung der Landes-Bierauflage zu beschließen! Sie haben doch durch Jahre gewirtschaftet, Sie haben Geld zu allen möglichen Zwecken ausgegeben, das nicht so notwendig war, wie die Erhöhung der Lehrergehälter, und haben diese Ausgaben nicht in Verbindung gebracht mit der Erhöhung der Bierauflage; es wäre daher auch jetzt nicht notwendig, den Lehrern diesen Schimpf anzutun und ihre berechtigten Wünsche zusammen zu ziehen mit der odiosen Besteuerung des Bieres, mit dieser hohen Belastung, deren Unzulässigkeit und Schädlichkeit für das Gast- und Schankgewerbe Sie ja selbst im Jahre 1909 so klar dargelegt und bewiesen haben.

Ich glaube, meine Herren, wenn es noch möglich wäre, Sie zu überzeugen, dann hätten Sie jetzt überzeugt werden müssen! Wenigstens durch Ihre eigenen Reden, die Sie im Jahre 1909 gehalten haben! Was soll man dann vom Ernste Ihrer Reden halten, wenn es sich bei der Abstimmung zeigt, daß Sie selbst das nicht glauben, was Sie damals gesagt haben, wenn Sie selbst alle diese Argumente, die Sie selbst vorgebracht haben gegen die Biersteuer, nunmehr unter den Tisch werfen und das Gegenteil machen, was Sie damals bekämpft haben?

Ich glaube, es würde sich doch empfehlen, in sich zu gehen, zu prüfen und zu überlegen, ob es nicht besser wäre, die Vereinbarungen zu revidieren und auf die Erhöhung der Biersteuer zu verzichten.

Ich weiß nicht, wie Sie sich dazu stellen werden, leider sind nicht so viele Herren hier und ich muß daher befürchten, daß ich nur wenige von Ihnen überzeugt haben werde durch Ihre eigenen Reden vom Jahre 1909. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn alle Herren von Ihrem Klub hereingekommen wären und die wunderbaren Reden gehört hätten, die damals die

Herren Sedlacek, Dr. v. Kaan, Pfersch, Einspinner, Otter usw. gehalten haben.

Wir halten es nicht für notwendig, daß die Biersteuer erhöht werde, weil diese Ausgabe von anderthalb Millionen Kronen für die Lehrer, für die Landesbeamten, für die Landesbediensteten notwendig ist, weil diese schließlich aus denselben Mitteln hätten befriedigt werden können, aus denen Sie alle anderen genommen haben. Sie haben Millionen ausgeborgt und alle möglichen Bedürfnisse befriedigt, so hätten Sie schließlich, nachdem der Landtag ja ohnedies auseinander geht, auch noch diese anderthalb Millionen Kronen dazu nehmen können und hätten den Lehrern das geben können, was ihnen zukommt. Herr Dr. v. Kaan hat im Jahre 1909 noch viel radikaler gesprochen!

Er hat gesagt: „Wenn man mich auch einen Katastrophenpolitiker nennt“; ich bin nicht so radikal, ich glaube nicht, daß deswegen eine Katastrophe des Landes eintreten müßte, wenn man zu diesen 16 Millionen Kronen, die wir bereits Schulden gemacht haben, auch noch diese 1½ Millionen Kronen für die Lehrer und Bediensteten dazu verwendet hätte.

Wir sind auch weiter, beziehungsweise trotzdem der Meinung, daß man nebenbei eine Erhöhung der Umlagen mit gewissem Ausmaße auf gewisse direkte Steuern mit demselben Rechte, eigentlich mit mehr Recht, hätte vorschlagen können, als eine Erhöhung der Biersteueraufgabe; eine Erhöhung der Hauszinssteuer müssen wir entschieden bekämpfen, weil das sofort auf die Mieter abgewälzt werden wird. Das haben wir immer erlebt, daß die Hausbesitzer die Mietpreise erhöht haben, und zwar um viel mehr, als die Erhöhung ausgemacht hat. Wie wollen denn diese Herren ihre Wahlprivilegien begründen, daß sie sagen, daß einer mehr Rechte hat als ein anderer. Das verstehe ich nicht, da sie doch die Steuer nicht bezahlen, nur einsammeln und nur Steuerhinträger sind — dazu kann man auch einen Dienstmann verwenden — wenn sie so jede Erhöhung der Mietzinse auf die Mieter abwälzen. Man hat ein schönes Sümmchen zu verwenden, wenn man die Hauszinssteuer progressiv ausgestalten will wie andere Steuern. Auf dieser Bank, wo die zwölf Großgrundbesitzer sitzen, wäre schon noch etwas zu finden, wenn man nachsuchen würde, zum Beispiel die entsprechende Erhöhung der Grundsteuer und anderer Steuern des Großgrundbesitzes. Vielleicht wäre da noch mehr Geld herauszubringen als aus der Biersteuer. Aber wenn man davon spricht, dann ist sofort Feuer auf dem Dach, dann ist man ein

Feind der Bauern, dann erwacht sofort die agrarische Solidarität. Die Bauern werden vorgeschoben, so wie man jetzt die Lehrer vorschiebt und bei einer Erhöhung der Umlagen, welche die mittleren, großen und Großgrundbesitzer treffen soll, das geht nicht, das ist der Untergang der Bauernschaft usw. Gerade durch die agrarische und die Zollpolitik, die in Österreich getrieben wird, ist ja gerade in jenen Kreisen des mittleren und Großgrundbesitzes das Einkommen, das Vermögen gewaltig gestiegen und glaube ich schon, daß da sehr viel zu holen wäre, eine ganz hübsche Summe. Wie wäre es, wenn wir beantragen würden, den Großgrundbesitz entsprechend zu besteuern und diese Steuererhöhung als ein Faktum zu erklären mit der Erhöhung der Lehrergehalte. Da würden die Herren des Großgrundbesitzes schreien, da würden diese alten Herren sogar imstande sein, Obstruktion zu machen. Ebenso ist es mit der Erwerbsteuer. Nicht anders wäre es mit den kleinen armen Teufeln, denen wollen wir nicht die Umlagen erhöhen, denn die meinen wir gar nicht damit, sondern von einer gewissen Höhe der Erwerbsteuer angefangen, könnte man ganz gut die Umlagen progressiv erhöhen, man könnte dann alle diese Anstalten mit öffentlicher Rechnungslegung ebenfalls progressiv besteuern.

Ich glaube, es würden sich schon noch Steuerquellen finden, wenn man wollte, man müßte sich halt dazu setzen, man hat es uns versprochen gehabt. Ich meine ganz im Ernste, daß es nirgends geschrieben steht, daß Sie, wenn Sie schon jetzt in diesen armseligen acht Tagen, welche Sie durch eine Kampferinjektion zu einem Scheinleben verholpen haben, irgendeine Erhöhung von Steuern durchführen wollen, dann ganz gut hätten daran denken können, die direkten Steuern derjenigen Kreise zu erhöhen, die diese Steuern vielleicht leichter hätten tragen können als die breiten Massen der Bevölkerung, als die Gewerbetreibenden und Gastwirte es imstande sind, die Erhöhung der Biersteuer zu tragen. Aber das wollen die Herren nicht, das dürfen Sie nicht, sonst drohen die Slowenen, daß sie obstruieren werden. Das müßte man abwarten, ob es wahr ist. Sonst hätte man ein Faktum machen können zwischen der Besteuerung des Großgrundbesitzes und der Teuerungszulage der Lehrer. Man hätte es probieren müssen, aber die Herren wollen nicht probieren. Es ist viel bequemer, die Arbeiter, die besitzlosen Klassen, zu besteuern, die können sich nicht wehren, denn die Anzahl ihrer Vertreter ist zu gering. Es ist viel bequemer die Biersteuer von zwei auf vier Kronen zu erhöhen.

Ich wiederhole, daß wir nicht auf dem Standpunkte stehen, daß das notwendig gewesen wäre. Wir glauben nicht, daß ein Landtag in seinen letzten Zügen, wo schon das Zünglein läutet, geeignet ist, die Landesfinanzen zu sanieren, sondern man soll ihn sterben lassen und der Landes-Ausschuß soll ermächtigt werden, diese 10,000.000 Kronen, die er ohnehin aufnehmen will zur Konvertierung der Schulden, aufzunehmen. 8,600.000 Kronen braucht er zur Konvertierung der Schulden, bleiben also  $1\frac{1}{2}$  Millionen Kronen, soll er sie den Lehrern geben. Aber bis ein besserer Zeitpunkt kommt, werden Sie halt noch  $1\frac{1}{2}$  Millionen Kronen mit 6 oder 7 Prozent verzinsen. Dies ist nicht angenehm, aber schließlich wird sich an der ganzen Finanzlage nichts ändern. Die ganze Sache wird geregelt werden müssen und das in einem Aufwisch. Wir glauben, daß es nicht notwendig ist, neuerdings die Bevölkerung so schwer zu belasten, am allerwenigsten in einer Zeit, wie die heutige es ist, der wirtschaftlichen Krise, Not, Arbeitslosigkeit, Niedergang von Industrie, Handwerk und Gewerbe. Meine Herren, es scheint ja, daß Sie nicht dieser Ansicht beipflichten, daß Sie die Erhöhung dieser direkten Steuer — der Bierauslage — unter allen Umständen beschließen wollen. Nun gut, tun Sie, was Sie können. Die Verantwortung dafür tragen Sie vor der ganzen Bevölkerung, die Ihnen gewiß nicht vergessen wird, daß Sie in einer Zeit der ärgsten Not, wo die Not aus allen Wohnungen der armen Leute grinst, ihnen neuerdings eine Steuer aufgezwungen haben, eine Steuer, die abermals beinahe  $1\frac{1}{2}$  Millionen Kronen aus den Taschen des Volkes herauszieht; wir haben unsere Schuldigkeit getan, wir haben Ihnen alles gesagt, was sich gegen die odiose Erhöhung der Biersteuer sagen läßt. Befolgen Sie das nicht, lassen Sie sich nicht überzeugen von dem, was Sie zumeist selbst gesagt haben, dann wird die gesamte Bevölkerung den Richter abgeben über Sie und ich bin überzeugt, daß die ganze Bevölkerung Sie verurteilen und verdammen wird.

Abg. **Horvatek** (A. W. Marburg): Hohes Haus! Nach diesen ausführlichen und außerordentlich interessanten Darstellungen meines Vorredners Herrn Dr. Schacherl ist es wohl eine schwere Aufgabe, der Frage der Biersteuer noch neue Seiten abzugewinnen. Ich halte es aber für notwendig, daß man einer so wichtigen Sache außerordentlich viel Aufmerksamkeit schenkt und diese Sache von allen Seiten betrachtet und untersucht, damit man in der Lage ist, sich dann wirklich zu entscheiden, was das Bessere ist, für oder

gegen zu stimmen. Es wurde im großen und ganzen die Biersteuer im allgemeinen behandelt, es wurde wiederholt, was diejenigen Herren einst gesagt haben, welche heute so begeistert dafür sind. Das darf uns nicht genügen, wir müssen uns auch darüber klar sein, was andere von der Biersteuer-Erhöhung sagen, die nämlich von derselben betroffen werden: Heute haben wir schon Gelegenheit gehabt, einen Herrn Vertreter der Brauindustrie zu hören. Jedem von uns Abgeordneten ist eine Petition zugesandt worden von den Brauern, worin sie uns aufmerksam machen auf die Gefahr, welche mit der Biersteuer-Erhöhung verbunden wäre. Wir müssen ganz genau untersuchen, was die Brauer betrogen hat, sich gegen die Biersteuer-Erhöhung auszusprechen und sich bittlich an uns zu wenden. Die Brauer weisen darauf hin, daß die Brauindustrie ohnedies vor Jahren unter dem Bierboikott furchtbar gelitten hat, und teilen uns heute mit, daß ihre Industrie erst vor kurzer Zeit die Folgen des Boikotts überwunden hat. Die Brauer bringen uns Zahlen, woraus wir das Sinken des Bierverbrauches zur Zeit des Bierboikottes ersehen, und wie lange es brauchte, um wieder die alte Höhe des Absatzes zu erreichen. Die Brauer behaupten — was die Brauer sagen, das ist nicht meine Meinung, sondern die Meinung der Brauer — daß eine ähnliche Erscheinung auch jetzt eintreten wird. Wenn das Bier teurer wird, werden viele das Geld für das verteuerte Bier nicht aufbringen und daher dessen Genuß einstellen und zu einem anderen Getränk greifen, und die Bierindustrie wird auf diese Weise zurückgehen. Mit dem Rückgang des Bierverbrauches geht auch die Biererzeugung zurück. Denn die Brauer arbeiten nicht auf Vorrat, sondern das erzeugte Bier soll getrunken werden. Ist kein Absatz, so erzeugt man es nicht und wird die Betriebe einschränken. Man wird einen Teil der Arbeiter und Beamten entlassen. Darunter leiden wieder andere Gewerbe, wie z. B. das Baugewerbe. Auch in diesem Gewerbe werden Arbeiter entlassen werden, und diese entlassenen Bauarbeiter, die doch wieder Beschäftigung haben müssen, werden lohndrückend auf die anderen Arbeiter einwirken. Es wird nicht nur ein Teil der Arbeiter brotlos werden, sondern diejenigen Arbeiter, welche in der Brauindustrie weiter beschäftigt werden, müssen dann mit einem geringeren Lohne vorliebnehmen. Die Brauer sagen, daß ihr Gewerbe heute ohnedies nicht auf Rosen gebettet sei, daß die Gestehungskosten gestiegen seien, da die Hopfen- und Gerstenpreise gestiegen seien, daher der Ertrag bedeutend herabgegangen sei. Die

Brauer weisen darauf hin, daß auch die Wirte, ihre Kunden, ganz bedeutend geschädigt seien, daß manche Wirte, die den Brauereien verpflichtet sind — heute sind ja alle Wirte Sklaven der Brauer! — den Verpflichtungen nicht nachkommen können, daß manche Wirte zugrunde gehen werden, und der Brauer den Schaden tragen muß. Man weist auch darauf hin, daß die Landwirtschaft, die an der Brauindustrie beteiligt ist, ebenfalls geschädigt wird, weil ihre Produkte nicht so teuer bezahlt werden, wie heute — die Gerste und der Hopfen.

Was den Konsumrückgang anlangt, so behaupten die Brauer, daß derselbe im ersten Jahre mindestens 30 bis 40 Prozent betragen werde, und weil man die Erfahrung gemacht hat, daß sich der Konsum wieder mit der Zeit bessert, aber nicht mehr die ursprüngliche Höhe erreicht, so berechnen die Brauer, daß mit einem Konsumrückgang von 20 bis 25 Prozent zu rechnen sei. Wenn einerseits trotz dieses Konsumrückganges eine Mehreinnahme der Biersteuer erzielt wird, so wird diese Mehreinnahme zum Teil aufgehoben dadurch, daß so manche Gewerbetreibende, Wirte, die mit der Brauindustrie in Verbindung stehen, nicht mehr in die Lage versetzt sein werden, die Erwerbsteuer zu zahlen und so ein Ausfall an Landesumlagen stattfinden werde. Die Brauer sagen, man müsse das in Rechnung ziehen. Die Brauer sind hervorragend interessiert an der Frage, ob die Bierauflage erhöht werden soll oder ob sie so bleiben soll, wie sie ist. Die Brauer behaupten, daß seit dem Jahre 1909 bis zum heutigen Tage ihr Gewerbe sich fortgesetzt verschlechtert habe, insbesondere in der letzten Zeit durch die wirtschaftliche Krise, unter der auch sie leiden. Wer sonst den Schaden hat, hat der Herr Abg. Schacherl bereits genau ausgeführt.

Wir brauchten keine Krise zu haben, wenn unsere Politik eine vernünftige gewesen wäre; wenn nicht unverantwortliche Faktoren sich in Dinge hineingemischt hätten, die sie nichts angehen; wenn nicht politische Parteien und ihre Presse auf die gewissenloseste Weise zum Kriege gegen Serbien gehezt hätten; wenn man nicht 100.000 Soldaten an die Grenzen geschickt, wenn wir nicht als kriegsdrohendes Gespenst aufgetreten wären und wir uns nur um unsere eigenen Angelegenheiten gekümmert hätten; wenn wir die Völker im Orient aufeinander los schlagen gelassen hätten und uns damit begnügt hätten, ruhig und vergnügt in der warmen Stube zu sitzen.

Man brauchte nicht diese Krisen zu haben, infolge der Hege von seiten derjenigen, die glaubten, durch

den Krieg auf ihre Rechnung zu kommen. Und diese Krise wirkt auch auf die Brauindustrie, deren Gedeihen kein solches ist, wie man es wünschen sollte. Die Brauer sagten, wie ich schon erwähnte, daß es für die Landesfinanzen kein Glück sei, die Biersteuer zu erhöhen. Sie weisen da auf das Beispiel von Böhmen hin, wo die Einnahmen ganz bedeutend heruntergegangen seien, seitdem die berüchtigte Kommission die Landesverwaltung übernommen und die Biersteuer erhöht hat. Weiter sagen die Brauer in ihrer Petition, was wir schon aus dem Munde des Herrn Abg. Perschy hörten: Wenn man sich schon entschließt, die Biersteuer zu erhöhen, dann soll man gerecht sein. Man soll die Bevölkerung nicht zwingen, daß sie sich vom Biergenuß abwendet und sich nach Ersatzgetränken umsieht, wie Most und Wein, und das Bier dann gar nicht an den Mann gebracht wird. Um dies zu verhindern, soll man alle Getränke versteuern durch Erhöhung der Auflage. Man verlange gleiches Unrecht für alle Getränke und begründe das mit folgendem: Der Most und der Wein sind im Verhältnis zu ihrem Alkoholgehalt viel geringer besteuert als das Bier. Die Biersteuer sei eine höhere und da rechnen sie in Graz für den Hektoliter Bier im ganzen — staatliche Biersteuer, Landes-Bieraufgabe, Gemeindeaufgabe, Verzehrungssteuer und auch wieder Zuschläge dazu — das sind 9.70 bis 10.10 Kronen, während man für Wein und Most bedeutend weniger zahlt. Der Weinverbrauch beträgt in Steiermark 640.000, der Verbrauch an Most 400.000 Hektoliter, für beides hebt der Staat eine Steuer als Wein- und Moststeuer ein, welche nur 1.200.000 Kronen einbringt. Würden aber Wein und Most gerade so wie Bier besteuert werden, so würden sie über 10.000.000 Kronen Steuer tragen, und dazu käme noch die Landesaufgabe. Wenn man sich also dazu entschließen könnte, Most und Wein gehörig zu besteuern, dann könnte man durch diese Steuern mehr hereinbringen, als durch die Erhöhung der Biersteuer, ohne daß man eigentlich die Wein- und Mosttrinker so schädigt, als man gegenwärtig die Biertrinker durch die beantragte Biersteuererhöhung schädigt. Das sagen die Bierbrauer. Wir müssen unbedingt berücksichtigen, was diese sagen, denn diese stellen bezüglich ihrer Interessen an der Frage der Biersteuererhöhung ihren Mann. Man muß daher das, was sie vorbringen, unbedingt berücksichtigen. Die Landesaufgabe auf Wein und Most betrug, wie die Brauer ausrechnen, im Jahre 1909 228.000 Kronen, also ungefähr eine Viertelmillion. Wenn Wein und Most so besteuert wären, wie gegenwärtig das Bier,

müßte die Wein- und Moststeuer gegen 900.000 Kronen einbringen. Gegenwärtig wird also das Land durch die ungerechte Verteilung der Besteuerung um 672.000 Kronen geschädigt. Damit man aber nicht sagen könne, das Jahr 1909 sei ein Jahr, welches eine Ausnahme mache, so rechnen die Brauer auch einen zehnjährigen Durchschnitt und finden, daß nach diesem in Österreich 129,223.000 Kronen jährlich an Wein- und Moststeuern bezahlt wurden, während 624,363.000 Kronen hätten bezahlt werden sollen bei einer gleichmäßigen Besteuerung, das ergibt eine Durchschnittschädigung von rund 495.000.000 Kronen im Abfindungswege. Wenn also die gesetzlichen Bestimmungen derartige wären, daß Wein und Most höher besteuert würden, so würde auch die Abfindung eine andere sein. (Zwischenruf: „Da müssen Sie das Reichsgesetz abändern!“) Das Land hat aber das Recht, statt eines 10prozentigen Zuschlages 50, 60 und mehr Prozent einzuheben.

Nun, die Brauer verweisen auch darauf, daß dies in anderen Ländern der Fall ist, und ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mich darauf aufmerksam gemacht haben. Wir haben einen 10prozentigen Zuschlag auf die Verzehrungssteuer. Bezüglich der Weinsteuer hat auch Salzburg eine 10prozentige Auflage. Kärnten hat eine 120prozentige, Krain eine 40prozentige, Görz und Gradiska eine 120prozentige, Istrien eine 150prozentige, Dalmatien eine 125prozentige, Tirol eine 35prozentige, Galizien eine 30prozentige, Bukowina ebenfalls eine 30prozentige Auflage. Wir sehen also, daß Steiermark und Salzburg die einzigen Länder sind, die sich mit einer 10prozentigen Auflage auf Wein und Most begnügen. Nun, meine Herren, was ich angeführt habe, sage nicht ich, das sagen die Brauer und das muß in Erwägung gezogen werden. Die Brauer meinen, daß man, wenn man einen Durchschnitt nehmen will, nicht so weit gehen soll, als in Kärnten oder vielleicht gar in Dalmatien, wo man sich erst mit einer 125prozentigen Auflage begnügt. Dann könnte man mehr herausbringen, als durch die Biersteuer-Erhöhung gegenwärtig erzielt wird, und man würde dadurch die Biertrinker nicht zwingen, zum Most oder Wein überzugehen, sie würden beim geliebten Bier verbleiben. Das sagen die Brauer und weisen noch darauf hin, daß der Privatmann, wenn er ein Faß Bier kauft, es selbst abzieht, und in den Keller legt, um es nach und nach auszutrinken, nicht nur die staatliche Biersteuer zahlen muß, sondern auch die Landesaufgabe, und dort, wo es eine Gemeindeaufgabe gibt, auch noch die Gemeindeaufgabe.

Beim Wein ist das anders. Wein und Most kann ich mir beim Bauern kaufen oder bei einem anderen Besitzer, kann ihn nach Hause bringen, vom Fasse in Flaschen abziehen, und bin befreit von der staatlichen Verzehrungssteuer, und wenn ich draußen auf dem Lande wohne, auch von der Landesaufgabe. Diesen Wein nennen die Bauern den Privatwein. Wie man aber für das Privatbier eine Landesaufgabe zahlen muß, so soll man auch für den Privatwein, Privatschnaps und den Privatmost zahlen müssen. In Kärnten ist dies der Fall. Dort zahlt man für den Hektoliter Privatwein 12 Kronen. Wenn man also den Privatwein von der Auflage nicht frei ließe, könnte man auch ein schönes Stückchen Geld einnehmen. Das alles sagen wieder die Brauer, und was diese sagen, muß für uns nicht richtunggebend sein, aber wir müssen es doch mit in Erwägung ziehen.

Um nun auf das Frühere zurückzukommen, darauf, daß die Brauer behaupten, die Gesteungskosten des Bieres haben sich bedeutend erhöht, so rechnen sie aus, daß die Gesteungskosten heute bereits 37 Prozent des Verkaufswertes betragen, und daß sie sich dann, wenn die Biersteuer in dem Maße erhöht wird, wie sie in der Vorlage vorgesehen ist, auf 46 Prozent erhöhen werden, und bei dieser Erhöhung müsse man sich dann mit dem Verfall der Brauindustrie, mit der Schädigung der Wirte und der verschiedenen Faktoren, die mit der Bierindustrie in Verbindung stehen, unbedingt befassen. Die Gesteungskosten des Bieres betragen nach der Berechnung der Brauer gegenwärtig 37 Prozent, nach der Bewilligung der geplanten Bieraufgabe-Erhöhung 46 Prozent, während die Gesteungskosten des Weines, wie die Brauer behaupten, sich nur auf 4 Prozent belaufen. Die Gesteungskosten sind also viel kleiner, die Steuer ist bedeutend niedriger und da meinen sie, daß Wein und Most dem Bier gegenüber in ungerechtfertigter Weise bevorzugt seien. Daraus müssen wir ersehen, warum die Brauer eine Auflage-Erhöhung für den Wein vorschlagen. Sie schlagen diese Auflage-Erhöhung vor, damit die Lasten gleichmäßig verteilt seien, damit diejenigen, die das Bier als Getränk liebgewonnen haben, nicht gezwungen sind, nach einem anderen Getränk zu greifen.

Die Bierbrauer rechnen auch aus, daß die Biersteuer heute  $9\frac{1}{2}$ mal so hoch sei, als die Weinsteuer. Wenn aber der Antrag des Landes-Ausschusses genehmigt werden sollte, so würde das Bier 12mal so hoch besteuert sein, als der Wein und der Most. Das sei ungerecht, sagen die Brauer, daß der Bier-



trinker 7—8mal so viel Steuer zahlt als der Weintrinker, und sie verlangen einen Ausgleich, alle Getränke im Werte gleichmäßig zu besteuern. Dann hoffen sie, werde die Brauindustrie nicht so leiden. Seinerzeit haben die Brauer den Kampf anders geführt und mehr Widerstand dem Plane einer Biersteuer-Erhöhung entgegengesetzt als heute. Sie wollen zwar nicht ohne Kampf das Feld räumen, aber sie glauben, sicher zu sein, daß ihr Widerstand nichts nützen werde. Diese ganze Petition enthält manche wichtigen, recht interessanten Dinge, aber das Ganze klingt darauf hinaus, daß man sich begnügen wird, wenn Wein und Most möglichst hoch besteuert werden und in diesem Sinne hat auch der Herr Abgeordnete *Pferschy* im Finanz-Ausschusse gesprochen. Der Petition liegt auch noch eine graphische Darstellung der Biersteuer für das Parlament bei. Eine sehr interessante Geschichte, man kann eine Freude haben, wenn man sie anschaut, und ist nicht übel nach der Statistik des Herrn Professors *Hickmann* gemacht. Wir sehen da einen Arbeiter, der einen ungeheuren Sack trägt, womit die 214,000,000 Kronen dargestellt werden, die an gesamtter Biersteuer in Oesterreich gezahlt werden. Dann sehen wir einen wackeren Polen, dieser stellt wahrscheinlich einen Schlachzigen dar, der trägt auch einen Sack, der bedeutet 138,000,000 Kronen Schnapssteuer, wovon 30,000,000 Kronen den reichen Schnapsbaronen, Erzbischöfen und Herzögen als Liebesgaben zufallen. Dann ist noch ein Mann abgebildet, der trägt einen ganz kleinen Geldbeutel mit der Weinsteuer, und nun kommt noch ein Mann, der trägt gar nichts, das ist der Mineralwassertrinker, der zahlt gar keine Steuer. Man will dabei darauf hinweisen, daß man auch die Mineralwässer besteuern soll. Weiter sind Geldsäulen dargestellt, um zu zeigen, wie klein die Biersteuer in anderen Staaten ist, und wie es ausschauen würde, wenn die Biersteuer nach dem Wunsche der Regierung, nach dem Wunsche der deutschnational-fortschrittlich-kerikal-slowenischen Mehrheit festgesetzt würde. Die Brauer rechnen weiter aus, daß, wenn man den Wein und Most auch entsprechend besteuern würde, z. B. mit 50 Prozent, leicht 1,300,000 Kronen man an Einnahmen erzielen würde, welche sogar noch steigen würden, wenn man den sogenannten Privatwein und Most auch besteuern würde.

Weiter klagten die Brauer, daß ihre Industrie verfolgt werde. Der Staat, das Land, die Abstinenten verfolgen sie, sie erwarten unser Mitleid und daß man auch aus Mitleid mit ihnen von der Biersteuer-Erhöhung absehen solle. Sie beweisen das damit, daß

wieder acht kleine Brauereien eingegangen sind, und führen diese namentlich an; so Rudolf Keller in Diezen, Heinrich Maller in Gröbming, Finze in Knittelfeld, Eibensteiner in Weißkirchen, Landler in Altenmarkt und Kottenbacher in Voitsberg.

Das sind alles Brauereien im Ober- und Mittellande. Das Unterland kommt gar nicht vor. Wie diese Brauereien eingegangen sind, so werden überhaupt die kleineren Brauereien in kurzer Zeit verschwinden. Die Brauer weisen darauf hin, daß es unverantwortlich sei, ihre Industrie zu schädigen, da sie gerade dort ihren Sitz haben, wo es keine andere Industrie gibt. Eine Menge Menschen, die in den betreffenden Gegenden auswandern oder sonst irgendwie ein elendes Dasein führen müßten, werden in der Brauerei beschäftigt und finden lohnenden Erwerb. Eine Menge Leute, Handwerker, Landleute, Fuhrwerker, die würden alle aufhören, eine Existenz zu haben. Die dort einheimischen Arbeiter verlieren ihr Brot, die Landleute finden keinen Absatz für ihre Erzeugnisse und keinen Verdienst durch Fuhrwerk. Alle Abgeordneten im Landtage, welche heute oder morgen für die Biersteuererhöhung stimmen, die gehören zu den Verschwörern, die Brauindustrie zugrunde zu richten, während mit einem ganz anderen Maße die Weinerzeuger gemessen werden.

Der Weinbauer wird auf Kosten der Bevölkerung unterstützt durch Weinbandarlehen, dann Subventionen zum Besuche von Schulen und Kurzen. Man besteuert den Wein sehr gering, ebenso den Obstmost. Aus den Mitteln des Volkes wird der Weinbau und die Erzeugung von Most gefördert, während man nicht genug tun könne, die Bierindustrie zu erschweren. Es sei daher recht und billig und notwendig, die Biersteuererhöhung zu unterlassen. Wenn man das nicht kann, soll man wenigstens den Wein und Obstmost gehörig besteuern. Die Biersteuererhöhung sei ein Unglück für die Brauindustrie und für alles, was mit derselben zusammenhängt und deshalb bitten die Brauer, daß man ihre Darstellungen prüfe und im Sinne ihrer Ausführungen die Biersteuer nicht erhöhe.

Das sagen die Brauer. Das ist aber nicht genug. Man muß auch wissen, was die Wirte sagen. Die haben eine Petition dem hohen Landtage unterbreitet. Einzelne Wirte sind zu den Herren Abgeordneten gegangen und haben ihre Notlage geschildert. Wenn wir durch die Straßen von Graz gehen, so finden wir in jeder Straße eine Menge Wirtshäuser, dann Flaschenbierhändler und Greisler. (Abg. *Krebs*: „Konsum-

vereine!“) Ja, leider wird auch dort sehr viel Bier verkauft. Mir wäre es lieber, wenn die Mitglieder sich Fleisch kaufen würden. Die Konsumvereine sind gerade so Geschäftsleute wie die Wirte. Ich muß Ihnen, Herr Kollege Krebs beipflichten, und bitte, mich auf verschiedene andere Dinge aufmerksam zu machen. Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Entweder muß man alles schütten oder, wenn schon irgend etwas geschehen muß, wenn etwas nicht zu vermeiden ist, dann ist es schon besser, wenn man auch den Most und den Wein gerade so besteuert. Die Wirte sagen: Es gibt zu viel Wirte. Jeder beneidet den andern, wenn der andere mehr Geschäft macht. Sie leiden heute sehr unter der Konkurrenz. Wird die Biersteuer erhöht, so leiden sie noch mehr, weil die Leute kein Bier oder weniger trinken werden und viele Wirte zugrunde gehen. Und das wollen die Wirte verhindert wissen. Wird das Gastgewerbe geschädigt, so werden damit auch der Staat und die Landesfinanzen geschädigt. Wenn die Wirte, die heute ein Personal haben, zugrunde gehen, so wird dieses Personal entlassen; Kellner und Kellnerinnen kommen um ihr Gewerbe.

Das fürchten die Wirte. Es ist möglich, daß es nicht so schlecht wird, als sie glauben, aber die Wirte, welche heute Bier auschenken, kochen auch Speisen aus. Und wenn die Leute nicht ins Wirtshaus gehen, um Bier zu trinken, werden sie auch keine Speisen dort einnehmen und die Wirte haben auf diesem Gebiete auch noch ihren Schaden und ein Großteil von ihnen wird zugrunde gehen. Besser wäre es, die bestehenden Wirte nicht zugrunde zu richten und weniger Konzessionen herauszugeben und nach einander die Zahl der Wirtshäuser kleiner werden zu lassen. Die Dienstboten und Angestellten der Wirte leiden noch unter einem weiteren Umstande. Was ist ihr Lohn? Das Trinkgeld! Die Kellner sind darauf angewiesen. Werden die Getränke teurer, so werden auch die Trinkgelder kleiner oder es wird weniger Trinkgeld gegeben und auf diese Weise leiden die Bediensteten der Wirte. Heute ist das Trinkgeldwesen derartig ausgeartet, daß viele Kellner gar keinen Lohn mehr bekommen, ja sogar die Bediensteten dem Wirte etwas geben müssen, daß sie Dienste leisten dürfen. Dieses Trinkgeldwesen ist also eine Einnahmequelle für die Wirte, welche sinken und nicht so ergiebig sein wird wie bisher. Das behaupten die Wirte und deren Bedienstete. Wir müssen unbedingt auch das, was sie vorbringen, in Berücksichtigung ziehen, denn sie sind ja auch ein Teil des Volkes, welches hier vertreten wird.

Wirte, welche heute noch ihr Auslangen finden, werden zugrunde gehen, werden in das Proletariat sinken und die Zahl der Arbeitslosen vermehren. Sie wirken dadurch lohnrückend auf die übrigen Arbeitenden und deswegen bitten die Wirte, daß die Bieraufgabe nicht von 2 Kronen auf 4 Kronen erhöht werde, wie der Landes-Ausschuß vorschlägt und die Mehrheit zu beschließen im Sinne hat.

Nun fragen wir uns, was diejenigen sagen, welche heute Bier trinken, welche glauben, Bier trinken zu müssen. Diese Frage ist heute schon berührt worden. Die Hauptbeteiligten sind die Biertrinker. Diese müssen die Steuer bezahlen. Die anderen Faktoren suchen die Steuer auf die Biertrinker zu überwälzen. Was sagen nun diese? Diese sagen, das Bier sei etwas Notwendiges, sei etwas, was man nicht entbehren könne. Man nennt das Bier sogar vielfach das flüssige Brot. Ich halte diese Anschauung zwar für ungerechtfertigt, aber ich habe Gelegenheit gehabt, dies von Herren zu hören, von denen man meinen sollte, sie verstehen, was es heißt, das Bier sei flüssiges Brot. Seinerzeit wurde im Marburger Gemeinderate, als im Landtage die Absicht vorhanden war, die Bieraufgabe zu erhöhen, dagegen Stellung genommen und der Marburger Gemeinderat hat sich dagegen ausgesprochen, und ich habe selbst Gelegenheit gehabt, aus dem Munde angesehenen deutscher Bürger zu hören, daß sie das Bier als flüssiges Brot bezeichnet haben, dessen man nicht entbehren könne. Das behaupten alle Biertrinker. Viele Arbeiter, Angestellte und Geschäftsleute können zu Mittag nicht zum Essen nach Hause gehen. Sie müssen sich mit etwas Kaltem begnügen. Da trinken sie in der kurzen Mittagspause Bier, essen etwas Kaltes dazu, die Arbeiter oft nur Brot, die Bessergestellten etwas Besseres und das ist dann ihr Mittagmahl. Die Arbeiter, die kleinen Angestellten und die Geschäftsleute meinen, daß das Bier unbedingt notwendig sei zu diesem Mittagessen, das man außer Haus möglichst schnell einzunehmen bemüht sei.

In vielen Familien, und zwar in jenen des Mittelstandes — der Beamten, kleinen Geschäftsleute die zwar noch nicht wohlhabend sind, denen es aber doch nicht schlecht geht — herrscht heute vielfach die Gewohnheit, abends nicht zu heizen und sich mit einem kalten Nachtmahl zu begnügen. Hierbei spielt auch das Bier eine große Rolle. Zu diesem Nachtmahl wird Bier getrunken. Man will sich die Mühe des Kochens ersparen, man glaubt billiger auszukommen. Viele ehe-lose Leute, Junggesellen, Mädchen, die sich in Stellung befinden, die nicht die Mittel haben, sich ein

warmes Nachtmahl zu kaufen, und selbst nicht kochen können, begnügen sich mit einem kalten Nachtmahl und Bier. Alle diese Leute betrachten sich durch die Biersteuererhöhung geschädigt.

Nun kommt noch eine andere Sache und ich nähere mich jetzt in meinen Ausführungen jenen meines Vorredners, Herrn Dr. Schacherl. Es gibt zahlreiche Arbeiter, Tausende von Arbeitern, die der Meinung sind, daß man sich gegen die Staubplage, gegen die Hitze im Betriebe, gegen den furchtbaren Durst nicht anders helfen könne als durch das Biertrinken. Besonders die Eisenarbeiter, die Hüttenarbeiter bei den Hochöfen, bei den Puddelöfen, bei den Schmelzöfen glauben, man muß Bier trinken, um die furchtbare Hitze aushalten zu können und bei dieser großen Anstrengung bei der Arbeit die Kräfte zu erhalten. Das glauben auch die anderen Arbeiter, die Metallarbeiter, die Arbeiter bei den Glasöfen; diese leiden ebenfalls durch die Hitze, da sie fort und fort die Luft aus ihrer Lunge in das Glasrohr pressen müssen, trocknen ihre Kehlen aus und sie glauben nun, mit Bier abhelfen zu können. Auch die Transportarbeiter, die bei großer Kälte draußen im Staube arbeiten müssen, die sich im Sommer oft in der Sonnenglut aufhalten müssen, glauben, man muß Bier trinken, um bei Kräften zu bleiben und sich die notwendige Erquickung zu schaffen. Die Arbeiter in den Steinbrüchen und beim Steinbau sind ebenfalls der Meinung, daß man trinken muß und man nur dadurch den Staub hinunterschwenmen und bei den nötigen Kräften bleiben könne. Leider glauben das auch viele Eisenbahner, die bei ihrem schweren Dienst unbedingt einer Anregung bedürfen, die sie im Biergenusse zu erhalten meinen. Die Soldaten müssen bei ihren Übungen oft furchtbaren Durst leiden und so finden sie sich in die Notwendigkeit versetzt, sich mit Bier zu erquicken. Die Soldaten sind oft recht arme Teufel. Heute bezahlen sie das Bier schon schwer, wie erst dann, wenn es durch die Erhöhung der Bierauflage noch teurer wird. Die Reisenden leiden ebenfalls unter dem Durst und unter der Staubplage und sind nach ihrer Meinung genötigt, Bier zu trinken.

Wie viele Menschen gibt es, die vielleicht die ganze Woche kein Bier trinken, sich aber an einem schönen Sonntage etwas erholen wollen. Sie gehen aus der staubigen Stadt hinaus auf das Land, um sich in frischer Luft wieder zu erholen, aber zur Erholung und Erquickung gehört natürlich das Bier nicht, aber ohne Bier können sich eben die Leute, die unter diesem Vorurteile leiden, einen Ausflug nicht denken. Alle

diese Leute werden Ihnen keinen Dank wissen, wenn Sie heute die Biersteuer erhöhen. Denn manche dieser Leute werden Sie entweder eines Genuß- oder eines vermeintlichen Nahrungsmittels, eines Anregungs- oder Stärkungsmittels berauben, oder dieselben werden sich im Genuße einschränken müssen.

Wie viele Leute gibt es, die glauben, daß das Bier ein Mittel gegen die Kälte sei. Diese Anschauung finden Sie insbesondere bei Geschäftsleuten, die im Freien zu tun haben, zum Beispiel auf den Marktplätzen. Da sehen Sie, daß an kalten Wintertagen von Geschäftsleuten, die ihre Waren feilboten, Bier getrunken wird, um sich zu erwärmen. Und an heißen Sommertagen finden wir wieder Leute, die unter der furchtbaren Hitze zu leiden haben, die sich deshalb mit Bier abkühlen. Das halten sie für notwendig. Das gleiche gilt auch für die Arbeiter im Freien, dann für die Kutscher, die beständig den Witterungseinflüssen, dem Schnee, Regen, Sturm, der Kälte und der Hitze ausgesetzt sind. Diese glauben ebenfalls, sie können sich nur durch den Biergenuß im Gleichgewichte der Kräfte erhalten. Allen diesen armen Leuten soll nun das Bier verteuert werden. Es handelt sich aber nicht bloß um die Leute, welche das Bier als flüssiges Brot betrachten, welche das Bier als ein Mittel ansehen, das die Kräfte erhält, sondern es handelt sich auch um Menschen, welche der Meinung sind, daß das Bier anregend wirke. Dazu gehören nicht nur Arbeiter, sondern auch andere Leute. Gerade in Ihren Kreisen ist die Meinung verbreitet, daß das Bier anregend wirke und gemütlich mache. Wenn das nicht der Fall wäre, so würden Sie nicht zum Frühschoppen kommen. Wenn es die Geschäfte und die Kanzleiarbeiten erlauben, so geht man zum Frühschoppen. Nicht weil man Durst hat, sondern weil man mit Bekannten zusammenkommt, und ein anregendes Gespräch führen will. Wenn nun das Bier teurer wird, wird die Anregung in eine Aufregung übergehen. Am Frühschoppen beteiligen sich die Geschäftsleute und die Beamten, besonders die Intelligenz. Am Sonntage gehen diejenigen, die während der Woche sich diesem großartigen Genuß nicht hingeben können, zum Frühschoppen — der Frühmesse genannt wird. Aber nicht nur der Frühschoppen gilt als anregend zur Unterhaltung für die geistige Regsamkeit, die man braucht bei seinen Geschäften, im Amte oder sonst. Man braucht einen Abendschoppen. Diejenigen, die diesem Vergnügen sich hingeben, gehören Ihren Kreisen an. Ich will ganz vollständig sein. Wenn ich etwas übersehen sollte, so bitte ich, mich darauf aufmerksam zu machen. Der

Abendschoppen ist überall eingeführt, in Stadt und Land. Auf dem Lande da sitzen die Honoratioren beisammen, Richter, Beamte, Ärzte und hie und da der Lehrer — so nach dem Ersten —. Er darf auch dabei sein, muß aber sehr bescheiden sein und darf nur reden, wenn er gefragt wird, besonders wenn Advokaten am Honoratiorentische sitzen, sonst heißt es gleich, er überwirft sich mit diesen mächtigen Herren. Beim Abendschoppen holt man sich seine Anregung, jeder weiß etwas zu sagen und andere wissen etwas dazu zu sagen. Die Anregung wird größer, es werden fünf, sechs, zehn, achtzehn, zwanzig und mehr Glas getrunken. Auch diese Honoratioren, die es sich leisten können, jedes Glas Bier teurer zu zahlen, werden sich aufregen und wenn dann der Lehrer am Tisch sitzt, dürfte er manch bittere Pille zu schlucken bekommen.

Dieser Abendschoppen wird auch, wenn das Bier teurer wird, eine bedeutende Rolle spielen. Ich selbst kann von diesen Abendschoppen am Honoratiorentisch ein Lied singen. Ich habe sehr selten daran teilgenommen und deshalb bin ich nicht beliebt gewesen und man hat mir gesagt, ich sei ein Mensch, der die Gesellschaft meide, den niemand möge, wovon der Herr Abg. Schwois wohl erzählen kann. Ich war nicht beliebt, weil ich nicht mitgetrunken habe wie die übrigen Herren und an deren anregenden Biergesprächen keinen Gefallen gefunden habe.

Der Biergenuß spielt auch bei den Kirchenbesuchen auf dem Lande eine Rolle. Da gibt es viele Leute, die die ganze Woche bei ihrer schweren Arbeit es sich nicht vergönnen, ein Glas Bier zu trinken und die nach dem Gottesdienste ins Wirtshaus gehen, einesteils, weil es so Brauch ist, andernteils weil sie dem eingebildeten Bedürfnisse nachkommen wollen. Was wird nun der sagen, der das verteuerte Krügel Bier nicht mehr zahlen kann, weil er's nicht hat. Diese Leute werden dann sehr üble Bemerkungen über diejenigen machen, welche nach dem heutigen Junktim scheinbar an der Verteuernng schuld daran sind.

Jetzt habe ich angeführt, was die Leute über die Biersteuererhöhung denken. Ich bin aber noch nicht zu Ende. Der Biergenuß wird auch als etwas Angenehmes, Nützliches betrachtet, ja sogar ärztlicherseits empfohlen. Wie viel Ärzte gibt es, die dem Kranken, dem Genesenden das Bier verordnen. Gerade die Ärzte auf dem Lande sind eifrige Biertrinker und weil es ihnen gut schmeckt und scheinbar gut tut, so empfehlen sie es auch den Kranken. Der Arzt spielt für den Körper dieselbe Rolle, wie der Priester für die gläubige Seele. Wenn der Priester dem Gläubigen etwas

vorsagt, ins Gewissen redet, so glaubt er es. Wird dem Menschen vom Arzte Bier verordnet, so glaubt er und will es trinken. Wenn er sich aber das Bier nicht kaufen kann, weil es infolge der Biersteuererhöhung im Preise so hoch gestiegen ist, wie steht dann die Sache? Was wird der kranke, arme Teufel denken, wenn er sich das verordnete Bier nicht kaufen kann? Die Ärzte sagen, daß das Bier die Verdauung fördere. Es gibt allerdings auch vernünftige Ärzte, die anderer Meinung sind. Ich muß die Frage schon näher berühren, daß das Bier einen so großen Einfluß ausübt und da glaube ich schon das Wichtigste zu wissen und zur Kenntnis des hohen Hauses bringen zu dürfen. Das Bier sei nervenberuhigend, es sei notwendig für Personen, die einen nervenaufregenden, nervenzerstörenden Beruf ausüben, da das Bier den Körper stärke. Insbesondere diejenigen, welche etwas mager sind, die sollen nach Empfehlung der Ärzte Bier trinken; bleichsüchtigen Mädchen wird Bier ebenfalls empfohlen. (Zwischenruf: „Es heißt zu Hochzeiten!“) Die Schwermut, die Hypochondrie, Hysterie könne man alle durch mäßiges Biertrinken bekämpfen. Gegen Schlaflosigkeit wird ebenfalls Bier empfohlen. Es ist bekannt, daß viele Leute nicht schlafen können, wenn sie nicht durch Biergenuß die nötige Bettstühle erlangt haben. Die Ärzte gehen vielfach mit gutem Beispiel voran und die Herren von der Majorität sind alle Anhänger des Biergenusses. Auf die geistige Entwicklung werde ich später kommen. Wenn das Bier wirklich so ausgezeichnet auf den Körper einwirkt, so darf man das Bier nicht verteuern, weil man sonst das Volk schädigt. Man sagt auch, zur Förderung des Intellekts sei Biertrinken nötig. Die geistigen Fähigkeiten, Gemüt, Charakter usw. werden wohlthend durch den Biergenuß beeinflusst. Das muß jedenfalls so sein, sonst würden die jungen Leute, die ihr Leben dem Studium gewidmet haben, es sich zur Lebensaufgabe gemacht haben, einmal Beamte, Hochschullehrer, Ärzte, Richter, Politiker, Abgeordnete, Minister, Gesandte zu werden, die würden, wenn der Biergenuß ihnen zum Schaden gereichen würde, bei ihrem Aneipen nicht so viel trinken. Es gibt ein eigenes Gesetz, den Bierkomment. Ich habe denselben praktisch nicht mitgemacht, weil ich kein Akademiker bin. Aber ich habe ein Buch und da habe ich gelesen, wie die Sache aussieht. Vielleicht wird einer der Herren Akademiker uns behilflich sein. (Abg. Wastian: „Wir können doch jetzt keinen Bierjungen brummen!“) Unter gewissen Zeremonien müssen gewisse Mengen Bier getrunken werden; es gibt Vorschriften, was man zu

tun hat, wenn man nicht mehr kann, und es gibt auch eigene Einrichtungen, wo man sich dessen entleert, was man nicht mehr halten kann. (Abg. Reisel: „Wie die Seekrankheit!“) Dieses Studentenleben hängt innig zusammen mit der Biersteuer-Erhöhung. Welche Opfer müssen die armen Väter bringen, die nicht nur die Kosten des Studiums, der Wohnung, Kleidung, Nahrung, sondern auch die Kosten des nun verteuerten Bierkonsums zahlen müssen!

Nach jeder Studentenkneipe kommt der Vater mit seinen Folgen. Das hängt alles mit der Bierauflage zusammen, und es geht nicht an, daß das Studentenleben verteuert wird und darunter natürlich auch die armen Eltern leiden müssen. In diesen Kneipen kommen auch oft die alten Herren zusammen, die dort ihre Erinnerungen auffrischen und sich in jüngere Jahre zurückversetzt fühlen und dann aufmunternd auf die jungen Leute wirken. Die jungen Leute trinken dann um so mehr, schon um die anwesenden alten Herren zu erfreuen, und die armen Eltern müssen dann die Mehrkosten aufbringen. Es wäre kein Wunder, wenn hie und da Eltern, da die Kosten der Studien ihrer Söhne durch die Erhöhung der Biersteuer so vergrößert werden, in wirtschaftliche Notlage geraten, vielleicht sogar von der Bahn der Ehrlichkeit abgelenkt würden. (Zwischenruf.) So anregend die Einwendungen oder Zurufe sind, so dankbar ich selbst dafür bin, möchte ich doch bitten, mich nicht aus dem Geleise zu bringen. Also ich bitte die Herren, zur rechten Zeit Zwischenrufe zu machen.

Das Bier, haben wir gehört, ist ein wichtiger Faktor in der menschlichen Gesellschaft. Die Brauer selber sagen ausdrücklich, daß das Bier eine große Rolle spielt in Handel und Gewerbe. Wir wollen dem Bier den Boden nicht abgraben, da es in der heutigen Kultur eine hervorragende Rolle spielt. Das Bier spielt eine Rolle in der Familie, und wir haben gehört, beim einzelnen Menschen. Das Bier spielt eine Rolle bei der heranwachsenden Jugend, bei der Ausbildung der Jugend, es spielt eine Rolle bei der Krankenbehandlung, in der Heilkunst, in der Landwirtschaft. Ein Teil der Landwirtschaft lebt von der Bierindustrie, ich möchte auf den Gersten- und Hopfenbau aufmerksam machen, insbesondere auf letzteren. Die Abgeordneten von Untersteiermark belasten ihr Gewissen ganz außerordentlich, wenn sie für die Biersteuer eintreten, denn die Hopfenbauer im Saamtale werden ihnen keinen Dank wissen, ebenso die Hopfenbauer in der Oststeiermark, denn die Hopfenpreise werden unbedingt durch den Rückgang der Bierindustrie herabgedrückt. Ebenso ist es mit der Gerstenerzeugung.

Aber auch der Bergbau wird ganz bedeutend herabgesetzt durch die Biersteuer. Der Bierbrauer braucht auch Kohle, und zwar ganz bedeutende Mengen; wenn man an so einer Brauerei vorbeigeht, ist alles schwarz; die ganze Gegend ist versaut vom Kohlenstaub. Ist es in Puntigam nicht so und bei Reininghaus? Also, die Bierbrauereien brauchen sehr viel Kohle. Wenn aber die Biererzeugung zurückgeht, wird man weniger Kohle brauchen.

Nun und die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft? Die Bierbrauer brauchen Eichenholz. Es gibt in Steiermark nicht so viel Eichenholz, es kommt alles von da unten herauf. (Zwischenruf: „Von Albanien!“) Aber unsere Eisenbahnen werden dadurch gewiß ärmer werden, daß kein Holz für die Fassdauben heraufgebracht wird. Dann wird auch die Forstwirtschaft Schaden leiden, insoweit die Nadelholzwälder in Betracht kommen, denn die Brauereien brauchen sehr viel Pech, und jetzt komme ich erst zur übrigen Industrie. Die Industrie im allgemeinen leidet ebenfalls, wenn die Biersteuer-Erhöhung durchgeht. Mit den Bierbrauereien ist alles Mögliche verbunden: Sie beschäftigen Beamte. Ein Brauereidirektor z. B. ist besser bezahlt als ein Minister, und es ist fraglich, ob die künftig so bezahlt werden, ob nicht ihre Gehälter herabgesetzt würden. Den Direktor wird man zwar nicht entlassen, aber die kleinen Beamten leiden mehr darunter. Wir sind nicht so eigennützig, daß wir immer nur an die Interessen der Proletarier denken, sondern wir haben das allgemeine Wohl im Auge. Darüber habe ich schon gesprochen, daß Arbeiter überflüssig werden. Es kommt aber noch etwas in Betracht: Dadurch, daß man die Brauindustrie bedrängt, daß man die Biersteuer erhöht, werden die Brauer ihr Augenmerk darauf richten, den Betrieb zu verbilligen und das Bier zu verschlechtern. Es wird vielleicht ein Preis ausgeschrieben werden für Techniker, welche vereinfachte, neue Maschinen erfinden, so daß man wieder an Arbeitern ersparen wird, damit die Brauereibesitzer sich schadlos halten können. Das ist wie ein Uhrwerk, ein Rädchen geht ins andere und wenn nur ein einziges Rädchen beschädigt wird, ist das ganze Uhrwerk nicht mehr brauchbar. Die Aktiönäre braucht man nicht zu bedauern, die werden sich auch mit geringerem Gewinne begnügen müssen.

Die vorige Woche schon hat es Herrn Abg. Einspinner gefallen, uns durch einen Zwischenruf herauszufordern. Ich weiß nicht, wollte er uns reizen oder verspotten, oder war dieser Zwischenruf ein unüberlegter. Er hat gerufen: „Hoch die Abstinenz!“ Schon Herr Kollege Dr. Schacherl hat ziemlich aus-

führlieh über unsere Stellung als Abstinenten zur Biersteuer-Erhöhung gesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß kein Widerspruch darin besteht, daß unser Kampf gegen die Biersteuer etwas ganz Selbstverständliches und Natürliches ist. Dr. Schacherl hat darauf hingewiesen, daß alle die guten Wirkungen, die das Bier auf die Menschen auszuüben scheint, Täuschungen sind, auf Täuschung beruhen. Es ist richtig, daß das Bier auf die Nerven einwirkt. Der im Bier enthaltene Alkohol wirkt lähmend auf die Nerven ein und diese lähmende Wirkung bringt das täuschende Gefühl der Nervenberuhigung hervor, daß es uns jetzt warm scheint, daß es uns jetzt nicht mehr so heiß, so beängstigend ist. Es ist nicht wahr, daß das Bier stärkt, im Gegenteil, wir können das sehen, anlässlich der Abendschoppen. Wenn die Herren ziemlich viel hinter die Binde gegossen haben, dann sieht man, daß das Bier sie nicht gestärkt hat. Mancher geht nicht allein, sondern er braucht einen Begleiter, einen Beistand, mancher findet nicht das Haustor oder, wenn er es findet, so findet er das Schlüsselloch nicht und muß warten, bis eben dasselbe an ihm vorbeiläuft.

Es ist nicht richtig, daß das Bier stärkt, sondern das Bier schwächt. Denn wenn das Bier stärken würde, so müßten ja diese Leute wie Wiesel laufen können; dabei sieht man sie aber in Straßengraben liegen oder sie fallen unter den Tisch. Diese sogenannte stärkende Wirkung ist eine Täuschung. Es beruht auch auf der lähmenden und narkotischen Wirkung des Alkohols, daß das Bier warm macht. Es macht aber nicht warm und nicht kalt. Es scheint nur kalt zu machen, weil das Wasser in demselben kalt ist, und es macht nur scheinbar warm. In Wirklichkeit ruft es gar keine Temperaturveränderungen hervor. Es ist nicht richtig, daß das Bier durch den darin enthaltenen Alkohol förderlich auf die Organe einwirke, sondern wir wissen im Gegenteil, wie es schon mein Kollege Rejzel in seinem Zwischenrufe bemerkt hat, daß das Bier auf die Organe recht ungünstig einwirkt. Das Bier wirkt auf das Herz in der ungünstigsten Weise ein und ist in den meisten Fällen Ursache der Herzerweiterung; und ich weise darauf hin, daß in München jeder vierte Mensch am sogenannten Münchener Bierherz zugrunde geht. So wirkt das Bier auf den ganzen menschlichen Organismus ein, und noch viele andere Krankheiten sind dem Biergenusse zuzuschreiben. Ich muß das sagen, um den Beweis zu führen, daß das, was wir gesagt haben, keinen Widerspruch beinhaltet. Das Bier wirkt auch ungünstig auf die Leber ein; andere berufene Per-

sonen haben das wissenschaftlich nachgewiesen. Ich weise nur auf die Tafeln hin, welche Hofrat Professor Weigelbaum entworfen hat, der dort zeigt, welche furchtbare Wirkungen das Bier anzurichten imstande ist auf Magen, Herz, Niere, Arterien, Venen usw., und welche furchtbaren Wirkungen das Bier und die anderen geistigen Getränke auch auf das Gehirn des Menschen auszuüben imstande sind. Die Fettleibigkeit ist vielfach dem Biergenusse zuzuschreiben, und es wird niemand behaupten, daß Fettleibigkeit vielleicht etwas Schönes, etwas Angenehmes sei, sondern im Gegenteil, es ist ein krankhafter Zustand, der vielfach durch das Bier veranlaßt wird.

Daß das Bier sehr ungünstig auf die Nerven und auf das Gehirn des Menschen einwirkt, läßt sich damit beweisen, daß man nirgends so geistlose und blöde Gespräche anhören kann, als dort, wo viel Bier getrunken wird.

Ich habe gesagt, die Abendschoppen sind die beste Gelegenheit, zu zeigen, daß das Bier die Menschen versimpelt. Die Bierpolitiker werden so genannt, weil das Bier die Menschen so sehr versimpelt, daß sie nicht mehr imstande sind, ihre politischen Behauptungen zu beweisen. Das Wort „Bierphilister“ wird ebenfalls gebraucht in bezug auf die Wirkungen des Bieres auf den menschlichen Verstand. Das Bier wirkt auch auf den Charakter des Menschen ungünstig ein. Denn wäre das nicht der Fall, so würden die meisten Wahlen ganz anders ausfallen. Die Wahlen werden vielfach mit Bier gemacht, z. B. gerade die letzten Reichsratswahlen in Untersteiermark im Wahlbezirk des Herrn Marekhl. Diese Wahl könnte man so recht eine Bierwahl nennen! Da hat das Bier den Leuten den Verstand und die vernünftige Überlegung genommen. Wir wissen auch, welche ungeheure Massen von Bier bei den Wiener Wahlen ausgeschenkt wurden, so daß die ganze Stadt davon überflutet wurde. Das ist der Einfluß des Bieres auf den menschlichen Charakter!

Der Charakter wird geschwächt. So ein Mensch, der verkauft, wenn er ein paar Glas Bier umsonst bekommt, seine Bürgerrechte; er wählt denjenigen, den er sonst als seinen Feind betrachten müßte.

Wie das Bier auch sonst noch den Charakter schädigt, können wir dann sehen, wenn eine Familie oder das Familienhaupt dem Biergenusse sich hingibt.

Nun könnten Sie sagen, ja wenn Sie dieser Meinung sind, dann sollten Sie ja die Biersteuer-Erhöhung begrüßen! Mein Kollege Dr. Schacherl hat Ihnen schon erklärt, daß da kein Widerstreit vor-

handen ist. Ich bin Abstinente seit 11½ Jahren und ich fühle mich so behaglich und wohl wie nie zuvor! Ich war zwar auch früher nie ein besonderer Trinker. Wenn ich ein solcher gewesen wäre, dann wäre ich da draußen in den kleinen Landorten viel beliebter gewesen. Weil ich aber kein Bier getrunken habe und nur notgedrungen manchemal ins Gasthaus ging, bin ich weniger beliebt gewesen, und dem Herrn Schoiswohl hat es heute beliebt, mir einen Vorwurf daraus zu machen!

Zwischen dem Bestreben, den Alkoholgenuß zu bekämpfen, und unserem Bestreben, auch die Erhöhung der Biersteuer zu verhindern, besteht kein Widerspruch! Diejenigen, die von dem Aberglauben befangen sind, daß das Bier ein notwendiges Getränk sei, daß das Bier günstig einwirke auf den Körper und auf den Geist des Menschen, diejenigen lassen sich vom Biergenusse nicht abbringen, wenn nun auch das Bier verteuert wird.

Es gibt ja selbstverständlich solche Personen genug; wir hoffen aber, daß ein Teil davon sich von uns überzeugen lassen und auf den Genuß des verteuerten Bieres verzichten wird. Wer aber ein ordentlicher Biertrinker ist, der wird das Bier weiter trinken, der wird eben die Mehrausgabe auf einer anderen Seite hereinbringen; er wird mehr an der Nahrung sparen, an der Wohnung; bei allen Bildungsbedürfnissen wird er sparen!

Es tut mir sehr leid, daß ich die lehrreichen Tafeln nicht bei der Hand habe, die wir zur Belehrung der Bevölkerung benützen; z. B. die Tafeln von Dr. Solischer, von Dr. Pfeleiderer usw.

An diesen Tafeln könnte ich Ihnen bildlich darstellen, wie mit den zunehmenden Ausgaben für den Alkohol für wirklich nützliche Zwecke die notwendigen Ausgaben für die Familie zurückgehen. Dadurch gehen einzelne Familien und Personen geradezu zugrunde.

Um aber die Menschen, welche heute noch glauben, das Bier sei notwendig, vor Nahrungsmangel zu schützen und vor schlechten Wohnungen, um sie vor allem möglichen Mangel zu schützen, wollen wir, daß das Bier nicht verteuert wird.

Ich komme da auf etwas, was Dr. Schacherl übersehen oder vielleicht mir überlassen hat. Ich bin als Volksschullehrer pensioniert worden, diene also nicht mehr aktiv, aber als Lehrer habe ich durch 30 Jahre Gelegenheit gehabt, die Erfahrung zu machen, daß es sich die Eltern der einzelnen Kinder lange überlegen, eine Ausgabe für einen Bleistift oder ein Heft usw. zu machen. Mit einem Worte, daß ihnen

das die unangenehmste Ausgabe ist. Alles Mögliche kauft der Vater, aber die paar Heller für die Schule, die tun ihm am meisten weh. Wenn Väter heute schon so schwer dazu zu bringen sind, daß sie das Geld für die notwendigen Lernbedürfnisse ausgeben, um wie viel schwerer werden diese Väter es tun, wenn das Bier verteuert wird. Wenn der Vater täglich gewohnt ist, sein Bier zu trinken, so macht die Verteuerung viel mehr aus, als was die Schreibhefte usw. im Jahre kosten würden.

Das ist unbedingt eine Gefahr, denn wenn dann die armen Kinder die Unfreundlichkeit des Vaters sehen, wenn sie hören müssen, daß der Lehrer schuld daran ist, daß der Vater nicht mehr imstande ist, die paar Heller für ein Schreibheft zu bezahlen, was werden sich dann die Kinder vom Lehrer denken, und mit wie viel größerer Anlust werden sie dann in die Schule gehen?

Aber nicht bloß wir sozialdemokratische Abstinente sind Gegner jeder Alkoholsteuer, das sind auch die deutschnationalen, es sind dies die Klerikalen, die slowenischen Abstinente usw.

Ich verweise darauf, daß z. B. Dr. Gargitter, gewiß ein sehr gescheiter und anständiger Mann, auch ein solcher ist. Er ist zwar unser Gegner, aber wir zollen ihm die höchste Achtung. Er nahm am Alkoholgegnertag in Graz teil und hat mitgestimmt gegen jede Erhöhung der Alkoholsteuer. Dasselbe tat Dr. Ude, der ein Theologieprofessor ist, also kein Sozialdemokrat; er ist infolge seiner Stellung unser erbittertester Gegner; auch er steht auf dem Standpunkte, daß man den Alkohol nicht besteuern darf, weil man sonst diejenigen, die noch glauben, daß der Alkohol notwendig ist, zwingt, bei ihren notwendigen Bedürfnissen sparen zu müssen.

Ehe ich jetzt fortfahre, bitte ich Seine Exzellenz den Herrn Landeshauptmann, das hohe Haus zu befragen, ob ich die Gesetzesvorlage, betreffend eine Änderung in den Biersteuerbestimmungen, Beilage Nr. 884 der stenographischen Protokolle des Abgeordnetenhauses, verlesen darf.

**Landeshauptmann:** Herr Abg. Horvatek hat den Antrag gestellt, das hohe Haus zu befragen, ob er einige Stellen einer Vorlage des Abgeordnetenhauses zur Verlesung bringen darf.

Ich bitte jene Herren, welche diese Verlesung gestatten wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Die Verlesung ist nicht genehmigt.

**Abg. Horvatek** (U. B. Marburg): Es tut mir wirklich leid. Es wären sehr interessante Ausführungen

über die Biersteuer gewesen und dieselben hätten mir so manche Anregung zu weiteren Ausführungen gegeben. Da mir leider die Erlaubnis zur Verlesung dieser Vorlage nicht gegeben wurde, so werde ich meine Ausführungen fortsetzen.

Ich muß anknüpfen, daß auch Ihr Parteigenosse Dr. Gargitter ein Abstinente ist. Auch dieser steht auf demselben Standpunkte, auf dem wir stehen, daß man weder das Bier, noch ein anderes alkoholhaltiges Getränk besteuern dürfe. (Zwischenruf: „Trinken soll!“) Wenn Sie nicht am Alkoholgegnerstage teilgenommen haben, dann reden Sie nicht, aber ich habe daran teilgenommen und habe selbst gesehen, wie er mitgestimmt hat. Dasselbe ist zu sagen vom Professor Ude und das gleiche vom slowenischen Priester Dr. Krefl. Die haben alle zusammen mitgestimmt und waren alle gleicher Meinung, alle Abstinente, welcher Nation und welcher Parteirichtung sie auch angehören, waren der Meinung, daß man die alkoholhaltigen Getränke nicht besteuern soll. Aber wenn sie schon besteuert würden, dann müßte wenigstens der zehnte Teil des Ertrages der Steuer zur Bekämpfung des Alkohols verwendet werden. Sie werden vielleicht Gelegenheit haben, zu dieser Sache Stellung zu nehmen, denn wir werden den Antrag einbringen, daß ein Teil dieser Biersteuer, die Sie heute, morgen oder übermorgen beschließen werden, zur Alkoholbekämpfung in Steiermark verwendet werden soll. Auf diesem Standpunkte stehen alle Parteien, darunter auch Ihr Parteigenosse Dr. Gargitter, den ich in jeder Beziehung hochschätze. Alkoholgegnerische Zeitungen gibt es in allen Kultursprachen. Wir haben vielleicht gegen hundert deutsche alkoholgegnerische Zeitschriften, die alle auf diesem Standpunkte stehen. Wir haben aber auch französische, englische, dänische und andere Zeitschriften, welche auf demselben Standpunkte stehen.

Ich glaube, ich habe Sie nun davon überzeugt, daß zwischen unserer Stellung als Abstinente und unserer Stellung gegen die Biersteuer kein Widerspruch besteht. Wer das noch nicht glauben will, dem kann ich nicht helfen, der versteht die Sache nicht, der begreift sie nicht.

Der Alkoholaberglaube ist unendlich stark. Jeder Aberglaube läßt sich aus dem Volke nur sehr schwer herausreißen. Ich erinnere nur daran, daß es Jahrhunderte gebraucht hat, um endlich den Glauben an die Hexen verschwinden zu machen. Ganz verschwunden ist er heute noch nicht, aber es ist doch endlich nach jahrhundertelangem Kampfe gelungen, die Hexenpro-

zesse abzuschaffen. Der Aberglaube ist etwas furchtbar Zähes, das sich nur sehr schwer bekämpfen läßt. Es ist auch gar nicht Ihr Zweck, den Bieraberglauben, den Biergenuß überhaupt zu bekämpfen; denn wenn Sie das bezwecken wollten, würde die Biersteuer mit der Zeit nichts einbringen. Geld wollen Sie aber haben. Es wäre Ihnen im Gegenteile höchst unangenehm, wenn die Leute aufhörten, Bier zu trinken. Der Alkoholaberglaube ist aber ein Aberglaube, der, wie so manch anderer, noch tief im Volke wurzelt, wie zum Beispiel der Aberglaube, daß die Geburt einen Menschen über den anderen emporhebe, z. B. das Vorurteil, daß infolge ihrer Geburt zuerst die Fürsten und dann die anderen Adelligen kommen; dann die Ehelichen und zuletzt die Unehelichen. Die uneheliche Geburt gilt heute noch als ein Makel. Nach dem bürgerlichen Gesetze hat der unehelich Geborene weniger Rechte als der Eheliche, und es bedarf eines Gnadenaktes, einen unehelich Geborenen ehelich zu erklären. Ist das nicht ein Vorurteil, das man noch immer nicht ausmerzen konnte? So ähnlich ist es auch bezüglich des Wertes des Alkohols.

Wir haben auch ein Standesvorurteil. Die Menschen werden nach Ständen gereiht. Zu oberst steht der Offiziersstand, dann kommt der Priesterstand, dann kommen die Beamten, die sonstigen Vornehmen und Reichen, dann die bürgerlichen Leute, die Arbeiter und dann die Dienstboten. Man glaubt, daß derjenige, der im Staate tiefer steht, überhaupt auch als Mensch tiefer stehe. Das ist ein Vorurteil. Auf Grund dieses Vorurteiles haben wir auch das Wahlrecht, nach dem dieses hohe Haus zusammengesetzt ist. Das ist auch ein Aberglaube, der ebenso schwer zu bekämpfen ist wie der Alkoholaberglaube. Und weil dieser vorhanden ist, mußten wir unsere heutige Stellung einnehmen, auch als Abstinente gegen die Biersteuer-Erhöhung. (Abg. Einspinner: „Aberglauben haben Sie auch in Ihrer Partei!“) Sie mögen Ihr Handwerk sehr gut verstehen, aber ebenso verstehen Sie es, unangebrachte Zwischenrufe zu machen. Sie sollen in Sachen nicht dreinreden, von welchen Sie nichts verstehen.

Nun, ich bin bei den Vorurteilen, und zwar bei den Alkoholvorurteilen. Sie behaupten, bei unserer Stellung als Abstinente sollten wir eigentlich für die Biersteuer sein. Ich muß das Gegenteil beweisen, und da muß ich eine Reihe von Vorurteilen mit anderen Vorurteilen vergleichen. Wir haben noch einzelne Vorurteile, indem mancher glaubt, daß er, wenn er das eine oder das andere Vorurteil hat, besser



wäre als der andere, obwohl das gar nicht wahr ist. Es gibt Leute, welche glauben, einem edlen Volke anzugehören. Das sind die nationalen Vorurteile. Diese Menschen haben aber sehr wenig Edelsinn in sich, schon weil sie glauben, daß eine andere Nation minderberechtigt sei. Ich muß dieses Rassenvorurteil mit dem Alkoholvorurteil vergleichen. (Zwischenruf: „Man sagt Rasse.“) Das ist auch wieder verschieden aufzufassen; die einen sagen so, die anderen so. Ein Sprachgelehrter bin ich nicht. Die einen sagen Rassen und die anderen Rassen. (Abg. Pichler: „Und das war ein Lehrer.“) Der Herr ist wieder groß in unpassenden Zwischenrufen. Wenn die Zwischenrufe geistreich sind, so sind sie ja ganz angenehm! Da hat man eine Freude daran. Nur geistreich muß ein Zwischenruf sein, und nicht Blöde!

Aber gerade Herr Einspinner und Herr Pichler zeichnen sich durch unpassende, ordinäre Zwischenrufe aus!

Dann haben wir die politischen Vorurteile, die muß man auch behandeln! Da glaubt einer, weil er der bürgerlichen Partei angehört, sei er deshalb schon besser. Wenn er der klerikalen Partei angehört, so sei er auch besser als die anderen!

Also bezüglich der politischen Vorurteile, da könnten wir Sozialdemokraten sagen, wenn wir nicht über Vorurteile überhaupt hinweggingen, daß wir uns gekränkt und beleidigt fühlen. Wir leiden aber nicht unter dieser Krankheit der politischen Vorurteile; wir machen uns aus Vorurteilen nichts daraus. Und wie so manche andere Vorurteile vom Zahn der Zeit zernagt worden sind, so werden auch die Alkoholvorurteile nach und nach vom Zahn der Zeit zernagt werden. Es werden die Trinksitten verschwinden und bessere Sitten Platz greifen, und wenn das eingetreten ist, dann werden auch die Alkoholsteuern verschwunden sein.

Also Sie müssen jetzt zugeben, daß zwischen unserem Standpunkte als Abstinente und dem Standpunkte der Gegner dieser Steuern kein Widerspruch besteht. (Abg. Einspinner macht einen Zwischenruf.) Der Abgeordnete Einspinner gibt es bereits zu, er sieht ein, daß kein Widerspruch vorhanden ist. (Abg. Resel: „Wahrscheinlich ist ihm die Zeit schon zu lange!“) Nun sagen wir, die Biersteuer soll nicht Gesetz werden, weil wir zugleich damit erreichen wollen, daß die Lehrersache, die Aufbesserung ihrer Gehalte, die Besserstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Lehrer nicht mit einer solchen

Steuer verquittet werden soll, welche einen großen Teil des Volkes verbittern muß.

Weil Sie aber unseren Antrag, daß die Gewährung von Teuerungszulagen an die Lehrer zuerst verhandelt werden soll, abgelehnt haben, so müssen wir alle unsere Kräfte daran setzen, damit die Bierverteuerungsvorlage nicht Gesetz werde. Die Schuld, wenn die Lehrer dann das nicht bekommen, was ihnen gebührt, die haben Sie! Sie hätten unseren Antrag annehmen können, wir haben Ihnen wiederholt Gelegenheit dazu geboten: Beraten wir zuerst die Lehrersache, das wäre in fünf bis zehn Minuten abgetan gewesen; und dann hätten sich die Mittel hierzu eben finden müssen. Wenn der Beschluß zustande gekommen wäre, dann hätte man darüber nachdenken müssen, wie die Lehrer das Ihrige bekommen, wenn die Biersteuer zu Falle gebracht worden wäre.

Nun, wir müssen immer wieder versuchen, die Frage der Biersteuer-Erhöhung nach allen Seiten zu beleuchten.

Es werden nach mir noch zwei Redner von unserer Partei kommen, die werden der Biersteuer-vorlage noch manches Interessante abzugewinnen wissen.

Ich will nochmals darauf hinweisen, daß es unbedingt notwendig ist, die Sache, bevor man einen so weitgehenden und so entscheidenden Entschluß faßt, sich gehörig zu überlegen.

Was ist die Biersteuer-vorlage? Sie gleicht einer Münze oder Medaille; jede Münze hat aber zwei Seiten, eine Avers- und eine Reversseite. Was sehen wir auf der Aversseite? Da sehen wir ein Füllhorn, die Biersteuer! Dieses Füllhorn ergießt seine Schätze über die armen, darbenenden Lehrer, aber viel fällt nach links und rechts herab und wird von hungrigen Tieren aufgeschnappt. Auf der anderen Seite, der Reversseite, da sehen wir eine Menge von abwehrenden Händen der Brauer, der Trinker, Wirte usw. Wir sehen erhobene Fäuste derjenigen, die sich in ihren Bedürfnissen eingeschränkt fühlen. Wir sehen aber auch aus dem Wilde heraus den Fluch aller derjenigen, die durch die Biersteuer-Erhöhung geschädigt werden, Kinder, Familien, sogar die Lehrer selbst!

Denn es wird nicht lange dauern, da werden die Lehrer, trotzdem Sie ihnen heute geholfen haben, Ihnen keinen Dank dafür wissen, daß Sie diese bescheidene Hilfe mit einer so ekelhaften Sache verbunden haben.

Und nun will ich zum Schlusse eilen, denn die Zeit ist ziemlich vorgeschritten. Es geht nicht an, die kostbare Zeit gar zu sehr in Anspruch zu nehmen.

Ich habe schon vorige Woche darauf hingewiesen, daß den Lehrern durch die Biersteuer ungemein viele bitteren Stunden bereitet werden. Ich war selbst Lehrer und habe das bittere Brot des Lehrers 29 Jahre essen und dabei manches Unangenehme mitmachen müssen.

Die Leute wissen nicht, wenn sie auf das Steueramt gehen, wie viel von ihren Steuergeldern sie für Militärzwecke zahlen müssen, wie viel davon für unsere schwachvolle Vertretung nach außen hin verwendet wird. Sie wissen nicht, wie viel sie zahlen für die reichen Schnapsgrafen, wie viel für die Justizverwaltung, für die Finanzverwaltung usw. ausgegeben wird. Aber sie wissen genau, wie viel sie für die Schule zahlen müssen, weil die Kosten der Schulerhaltung von der Gemeinde bestritten werden müssen, und es wird ihnen vorgerechnet bei allen möglichen Gelegenheiten, wie viel die Schule dem Lande kostet. Jeder Abgeordnete, ob er dieser oder jener Partei angehört, rechnet in seinem Rechenschaftsberichte es den Leuten genau vor, wie viel Geld für Schulzwecke, wie viel für die Lehrer ausgegeben wird. Es gibt sogar Gemeinden, wo Schulkreuzer eingehoben werden. Wie oft haben in ihren Fachschriften die Lehrer nicht schon darüber geklagt! Es liegt Absicht darin, die Leute immer wieder auf das aufmerksam zu machen. Die Leute kommen dadurch auf den Gedanken, daß die Steuern fast nur für Schulzwecke verwendet werden. Und auf diese Weise ist es bis heute noch nicht gelungen, die Schule populär zu machen. Sie ist im Gegenteil vielen Leuten verhaßt.

Über das Militär, über die ungeheuren Ausgaben für dasselbe, für die Verzinsung unserer Staatsschulden, die auch im Interesse des Militarismus gemacht worden sind, davon weiß das Volk nichts! Nur der arme Lehrer, der als Kulturpionier gepriesen wird, der wird dem Hasse des Volkes ausgesetzt, und zwar trotz unserer Warnungen an Sie. Trotzdem, daß die Vertreter der Landwirtschaft heute geradezu wütend für die Biersteuer eintreten, werden die Lehrer manche bitteren Vorwürfe, manche bitteren Worte zu hören bekommen, weil die Lehrer ihre Partei nicht beeinflusst haben, daß sie die Lehrerfrage der Biersteuerfrage voranstelle.

Und nun komme ich auf den Lehrervertreter in Ihrer Partei zu sprechen. Dieser hat mir heute höhnisch zugerufen: „Das ist auch ein Lehrervertreter!“ Ich brauchte eigentlich nichts mehr darüber zu sagen, weil schon mein Kollege Dr. Schacherl darüber

gesprochen hat. Ich muß aber doch etwas zur Erklärung hier vorbringen.

Ich muß leider in der Abwesenheit des Herrn Otter von seiner Person sprechen, da er wieder nicht hier ist! Also ich muß feinetwegen folgendes vorbringen: Er hat mir heute höhnisch zugerufen: „Das ist auch ein Lehrervertreter!“ Ich muß die Herren daran erinnern, daß anfangs der neunziger Jahre in Wien sich eine Partei gebildet hat, die sogenannten „Jungen“, die mit der damaligen Schulverwaltung nicht zufrieden war, eine Partei, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Lehrer politisch zu schulen und ihnen einen erfolgreichen Weg im Kampfe für Schule und Lehrer zu weisen.

Dieser Partei der „Jungen“ hat sich im Jahre 1896 auch Otter angeschlossen. Wir beide haben dieser Partei angehört! Die Lehrerbewegung um ein besseres Gehaltsgesetz, um bessere Rechtsverhältnisse ist damals auf ihre Höhe gekommen. Ohne daß ich es gewollt habe, haben die Lehrer mich dazu bestimmt, an ihre Spitze zu treten. Ich habe mich nicht vorgedrängt. Ich weiß nicht, warum sie es getan haben. Man hat den ganzen Kampf mir übertragen; ich sollte die Sache der Lehrer verfolgen.

Ich habe die Berufung angenommen und habe fünf Jahre hindurch an der Spitze der Lehrer gestanden und für ihre materielle Besserstellung gekämpft und Otter an meiner Seite. Der hat besonders tatkräftig bei allem mitgewirkt. Nun ist durch den Einfluß der deutschnationalen Landtagspartei und ihrem Organ, dem „Grazzer Tagblatt“, der nationale Zwist in die Lehrerschaft hineingetragen worden! Die gesamte Lehrerschaft, Deutsche und Slowenen, die früher im steirischen Lehrerbunde vereinigt waren, die wurden auseinandergetrieben. So hatten wir nun zwei Organisationen, die alte steirische Lehrerverorganisation und die nationale Lehrerverorganisation. Dadurch sind die Kräfte der Lehrer zerplittert worden und daran wäre ihr Streben gescheitert. Und nun hat man im steirischen Lehrerbunde Mittel und Wege gesucht, wie die Lehrerschaft trotz der Spaltung zu ihrem Ziele gelangen könne.

Es war dies zu Ostern 1898. Da saßen Otter und ich in Graz bei einer Ausschusssitzung des steirischen Lehrerbundes und da hat Otter den Antrag gestellt, daß mir der Auftrag erteilt werde, ich möge mit der sozialdemokratischen Partei in Verbindung treten und mit ihrer Hilfe Volksversammlungen veranstalten und in diesen sprechen. Ich habe darauf hingewiesen, daß das sehr gefährlich sei, daß mir das

die Stelle kosten könnte; darauf hat mir Otter erwidert, ich sei der einzige, der das tun könne, weil ich als Sozialdemokrat allein imstande sei, die Sozialdemokraten für die Sache zu gewinnen. Man hat mich aufgefordert, in Arbeiterversammlungen für die Sache der Lehrer zu sprechen, und weil die ganze Bundesausschussitzung diesem Antrage zugestimmt hat, habe ich diese Berufung angenommen und man hat mir versprochen, falls ich gemäßregelt werde, für mich einzutreten und dafür zu sorgen, daß ich nicht dem Hunger preisgegeben werde. Ich folgte der Aufforderung und es wurde eine große Reihe von Volksversammlungen veranstaltet. In diesen Versammlungen hatte ich das Referat. Diese Versammlungen hatten den Zweck, die Massen des Volkes aufzurufen, damit den Lehrern geholfen werde. Deswegen bin ich gemäßregelt, um mein Recht gebracht und um einen großen Teil meiner Bezüge verkürzt worden. Jedes Jahr habe ich 1000 Kronen eingebüßt — und nie mehr wurde ich in meine alten Rechte eingesetzt. Nur zum Teil ist dies später gutgemacht worden, aber man hat mich von jedem Avancement ausgeschlossen. Man hat mir Kollegen vorgezogen, die noch gar nicht auf der Welt waren, als ich schon Lehrer war, und das hat mich bewogen, in Pension zu gehen. Ich könnte gerade so gut meinen Dienst weiter versehen, wie Herr Kollege Otter, aber ich bin hinausgedrängt worden durch die niederträchtigste Behandlung. Als dieser Kampf der Lehrer mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei sich dem Erfolge näherte, hat sich Herr Abg. Otter selbst als Sozialdemokrat bekannt. Er hat einigen Verkehr gepflogen mit den sogenannten Parteihäuptern, und hat, wenn wir zusammengesessen sind, mich geradezu zu verdrängen gesucht; er hat sich an Kollegen Kessel geradezu angehalten. Herr Abg. Otter ist auch schwer gemäßregelt worden. Wer hat sich damals seiner angenommen? Er hat sich damals an die sozialdemokratische Partei um Hilfe gewendet, und wer war es, der ihn zum Minister geführt hat? Herr Kollege Kessel, und dafür ist Herr Otter, der es gar nicht notwendig gehabt hätte, sich so hervorzutun als Sozialdemokrat, der gegen den Beschluß der Lehrer gehandelt hatte, denn diese haben gesagt, es sollen sich nicht zu viele hervorwagen, der sich selbst in einer Versammlung in Leoben zum Referate vorgeedrängt hat, obwohl ich dazu bestimmt war, und der darauf gemäßregelt worden ist, aber nicht so schwer wie ich, und das ist ja auch bald darauf gutgemacht worden, und dafür ist dieser Herr Abg. Otter heute der Feind der Sozialdemokraten. Er ist

ein Mitglied der deutschen Volkspartei und nimmt sich heute heraus, mir höhnisch zuzurufen: „Das ist auch ein Lehrervertreter“, bloß deswegen, weil ich die edle Sache der Lehrer nicht mit der Biersteuer verquicken will, weil ich haben will, daß die Lehrersache früher erledigt werde, als die Biersteuer.

Weil ich jetzt schon daran bin, Gericht zu halten, muß ich mich noch an einen anderen Herrn wenden. Der Herr Abg. Schoiswohl hat sich herausgenommen, mir hier vorzuwerfen, was ich alles in Gußwerk angestellt habe. Ich war Lehrer dort — zur tatsächlichen Berichtigung — und ich habe dort lange Zeit wahrgenommen, daß es irgendwen geben müsse, der gegen mich intrigiert, und da ist mir von befreundeter Seite mitgeteilt worden, daß es der Abg. Schoiswohl ist, den ich gar nicht gekannt habe. Ich bin später mit ihm bekannt geworden. Er hat seine Aufgabe darin erblickt, mir das Leben dort so unangenehm als möglich zu machen, obwohl ich ihm nie etwas zuleide getan habe. Ich habe nie etwas angestellt, das kann ich beweisen durch das dortige Verwendungszeugnis, das ich vorweisen kann. Was hat dieser Herr Abg. Schoiswohl gemacht? Er hat mich verfolgt mit seinem Haß. Die ganze dortige Arbeiterschaft ist klerikal gewesen. Was hat er gemacht? Er hat von mir verlangt, daß ich an allen möglichen religiösen Übungen teilnehme, die mich gar nichts angegangen sind. Er wollte haben, daß ich einen Heuchler mache und weil ich das nicht getan habe, hat er mich mit seinem Haß verfolgt. Ich habe dort nichts getan, ich habe ganz zurückgezogen gelebt, aber trotzdem sagte er, daß ich dort alles Mögliche gemacht habe. Er hat den Gußwerker Arbeitern versprochen, daß er für sie sorgen werde. Im Jahre 1897 wurde er zum Reichsratsabgeordneten gewählt. Kaum war er Reichsratsabgeordneter, so wurde Gußwerk von der Alpinen Montangesellschaft aufgelassen. Arbeiter, die zwanzig, dreißig und mehr Jahre dort gearbeitet hatten, wurden brotlos gemacht; jüngere wurden in andere Werke überstellt. Und da sind Leute, die früher meine Feinde waren, zu mir gekommen und haben mich gefragt, was sie in ihrer Not machen sollten. Ich tröstete sie und gab ihnen Rat, so gut ich konnte. Und das war ihm nicht recht und er hat mich weiter verfolgt. Er hat behauptet, ich hätte mich mit dem Bezirkshauptmann überworfen. Ich war Mitglied des Bezirksschulrates Mariazell und habe die Pflicht gehabt, die Interessen der Schule und der Lehrer zu vertreten. Und da mußte ich dem willkürlichen und

parteiischen Vorgehen des Bezirksschulinspektors Franz **Brischnik** und dem eigenmächtigen Bestreben des Bezirkshauptmannes Franz **Sarsch** entgegentreten. Natürlich habe ich mir dadurch den Haß der beiden Herren zugezogen, aber trotzdem haben sie mir nichts machen können. Erst durch die Denunziation des Herrn Abg. **Schowitz** und zugleich durch mein Verhalten im Kampfe für die Lehrerschaft bin ich in Disziplinaruntersuchung gezogen worden, und da ist Herr Abg. **Schowitz** dem Bezirksschulinspektor **Brischnik** an die Hand gegangen. Sie haben die Leute ausgefratschelt und so bin ich gemäßigelt worden, und zwar ausdrücklich wegen politischer Vorgehen. Im bürgerlichen Leben und im Schuldienste haben sie mir nichts nachweisen können. Gemäßigelt wurde ich nur wegen meines Verhaltens im Interesse der Lehrer. Und der Herr, der gewußt hat, zur rechten Zeit den Mantel nach dem Winde zu drehen, der heute weich und warm gebettet ist, wagt es, mir vorzuwerfen: „Das ist auch ein Lehrervertreter!“ Ich bin der geliebte, der ich war. Der Herr Abg. **Dtter** hat aber in seiner sittlichen und politischen Entwicklung einen Rückschritt gemacht.

Das mußte ich zur Berichtigung der vorgebrachten Dinge vorbringen. Es tut mir leid, daß die beiden Herren davongelaufen sind, es wäre mir nur recht, wenn sie in einer der nächsten Sitzungen darauf erwidern würden.

Ich komme jetzt zum Schlusse und weise darauf hin, daß im Jahre 1909 in der denkwürdigen Sitzung vom 30. Dezember die Mehrzahl der bürgerlichen Vertreter eines Sinnes waren mit uns, daß Sie damals gegen die Biersteuervorlage gestimmt haben und daß Sie auch heute, wenn Sie aufrechte, politische Ehrener Männer sein wollen, in demselben Sinne stimmen müssen.

Ich bitte also, den Antrag des Landes-Ausschusses auf Erhöhung der Biersteuer von 2 auf 4 Kronen abzulehnen. Ich bitte nun zum Schlusse, folgenden Antrag entgegenzunehmen: Die Zeit ist bereits vorgeschritten und die Herren werden jedenfalls müde sein. Der Vorsitzende, Seine Exzellenz der Herr Landeshauptmann, hat ein Opfer gebracht, ein geradezu riesengroßes Opfer. Wer ist daran schuld? Die Sache wäre längst abgetan, wenn Sie uns die Hand geboten hätten. Also, wie gesagt, Seine Exzellenz hat ein großartiges Opfer gebracht, indem er so lange Zeit ruhig auf seinem Platze zu bleiben sich entschloß. Es ist aber auch notwendig, daß der Herr Landeshauptmann mit

den Herren hier Rücksicht habe, mit seiner und ihrer Gesundheit!

Ich beantrage daher Schluß der Sitzung mit Konstatierung des Stimmenverhältnisses!

**Landeshauptmann:** Der Herr Abgeordnete **Horvatek** hat Schluß der Sitzung beantragt. Es obliegt mir nunmehr, die Unterstützungsfrage zu stellen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den Antrag des Herrn Abg. **Horvatek** auf Schluß der Sitzung unterstützen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben (Geschicht). Der Antrag ist nicht genügend unterstützt, ich kann ihn daher nicht zur Abstimmung bringen.

Abg. **Kollegger** (A. W. Eggenberg): Hoher Landtag! Wenn ich mir zur Erhöhung der Biersteuer gestatte, das Wort zu ergreifen, so glaube ich, es deshalb tun zu müssen, weil ich gewichtige Argumente habe, die dafür sprechen, daß ich glaube, sagen zu können, daß bei ruhiger Überlegung dann doch vielleicht mancher der Herren hier zur Einsicht kommen wird und vielleicht nicht für die Erhöhung der Biersteuer stimmen wird.

Es sind zwar Argumente in Hülle und Fülle vorgeführt worden, die geeignet wären und dafür sprechen, daß man für die Erhöhung der Biersteuer nicht sein kann. Aber dennoch erweckt es in mir den Anschein, daß man doch noch immer die Absicht hat, für die Erhöhung zu stimmen.

Nun, meine Herren! Wir müssen uns denn doch noch etwas darüber des näheren aussprechen! Schauen Sie, meine Herren, ich will die Brauereibesitzer nicht gerade allzu viel verteidigen oder hervorheben, das fällt mir nicht ein!

Aber wir in Eggenberg haben in unserer Gemeinde zufällig eine Brauerei, und zwar eine große Brauerei. Diese Brauerei, ich muß es ganz offen sagen, tut sehr viel für die Gemeindefürsorge! Und, meine sehr verehrten Herren, wenn nun diese Brauerei fort und fort mit Steuern belastet wird, so dürfte ihr schließlich und endlich die Geduld reißen und sie dürfte sich zum Schlusse denken, ja, wenn gar keine Rücksicht auf mich genommen wird, auf das, was man freiwillig für die Armenunterstützung, für das Schulwesen tut, wenn da gar keine Rücksicht darauf genommen wird, dann haben wir mit der Zeit denn doch auch keine Verpflichtung, für diese Sache etwas zu tun, und das Land, die Gemeinde oder der Bezirk soll selbst seinen Verpflichtungen gegenüber der armen Bevölkerung nachkommen!

Ich glaube, mit diesem Gedanken dürften sich mit der Zeit die Brauereien beschäftigen! Wir haben aber nicht bloß Brauereien in der unmittelbaren Umgebung von Graz, wir haben Brauereien in vielen Ortschaften von Steiermark in Hülle und Fülle, die auch in der Lage sind, einigermaßen wohlthätig für diese Gemeinden zu wirken. Wenn nun diese Wohlthaten durch die Besteuerung ihrer Produktion, ihrer Erzeugnisse immer wieder in Anspruch genommen werden, dann dürfte wohl den Brauereien die Geduld einmal reißen! Und wenn das Land dann alle diese Leistungen aus eigener Tasche leisten muß, was heutzutage Gutes verabsolgt wird, so glaube ich doch, daß man durch die Besteuerung der Brauereien nicht viel, wenn nicht vielleicht gar nichts profitieren würde. Nun, das wäre so mein erstes Argument, welches, glaube ich, dafür spricht, daß man sich nicht allzubiel verbeißen soll in die Besteuerung des Bieres!

Es sind aber wohl noch andere Dinge vorhanden, die ebenfalls geeignet sind, daß man nicht gerade die Bierbesteuerung vornehmen soll. Ich möchte da Ihnen auch ein gewichtiges Ding vor Augen führen, welches gewiß Berücksichtigung finden dürfte. Nehmen wir nur die Eisenbahnbediensteten, ziehen wir die in Betracht; ich kann davon reden, weil ich selbst Eisenbahner war. Die Bediensteten der Eisenbahn, ob sie nun Landesbahner, Privatbahner oder Staatsbahner sind, diese Leute sind vielfach nicht am besten besoldet und jeder Heller, der irgendwo an Steuern bei den alkoholischen Getränken hinaufgeschlagen wird, tut diesen Leuten ungeheuer weh. Denn dieses Personal, das sich da draußen auf den Stationen herumkugeln muß, das Maschinenpersonal, das Zugpersonal, ist angewiesen, in den Restaurationen zu leben und wenn heute ein Bediensteter der Eisenbahn in eine Restauration kommt und dort nur etwas essen will und dabei sich kein Krügel Bier anschaffen würde, da würde er mit seiner Kost sicher nicht weit kommen, weil die erste Frage in jeder Restauration, kommt man hinein wo man will, die ist: „Was trinken Sie?“ Heute kostet ja das Bier bekanntermaßen überall 22 Heller; wenn nun abermals eine Verteuerung des Bieres Platz greifen würde, so würden die Eisenbahner ganz bestimmt zu einem anderen Getränke getrieben werden als wie zum Bier! Sie würden zu einem schärferen Alkohol greifen, als dies beim Bier der Fall ist. Wenn er nur ein oder zwei Krügel Bier trinkt, so ist nicht so viel Alkohol darinnen enthalten, als in einem Viertel Wein.

Also treiben wir die Eisenbahner nicht dazu, daß sie zu einem anderen alkoholischen Getränke greifen

als wie zum Bier, das wäre eine zu große Gefahr für das reisende Publikum, weil insbesondere die Eisenbahner im Sommer der großen Hitze ausgesetzt sind und im Winter einer großen Kälte. Das würde im Sommer die Leute dämisch machen und im Winter infolge der Kälte wieder etwas mehr, da würden sie mehr alkoholische Getränke zu sich nehmen, dann einschlafen und in sehr häufigen Fällen würde das den Tod des betreffenden Bediensteten zur Folge haben.

Also tun wir auch in der Richtung hin die Sache etwas überlegen; denn selbstverständlich kommt dabei das reisende Publikum in Betracht, wenn jemand auf der Lokomotive einschläft oder sonst in seiner Aufmerksamkeit irgendwie gestört sein würde; das sind triftige Gründe, die dafür sprechen, daß man nicht die Verteuerung des Bieres beschließen soll.

Es ist ja bekannt, daß das Bier nicht allzu stark ist; wir haben kein Bier, wie beispielsweise in Bayern oder wie das Pilsenerbier, was einigermaßen stärker ist und den Menschen verwirrt machen könnte. Aber dieses leichte, geringe Bier, welches hier im allgemeinen getrunken wird, das, glaube ich, ist doch besser für die Leute, die es trinken, obwohl sie es eigentlich nicht trinken sollen. Aber da nun einmal diese Meinung bei den Leuten vorherrschend ist, daß sie trinken müssen, so können wir ihnen diese Meinung nicht über Nacht abgewöhnen.

Wir sollen also, glaube ich, trachten, daß das Bier nicht verteuert werde, damit sie nicht zu schärferen Vergiftungsmitteln greifen als wie es das Bier ist; es ist ja die Möglichkeit vorhanden, daß diese Steuer, die notwendig ist zur Aufbesserung der Gehalte für die Lehrer und für die Landesbediensteten, daß diese 1,200.000 Kronen denn doch irgendwo anders aufzubringen wären.

Wenn Sie Jahre hindurch gewissermaßen Schulden gemacht haben müssen, so, glaube ich, preßiert es doch auch jetzt momentan nicht so, daß Sie wegen der Lehrerschaft jetzt zu Mitteln greifen, wodurch ein Gegenstand besteuert werden soll, der eigentlich in den untersten Schichten und in den breitesten Massen der Bevölkerung noch eine so große Rolle spielt.

Wenn man schon sieben oder acht Millionen Kronen oder noch mehr Geld aufgenommen hat, so sollte man diese 1,200.000 Kronen auch noch irgendwie borgen können, um den Lehrern etwas zu geben!

Ich vermute nur, meine Herren, daß die Lehrer überhaupt nicht allzubiel davon bekommen werden. Was ist denn eigentlich eine Million? Das ist für die große Zahl der Lehrerschaft und der Landesbediensteten kein allzu großer Betrag! Mit dem läßt sich über-

haupt nicht viel richten. Und dann befürchte ich noch weiter, daß die Möglichkeit vorhanden ist, daß man wieder die Hälfte des Betrages, den man angefordert hat, daß man diesen zu ganz anderen Zwecken verwendet als für die Lehrer, und es werden schon ungezählte Winkel da sein, die schon hart darauf warten, daß irgendein Loch zugestopft werde. Bis dann die Lehrerschaft darankommt, wird nicht mehr viel da sein von der ganzen Geschichte. Ich glaube daher, daß es viel besser wäre, und viel vernünftiger, wenn Sie die Lehrer einmal befriedigen wollen, so geben Sie ihnen etwas Anständiges. Geben Sie ihnen nicht etwas, was zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist. Aber dazu braucht man nicht diese Biersteuererhöhung, sondern da greift man eben nach anderen Mitteln und es ist ja oft genug gesagt worden, wo diese Mittel zu finden sind. Ich glaube, das nicht wiederholen zu brauchen, es ist das lästig, wenn man über ein und dasselbe Ding so häufig spricht. Aber gewiß könnte es genug Mittel geben, wo man angreifen könnte, um für die Lehrer etwas mehr als diese 1.200.000 Kronen aufzubringen.

Meine Herren! Die Besteuerung des Bieres hat ungeheuer viel auf sich. Sie müssen bedenken, daß Sie nicht vielleicht nur die Bevölkerungsschichten in der Stadt treffen würden, die sich vielleicht nach etlichen Monaten daran gewöhnen würden, wenn das Bier um drei oder vier Heller pro Liter teurer wird, die Städter würden sich vielleicht daran gewöhnen, aber, meine Herren, wir erinnern uns, vor ein paar Jahren, als der Bierboykott durchgeführt wurde — ich habe damals noch nicht das Glück gehabt, hier im Landtage zu sitzen — da ist gerade bei der Landbevölkerung der Bierboykott viel ärger geführt worden als in der Stadt. Und fragen wir uns, wer sind die Gastwirte am flachen Lande? Das ist dort gewöhnlich ein Bauer, der hat einen Flaschenbierhandel, Wein und Branntwein. Nun, meine Herren, wenn Sie ihm dieses Flaschenbier, das er verkauft, verteuern, dann ist es mit seinem Geschäfte überhaupt nichts mehr. Wein trinken? Wie viel Wein wird denn insbesondere im Oberlande getrunken. Es wird dort ganz gewiß mehr Bier getrunken als Wein und wenn Sie das Bier verteuern und die bäuerliche Bevölkerung gegen das Bier den Boykott verhängt, dann ist dieser Besitzer aber total hergerichtet, dann ist er fertig. Meine Herren, Sie sind doch hier, um über die Sache zu urteilen und es gibt eine ganz respectable Anzahl Herren da von Ober-, Mittel- und Untersteiermark und wenn diese Herren nun mit einer solchen

Botschaft heimkommen und sagen vielleicht zu einem kleinen Wirte, der vielleicht ihr Nachbar ist: „Ja, das Bier wird jetzt um zwei Kronen pro Hektoliter teurer und wahrscheinlich, mein lieber Freund, wirst du das Bier jetzt teurer geben müssen.“ Ich glaube, das dürfte keiner der Herren, die heute hier dafür stimmen, davon eingenommen sein, wenn er das seinem Nachbarn dann erzählen muß und über diesen Nachbar, dem diese Nachricht dann gebracht wird, von allen jenen, die dort Bier trinken, der Boykott verhängt wird und auch in diesem Falle, glaube ich, würden Sie wohl einen tüchtigen Fehler machen, wenn Sie für die Bierverteuerung stimmen würden.

Ich glaube also, daß das gewiß auch dafür spricht, daß man für die Erhöhung der Biersteuer absolut nicht stimmen kann, das ist ganz unmöglich. Ich glaube auch, meine Herren, daß man der Lehrerschaft mit dieser schätzbaren Steuer gar keine besondere Freude bereitet, denn die Lehrerschaft ist doch eine intelligente Körperschaft, deren Mitglieder nicht gewöhnt sind, sich vom ersten besten Biertrinker auf der Gasse anstänkern zu lassen und sagen zu lassen: „Wegen Ihnen muß ich das Bier teurer zahlen.“ Das dürfte schon passieren, sehr leicht, und insbesondere auf dem Lande dürfte das sehr häufig der Fall sein. Wir haben nämlich die Erfahrung gemacht, wenn wir anlässlich von Wahlen oder sonst aus irgendeinem Grunde auf das Land hinaus kamen in eine Versammlung, wo es sich um politische Fragen dreht und es kommen auch Leute aus der bäuerlichen Bevölkerung hin und zufällig vielleicht auch Lehrer, und es wird an den betreffenden Referenten die Frage gerichtet seitens der Lehrerschaft, wie er sich gegenüber den Forderungen der Lehrerschaft verhält, daß man da bei den Bauern schön ankommt, daß man da alles mögliche hört und aus den Reden der Bauersleute entnehmen kann, wie sehr sie Feind gegen die Lehrer sind, wenn man von einer Gehaltserhöhung für dieselben spricht. „Die Lehrer haben ja so genug,“ sagen sie, „denken wir zurück, wie vor vierzig oder fünfzig Jahren ein Lehrer bestellt war!“ Nun, wo irgendeine neue Steuer, die aus irgendeinem Grunde unpopulär ist, zugunsten der Lehrer dem Volke oktroyiert wird, muß die Erbitterung gegen die Lehrerschaft von Seite der ländlichen Bevölkerung noch bedeutender sich steigern.

Die Biersteuer ist eine Steuer, die man nicht gut heißen kann. Man soll das Geld irgendwo anders aufbringen, auf eine andere Art und Weise. Meine Herren, wir erinnern uns noch daran, wie ja, ich habe es schon gesagt, die Schnapssteuer eingeführt

wurde, wie die Offiziersgehälter erhöht worden sind. Was war das damals schon für eine Debatte und was für Vorwürfe gegen die Offiziere. Natürlich konnte die Bevölkerung das den Offizieren nicht ins Gesicht schleudern. Da wären sie niedergefäbelt worden, aber dem Lehrer darf man das sagen, weil er noch keinen Säbel hat. (Abg. Dr. Schacherl: „Weil die Rechtsverhältnisse der steirischen Lehrer so niederträchtig sind!“) Aber von der Bevölkerung kann man genug hören, was gegen die Offiziere wegen dieser Schnapskreuzer gesprochen wird. Ich habe hier umfangreiche Berichte vom Abgeordnetenhaus, die mit der Besteuerung dieser Gegenstände im Zusammenhang stehen. Ich möchte an den Herrn Landeshauptmann das Ersuchen richten, das hohe Haus zu befragen, ob ich diese Sachen vorlesen kann. Das Gesetz lautet: „Bericht des Finanz-Ausschusses, betreffend Abänderung einiger Bestimmungen über die Branntweinbesteuerung und Branntweinsteuer-Novelle, betreffend Neuregelung der Überweisungen aus Staatsmitteln und an den Landesfonds der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder; und Herabsetzung des Ausmaßes der Realsteuern und einige Abänderungen des Personaleinkommensteuergesetzes vom 25. Oktober 1896, R.-G.-Bl. Nr. 200.“

**Landeshauptmann:** Der Herr Abg. Kollegger hat den Antrag gestellt, das hohe Haus zu befragen, ob es zustimmt, daß der Herr Abgeordnete diese Vorlage jetzt zur Verlesung bringen kann. Ich ersuche daher diejenigen Herren, die für die Verlesung dieser Vorlage stimmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Die Verlesung dieser Vorlage ist vom hohen Hause abgelehnt.

**Abg. Kollegger (H. W. Eggenberg):** Nachdem es abgelehnt wurde, diesen Bericht dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen, so sehe ich mich veranlaßt, bezüglich der Biersteuererhöhung einige Worte zu verlieren.

Meine Herren! Wir haben noch einen Gegenstand übersehen, obwohl meine Klubkollegen bereits alle Gegenstände, die da in Betracht kommen, behandelt haben, so haben sie auf die Grazer Herbstmesse vergessen, welche durch die Biersteuererhöhung zu Schaden kommt. Bekanntlich kommen da alljährlich die dicken Trudringer zur Herbstmesse nach Graz, wo am meisten Bier abgesetzt wird. Wenns Bier teurer wird, so werden die Trudringer auch nicht viel nützen und das Geschäft wird dort abflauen. Dies bedeutet nicht nur einen Schaden für den Verein „Grazer Herbstmesse“,

sondern auch für die Tramway und die Gewerbetreibenden, weil der Zuzug ein schwächerer sein wird.

Die Bauern werden auf die Grazer böse sein, weil sie solche Steuern beschließen, und nicht nach Graz kommen. Jetzt kommt noch der, der am allerwenigsten Geld hat, der Soldat. Er hat acht bis zehn Kreuzer im Sack, heute kriegt er noch ein Krügel Bier, wenn es aber jetzt teurer wird, so ist der arme Teufel von einem Soldaten kaltgestellt — er greift zum Schnaps. Er trinkt zwei, drei Stamperl Schnaps und wenn seine drei Jahre um sind, ist er ein starker Alkoholiker. Zu Haus verdient er sich mehr Geld und das Malheur ist fertig. Der junge Mann trinkt nur mehr Schnaps, so gibt es eine ganze Reihe von Dingen, die gegen die Biersteuererhöhung sprechen. Über die Nachteile dieser Steuererhöhung haben schon meine Klubgenossen zur Genüge gesprochen. Man sollte doch trachten, die einzige Industrie, die bei der jetzigen Konjunktur sich im vollen Betriebe aufrecht erhalten konnte, zu fördern. In allen anderen Betrieben ist ein Stillstand eingetreten, weil seit den Wirren auf dem Balkan keine Lieferungen mehr erhalten werden. Wenn nun die Bierbrauer auch noch zu all dem Unglück vernichtet werden sollen, was soll dann werden? Lassen wir diese leben und die Arbeiter, die dort beschäftigt werden. Ich halte es nicht für opportun, die Biersteuererhöhung zu beschließen, die den Brauern utrohiert werden soll. Die Brauer wälzen die Steuer auf die Gastwirte ab; ich muß zu meinem Leidwesen sagen, daß die heutigen Gastwirte die Hausknechte der Brauereien sind. Sie sind nichts als die Vermittler zwischen seinem Geschäft und der Brauerei, das ist so, wie es zwischen dem Bäcker und dem Wirte herrscht. Der Wirt verschleißt das Gebäck für den Bäcker und der Wirt verschleißt auch für die Brauer das Bier. Denn allzu viel Gewinn dürfte überhaupt bei einem Krügel Bier nicht sein. Der Wirt darf sich nur ein bißchen verrechnen und dann um etliche Krügel weniger absetzen, als das heute der Fall ist, dann schaut es mit dem Geschäft überhaupt windig aus. Da spießt es sich an allen Ecken und Enden.

Vielleicht greifen die Herren doch noch zu einem andern Mittel, vielleicht kriegen wir noch was auf Pump. Das wird das Land nicht auffressen. Einmal wird der kleine Finanzplan doch fertig werden und die Länder kriegen was davon, dann können wir ja Schulden zahlen. Alle diese neuen Steuern bleiben hängen, sie sind nicht wegzubringen, wie eine Gewandlaus, deshalb sollen wir uns nichts mehr aufhalsen von Steuern.

Ich will auch Ihre Geduld nicht länger so in Anspruch nehmen, zumal die Herren für die Schließung der Sitzung auch nicht gestimmt haben und möchte auf den Landeshauptmann, der eine solche Geduld an den Tag legt, Rücksicht nehmen und will nicht solange sprechen wie meine Klubgenossen, vielleicht werde ich auf eine andere Art und Weise dafür Anklang finden. Ich möchte daher bitten, beschließen Sie die Biersteuer nicht. Sie werden keine Gunst finden bei Ihren Wählern, Sie werden der Landbevölkerung nicht förderlich sein, obwohl die städtische Bevölkerung besser steht als die ländliche Bevölkerung. Wir müssen das berücksichtigen und glauben auch Ihrer Zustimmung sicher zu sein, daß Sie nicht dafür stimmen.

Abg. **Neszel** (A. W. Graz): Hoher Landtag! Es hat etwas lange gewährt, bis ich zum Worte gelangt bin. Schuld daran sind meine Klubkollegen. Ich bin insbesondere den beiden letzten Rednern meiner Partei sehr dankbar, daß sie ihre Ausführungen so gekürzt haben, daß ich nun um so eher zum Worte gelangt bin; denn jeder von uns hat die Meinung, daß er kräftiger und besser argumentieren kann als der andere, aber ich glaube, daß es mir als letzten Redner unserer Partei gelingen wird, Sie dennoch zu überzeugen, welch verderbliches Werk Sie verrichten, wenn Sie die Erhöhung der Biersteuer vornehmen.

Bevor ich mich nun darauf einlasse, möchte ich mich in eine kleine Auseinandersetzung mit Seiner Exzellenz den Herrn Landeshauptmann einlassen, und zwar hinsichtlich der Handhabung der Geschäftsordnung. Ich habe, während meine Parteigenossen über die Biersteuer gesprochen haben, in den Landtagsprotokollen Nachschau gehalten und gefunden, daß der Herr Landeshauptmann heute eine andere Art der Auslegung und Handhabung der Geschäftsordnung übt als früher. Man könnte sagen, daß durch den Herrn Landeshauptmann eine Art Ausnahmezustand im Landtage eingeführt wurde. Ich begreife, daß jene Herren, welche — um mich gelinde auszudrücken — vom Biersteuerräusch erfaßt sind, darauf brennen, endlich für die Biersteuer stimmen zu können; aber nachdem der Herr Landeshauptmann selbst ausdrücklich erklärt hat, daß er an den Verhandlungen über das Programm, welches mit den Herren Slowenen vereinbart wurde, nicht teilgenommen hat, so verstehe ich nicht recht, wie der Herr Landeshauptmann nun, um den Biersteuerräuschlingen entgegenzukommen, sogar von seiner jahrelangen Übung der Handhabung der Geschäftsordnung abgehen kann. Beispielsweise hat der Herr

Landeshauptmann behauptet, bei einer Wahl sei eine Debatte überhaupt nicht zulässig, sondern es seien nur die Stimmzettel abzugeben. Ich habe hier ein Protokoll, mit welchem ich nachzuweisen vermag, daß bei einer Wahl eines Mitgliedes in eine Kommission behufs Untersuchung über die Ausgaben des damals zu erbauenden Allgemeinen Krankenhauses eine sehr ausführliche Debatte stattgefunden hat, so daß ich mich selbst veranlaßt sah, dagegen aufzutreten, daß eine Wahl zu einer solch ausgebreiteten Erörterung führe. Wie ist diese Tatsache, die ich aus dem Protokoll zu erweisen vermag, mit der heutigen Handhabung der Geschäftsordnung in Einklang zu bringen? Doch nur dadurch, daß die Geschäftsordnung heute aus gewissen Gründen anders gehandhabt wird als damals. Eine Geschäftsordnung verschieden handhaben, heißt sie parteiisch handhaben, und sonach muß ich mir die Bemerkung gestatten, wir lassen uns durch keinen Schein mehr trügen, sondern diese Tatsache der verschiedenartigen Auslegung der Geschäftsordnung beweist uns, daß auch Sie glauben, uns gegenüber sei alles erlaubt. Das gleiche gilt bei allen übrigen. Jetzt wird auf einmal bei allen Anträgen die Unterstützungsfrage gestellt, was früher niemals der Fall war. Bei geschäftsordnungsmäßigen Anträgen gibt es das auf der ganzen Welt nicht, das ist in keiner Geschäftsordnung begründet, weil eine Vorschrift darüber nicht besteht. Wenn auch Seine Exzellenz der Herr Landeshauptmann glaubt, daß er uns gegenüber parteiisch vorgehen könne, dann werden wir ihm gegenüber unser Verhalten anders einrichten als bisher. Wir richten uns, wie ich bereits gesagt habe, nicht nach dem Schein, sondern nach Tatsachen. Tatsache ist, daß die Geschäftsordnung uns gegenüber parteiisch gehandhabt wurde. Wenn wir aus dieser parteiischen Handhabung der Geschäftsordnung nicht weitere Konsequenzen gezogen haben, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß wir doch zu viel Respekt vor der Körperschaft haben, in der wir uns befinden; ich muß aber erklären, daß Sie Ihre Autorität uns gegenüber vollständig eingebüßt haben. Der Pyrrhus-sieg wird Ihnen noch teuer zu stehen kommen, weil wir das auch späterhin nicht vergessen werden.

Der Landeshauptmann erklärt, er sei nicht Partei, er habe nicht mitverhandelt. Allerdings steht diese Erklärung in einigem Widerspruch, nachdem er doch Vorsitzender des Landes-Ausschusses ist und der Landes-Ausschuß jetzt jene Vorlagen als Berichte in das Haus bringt, die auf dem Programm stehen, welches mit den Slowenen beraten wurde. Alle diese Anträge hätten sonst als Initiativanträge in das Haus



gelangen müssen, entweder von den Herren der deutschen Volkspartei, oder des Slovenski Klub, aber nicht als Berichte des Landes-Ausschusses. Uns führen Sie nicht irre! Ich will hier ein vulgäres Wort gebrauchen: Wir sind auf diesem Gebiete alte Hasen und wissen, was dahinter steckt. Wir wissen den Schein von den Tatsachen zu lösen und die Tatsachen nackt und graß aufzuzeigen. Nun, meine Herren, ich glaube, daß dies hinsichtlich der Handhabung der Geschäftsordnung vorläufig genügt. Wenn es mir notwendig erscheinen wird, noch mehr darüber zu sagen, werde ich nicht ermangeln, es zu tun.

Es ist merkwürdig, daß der Herr Referent, der uns die Annahme der Biersteuer empfohlen hat, es unterlassen hat, über die Geschichte der Biersteuer auch nur einige Worte zu verlieren. Die Biersteuer hat ja eine lange Geschichte. Sie ist fast eine ständige Erscheinung im hohen Hause. Es hat keine Session gegeben, in der wir nicht über die Biersteuer zu verhandeln gehabt hätten, zuerst über die Einhebung, dann über die Umgestaltung der Einhebung, dann über eine teilweise Erhöhung, dann wieder über eine teilweise Erhöhung bezüglich der Städte und des Landes, dann ist das Rahmengesetz gekommen. Bei der Durchsicht dieser Vorlagen habe ich die Bemerkung gemacht, daß seit dem März 1910 die Biersteuer ohne gesetzliche Grundlage weiter eingehoben wird. Die damalige Bewilligung für die Einhebung der Biersteuer im Betrage von 2 Kronen läuft nur — ich habe die Vorlage vor mir — bis März 1910, und seitdem wird die Biersteuer eingehoben, obwohl niemand zur Zahlung derselben verpflichtet wäre. Ich habe hier den Antrag, worin es heißt (liest): „In der Zeit vom 1. Jänner 1910 bis zur Sanftionierung des eben beschlossenen neuen Gesetzeswurfes über die Landes-Bieraufgabe, längstens aber bis 31. März 1910, ist eine Landes-Bieraufgabe im bisherigen Ausmaße von 2 Kronen für den Hektoliter zu erheben.“

Ich bitte, meine Herren, seit 31. März 1910 wird die Biersteuer ungesetzlich eingehoben. Würden die Gastwirte und Brauer so hell sein wie die Brauer und Gastwirte in Böhmen, so würden sie von dieser Zeit an überhaupt keine Biersteuer entrichtet haben, weil eine gesetzliche Grundlage nicht vorhanden ist.

Nun möchte ich aber auch noch daran erinnern, daß zwischen einer der ersten Vorlagen, betreffend die Erhöhung der Biersteuer, und der späteren, die uns in Gestalt des Rahmengesetzes präsentiert wurde, auch noch eine andere Geschichte spielt, bevor noch im Landtage die Absicht, die Biersteuer auf 4 Kronen

zu erhöhen, greifbare Formen angenommen hatte. Es wurde im Reichsrate eine Vorlage, betreffend die Erhöhung der Biersteuer von 34 Heller auf 70 Heller für den Hektolitergrad, eingebracht. Diese Biersteuervorlage ist ziemlich lange im Reichsrate gelegen, ohne in Behandlung genommen worden zu sein. Sie wurde auch nicht in Behandlung genommen, weil die Regierung aus der Stimmung der Abgeordneten erkennen mußte, daß es aussichtslos wäre, diese Vorlage in Verhandlung zu nehmen, weil sie hierfür eine Mehrheit nicht finden konnte. Durch die Schließung der Session des Reichsrates wurde diese Vorlage hinfällig, und die Regierung hat beim Wiederzusammentritt des Reichsrates alle ihre früheren Vorlagen eingebracht, nur die Biersteuervorlage nicht. Die Regierung hat die Aussichtslosigkeit erkannt, daß sie eine Mehrheit für diese Vorlage findet, und hat die Einbringung derselben unterlassen. Sie hat aber dann einen Erlaß an die Landesregierungen, beziehungsweise Landespräsidenten ergehen lassen, worin sie ihnen mitgeteilt hat, daß es ihnen gestattet sei, die Biersteuer von 2 auf 4 Kronen zu erhöhen, jedoch auch zugleich in Aussicht gestellt hat, daß die Biersteuer in einem späteren Zeitpunkte verstaatlicht werde. Ich erinnere mich an diesen Erlaß deshalb, weil der steirische Landtag einen Beschluß, das heißt einen Protest gegen diese Absicht der Regierung erhoben hat. Wir haben im Finanz-Ausschusse über die Steuerfrage beraten. Dabei sind wir auf die Biersteuer zu sprechen gekommen, auf die Absicht der Regierung, sie zu erhöhen und den Ländern zu überlassen, und haben uns gegen diese Absicht verwahrt. Der derzeitige Obmann des Finanz-Ausschusses, Freiherr von Kellersperg, wird sich erinnern, daß er damals vom Herrn Abg. Größwang interpelliert wurde, ob es wahr sei, daß die Regierung dem Landtage zumute, die Biersteuer von 2 K. auf 4 K. zu erhöhen.

Freiherr von Kellersperg hat geantwortet, daß der Finanz-Ausschuß des Landtages sich mit dieser Frage beschäftigt hat, und hat eine feierliche Verwahrung gegen ein solches Ansinnen ausgesprochen und uns hier im hohen Hause zur Verlesung gebracht. Damals hat sich also der Landtag verwahrt, diese Steuer zu erhöhen. Heute haben Sie einen Biersteuerrausch und glauben, ohne Biersteuerverhöhung wird das Land in das größte Unglück veretzt. Mir fehlt die Kenntnis, wer die Lorelei sein konnte, ist es vielleicht der Herr Abg. Dr. Korosec, der so schön gesungen hat, der Sie mit seinem Gesange bestrickt hat, die Biersteuer zu erhöhen? Die Herren

vom Unterlande werden gegen die Erhöhung nicht viel einwenden; je teurer das Bier wird, desto teurer wird der Wein, und je weniger Bier getrunken wird, desto mehr trinkt man dann Wein, daher ist Ihnen die Biersteuer-Erhöhung recht. Es fragt sich nur, ob es den andern auch recht ist. Aus dem damaligen Beschlusse des Finanz-Ausschusses geht zur Genüge hervor, daß damals die Auffassung geherrscht hat, daß sie eine Schädigung der Bevölkerung sei. Man hat damals ein solches Ansinnen zurückgewiesen und dagegen protestiert, daß die Regierung die Landtage hinsichtlich der Führung der Verwaltungsaufgaben so stiefmütterlich behandelt. Damals haben wir uns gegen diese Zumutung verwahrt, aber nicht allzulange darauf sind einige Herren bereits zur Meinung bekehrt gewesen, daß man die Biersteuer einführen muß. Auch damals wurde behauptet, nicht Zeit gehabt zu haben, eingehend über die Erschließung neuer Steuerquellen nachzudenken. Damals, als das Rahmengesetz angenommen wurde, für das die Herren Slowenen gestimmt hatten, und die damaligen Anhänger der Biersteuer eine lebhaftere Freude hatten, aber nur von kurzer Dauer. Wir, die wir Gegner der Obstruktion sind, und hier über die Biersteuer so beraten, weil diese Beratung uns durch Ihr Verhalten aufgezwungen wurde, wir haben eine Erklärung abgegeben, in der gesagt wird, daß wir grundsätzliche Gegner der Obstruktion sind, und daß, sofern dieselbe von Erfolg begleitet sein sollte, uns der Weg gewiesen wäre, in welcher Weise man in diesem Landtage etwas zu erreichen vermag. Die Herren haben über diese Äußerung eine lebhaftere Freude gehabt und ich erinnere mich daran, daß einige der Herren uns lebhaft die Hand gedrückt haben. Nun sind zweieinhalb Jahre verfloßen. In dieser Zeit hätte man Gelegenheit gehabt, zur Erschließung anderer Steuerquellen. Ich gebe zu, daß dem jetzigen Referenten des Finanz-Ausschusses wenig Gelegenheit gegeben worden war, daher kann man von ihm nicht verlangen, daß er sich über solch eine Steuer-einführung klar ist und ob sich nicht eine andere Steuer fände. Herr Dr. von K a a n behauptet zwar, es gibt keine andere Steuerquelle, und hat auch im Finanz-Ausschusse auseinandergesetzt, daß andere Steuerarten nichts tragen, aber diese Behauptung nicht ziffermäßig belegt, da ihm das Material hierzu fehlte und das eines Studiums bedarf. Ich weiß nicht, ob vom früheren Landes-Ausschuß Dr. von L i n k wegen Erschließung anderer Steuerquellen nicht noch Aufzeichnungen vorhanden sind. Dr. von L i n k hat seinerzeit eifrig über alle möglichen Einnahmsquellen des

Landes nachgedacht. Schließlich studieren bei uns nicht nur die Landes-Ausschuß-Mitglieder, sondern sie haben auch Beamte, die mit der Zusammenstellung von Daten betraut werden. Ich weiß nicht, ob solche Daten zusammengestellt wurden, und ob sich Herr Dr. von K a a n Mühe gegeben hat, sich zu erkundigen, ob solche Daten vorhanden seien. Es ist doch nur eine Frage einer sehr kurzen Zeit, ob die Biersteuer im Reichsrate angenommen wird oder nicht. Ich nehme an, daß die Regierung gewisse gerechtfertigte Befürchtungen hegt, daß sich dafür eine Mehrheit nicht findet, und daß die Vereinbarung war, die Länder zu beauftragen, die Landes-Bieraufgabe auf eine ähnliche Höhe zu bringen, als wie die staatliche Bieraufgabe in Aussicht stehe. Ich begreife, daß die Regierung das Bestreben hat, daß die Regierungsvorschläge angenommen werden, weil sie weiß, daß im Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche Wahlrecht herrscht.

Der Abgeordnete, der ins Abgeordnetenhaus gewählt wird, muß sich den Wählern ohne Unterschied der Klassen in den Wählerversammlungen vorstellen; wenn nun die Wähler wissen, daß er für die Biersteuererhöhung gestimmt hat, so wird der Abgeordnete vielleicht einen schlechten Stand haben im Nationalverband und in den Versammlungen. Im Landtage ist es einfacher. Da haben die Großgrundbesitzer bei 200 Wählern 12 Mandate und da wird man schon aufs Gleiche kommen. Ein Teil der Abgeordneten ist aus der Handels- und Gewerbekammer. Auch da ist eine geringe Zahl von Wählern, mit denen man auch aufs Gleiche kommen wird. Auch die Zahl der Wähler der Städte und Märkte ist eine ziemlich geringe, mit denen hofft man sich auseinanderzusetzen. Die Zahl der Wähler der Landgemeinden ist auch keine besonders hohe. Die höchste Zahl von Wählern hat die vierte Kurie. Sie verfügt aber nur über eine geringe Anzahl von Mandaten und hat daher keinen Einfluß auf den Landtag, und so glaubt man, daß im Landtage leichter die Erhöhung der Biersteuer zu bekommen ist als vom Reichsrate; denn wenn alle Landtage die Biersteuer auf 4 Kronen erhöht haben, ist für die Regierung die Inkamerierung etwas Leichtes und es fragt sich nur mehr, was kriegen die Länder von dieser Erhöhung? Bekommen sie das gleiche, wie von der bisherigen Biersteuer? Aber über das Prinzip, über die Schädlichkeit oder Nützlichkeit der Biersteuer brauchte dann nicht mehr verhandelt zu werden, und der Abgeordnete, der für die Inkamerierung der Biersteuer stimmt, kann das leichter vor der allgemeinen Wählerschaft verantworten.

Nun, meine Herren, das ist die Geschichte der Biersteuer. Eine Merkwürdigkeit hat aber auch die Biersteuer, daß sie genau so, wie im Abgeordneten-hause der kleine Finanzplan mit der Dienstpragmatik, mit der Lehrgelhaltsregulierung im Zusammenhange steht. Es ist zwar bestritten worden, daß ein solches Junktim besteht, von einem der Herren vom neuen Zentrum ist erklärt worden, daß ein solches Junktim nicht besteht. Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. von Raan hat aber gesagt, dieses Junktim bestehe. Es ist aber auch von der „Grazer Tagespost“ bestritten worden, und hat den diesbezüglichen Artikel mein Kollege Dr. Schacherl bereits zur Kenntnis gebracht. Die „Tagespost“ erklärt ausdrücklich, die Bedeckung der Lehrgelhaltsvorlage ist nach dem mit den Slowenen geschlossenen Übereinkommen von der Genehmigung des Finanzplanes und den staatlichen Überweisungen, nicht aber von der Biersteuer abhängig. Das ist nun eine dezidierte Behauptung, an der sich weder rütteln noch deuteln läßt. Es ist auch bekannt, daß der Chefredakteur der „Tagespost“ von dem Übereinkommen, das zwischen dem Slovanski Klub und den Herren der Majorität des Landtages getroffen wurde, Kenntnis erhalten hat. Es muß das allerdings einigermaßen wundernehmen. Wir Sozialdemokraten als Mitglieder des Landtages wissen von den Vereinbarungen nicht mehr, als in den Zeitungen veröffentlicht wurde. Der Chefredakteur der „Tagespost“, der nicht dem Landtage angehört, hat, wenn er auch nicht hier erschienen ist, eine Virilstimme, dem haben die Herren, scheint es mir, eine Virilstimme außerhalb des Landtages zuerkannt, und ich glaube, daß die Bezeichnung meines Klubgenossen Dr. Schacherl, daß er ein Virilist extra statum mit der Beschränkung ist, daß er im Landtage nicht sitz- und stimmberechtigt ist, vollkommen angebracht ist. Sehr bezeichnend ist dieser Vorgang aber auch deswegen, weil heute, als Kollege Dr. Schacherl diesen Artikel hier im Hause zur Kenntnis gebracht hat, die Herren dagegen protestierten, daß das ihr Blatt sei. Ich möchte wissen, ob Sie Ihre Vereinbarungen mit dem Slovanski Klub dem „Nullerl“ unterbreitet oder vielleicht gar zur Genehmigung vorgelegt haben. Es wäre interessant, zu wissen, ob die Herren nicht vielleicht mit dem Übereinkommen bei den Redaktionen der bürgerlichen Presse haufieren gegangen sind, um doch die Herren Redakteure zu fragen, ob etwas dagegen einzuwenden ist. Zu uns sind Sie allerdings nicht gekommen; der „Arbeiterwille“ ist nur eine Zeitung so nebenbei, über die man sich nur dann freut, wenn einmal dem

Nachbarn etwas aufs Zeug geflickt wird. Wir wissen das, insbesondere, wenn der Nachbar eine Übelthat begangen hat und ihm dies im „Arbeiterwille“ vorgeworfen wird, dann das Blatt bei allen Nachbarn verbreitet wird.

Bei uns ist das was anderes; wenn einem ein Lapsus passiert, so trachten wir, womöglich diesen Fehler nicht der breiten Öffentlichkeit mitzuteilen, und wir breiten den Mantel der christlichen Nächstenliebe darüber.

Wenn aber einer Ihrer Partei einen Fehler begangen hat, so trachten die Konkurrenten dies in möglichst weiten Kreisen bekanntzumachen. Sie handeln nicht nach dem Sprichwort Jesu: „Wer frei von Schuld ist, werfe den ersten Stein auf sie!“

Meine Herren, um nicht abzukommen, es handelt sich doch darum, der Redakteur wurde als Virilist behandelt. Er behauptet steif und fest, ein Junktim zwischen den Lehrgelhalten und der Biersteuer sei nicht vorhanden und hier wurde der Mann öffentlich der Lüge geziehen. Ob er gelogen hat oder nicht, will ich nicht untersuchen; es hat sich nur die Merkwürdigkeit ergeben, daß der Herr Redakteur dann bereits im Abendblatt erklärt hat, der Artikel im Morgenblatte sei von den Herren hier irrig aufgefaßt worden.

Es gibt keine irrige Auffassung! Es heißt da, die Bedeckung der Lehrgelhaltsvorlage ist nach dem mit den Slowenen abgeschlossenen Übereinkommen von der Genehmigung des Finanzplanes und den damit verbundenen staatlichen Überweisungen, nicht aber von der Biersteuervorlage abhängig. Ich bitte, nach den Vereinbarungen sollen die Lehrgelhalter aus den staatlichen Überweisungen bestritten werden. Etwas Deutlicheres kann man sich nicht denken, und ich hätte es auch nie gewagt, an der Klarheit dieser Worte herumzuseilen, wenn das nicht der Redakteur der „Tagespost“ selber unternommen hätte. Er erzählt uns nun, in dem Artikel hätte man sich bloß dagegen verwahrt, daß nach den bösen Erfahrungen des Junktims im Parlamente von einem gleichen Junktim zwischen Biersteuer und Lehrgelhalts-Erhöhung die Rede sei, weil dadurch die Lehrer in die böse Lage versetzt würden, als Ursache der Biersteuer-Erhöhung gescholten zu werden. Das und nichts anderes wollte der Artikel.

Wie man zu einer solchen Erläuterung seines eigenen Artikels kommen konnte, begreife ich absolut nicht. Begreiflich wird es, wenn man weiß, daß über den Artikel nicht nur verschiedene Herren im Landtage sehr erboßt waren, darunter auch der Herr Finanz-

referent im Landes-Ausschusse, Dr. v. K a a n, sondern auch Seine Excellenz der Herr Statthalter, und daß die hohe Regierung mit dem Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzer dem Chefredakteur der „Tagespost“ auf die Bude gestürmt ist, und ihm Vorwürfe gemacht wurden, wie er einen derartigen Artikel schreiben konnte, der nur den Gegnern der Biersteuer-Erhöhung, und zwar den Sozialdemokraten, Vorschub leistete. Ich achte als eine der höchsten Tugenden die Konsequenz und Mannhaftigkeit. Ob es besonders mannhaft ist, im Morgenblatt den unerschrockenen Ritter zu posieren und im Abendblatt kleinmütig das Schwert in die Scheide zu stecken und nach Hause zu schleichen, überlasse ich Ihrer Beurteilung.

Meine Herren, bei der Gelegenheit aber gestatten Sie mir, daß ich aber auch eine kleine Richtigstellung vornehme. In dem Berichte über die heutige Sitzung — eigentlich gestrige Sitzung — heißt es, daß ich mich in langatmige Ausführungen ergangen hätte. Ich glaube, die Herren werden mir Zeugenschaft dafür abgeben, daß das nicht der Fall ist. An einer anderen Stelle heißt es, da dem Abg. K e s e l der Faden auszugehen scheint, ersucht er den Landeshauptmann, Schluß der Sitzung zu beantragen, und da soll dazwischen gerufen worden sein, das ist zu lachhaft und zu blöde.

Ich bitte, den Herren zu sagen, das kann nicht wahr sein, da ich nichts gehört habe. Übrigens glaube ich, daß die Herren auch selbst die Unrichtigkeit der Behauptung bestätigen werden, daß mir der Faden auszugehen drohe. Ich habe zwar eine Menge Fäden verbraucht und bin dabei, eine ganze Spule abzuwickeln. Ich lasse mir kleine Unrichtigkeiten gefallen, aber das ist tendenziös, insbesondere, wenn es mich betrifft, der ich mich immer in den engsten Grenzen des Notwendigen halte. Weil ich schon beim Berichtigen bin, will ich das auch beim „Grazer Tagblatt“ tun, welches behauptet, daß ich angesichts der Lehrer auf der Galerie öde Scherze gemacht hätte. Ich traue den Herren nicht zu, daß sie über öde Scherze gelacht hätten. Ich glaube, daß das auch tendenziöse Berichtserstattung ist. Im „Grazer Tagblatt“ werden außerdem noch andere Unrichtigkeiten behauptet. Ich habe hier das heutige Morgenblatt, Sie sehen, ich bin ein eifriger Zeitungsleser; es ist nicht ganz 5 Uhr und ich habe schon alle Morgenblätter durchstudiert. Da steht im „Grazer Tagblatt“ ein Artikel: „Ein mißglücktes Debut des deutschen Zentrums“. Ich kenne die politische Tendenz des „Grazer Tagblatt“ nicht, sogar wenn der Herr Abg. B r a n d l redet, finde ich

mich leichter zurecht, als wenn ich den Leitartikel des „Grazer Tagblatt“ lese. Es wird zuerst die Entrüstung ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten offene Obstruktion im Landtage getrieben haben. Man hat die Meinung gehabt, daß die Sozialdemokraten mit Rücksicht auf die notleidende Lehrerschaft es nicht so weit kommen ließen. Da heißt es (liest): „Vielfach hatte man die Meinung, daß es die Sozialdemokraten mit Rücksicht auf die Lehrernot nicht so weit kommen lassen werden. Vielleicht wäre es auch zur offenen Obstruktion nicht gekommen, wenn die Sozialdemokraten nicht ermutigt worden wären durch die Haltung des deutschen Zentrums und seiner Presse, die ihnen durch den Antrag S c h w a b auf Umstellung der Tagesordnung als wertvoller Bundesgenosse erscheinen mußten.“

Weiter heißt es im Artikel (liest): „Die Obstruktion der Sozialdemokraten brach jedoch nach einigen öden Obstruktionscherzen, die das Haus bis in die siebente Abendstunde hinein aufgehalten hatten, dank der festen Haltung des Landeshauptmannes kläglich zusammen.“

**Landeshauptmann** (das Glockenzeichen gebend): Ich möchte den Herrn Abg. K e s e l bitten, zur Sache zu kommen.

Abg. **K e s e l** (fortfahrend): Ich rede zur Sache, wie der Herr Abg. Dr. von K a a n es tat, nur mit dem Unterschiede, daß er Abgeordneter der Städtekurie und Landes-Ausschuß-Beisitzer ist, während ich Abgeordneter der letzten Kurie bin. Bezüglich der Ausführungen bleiben sich alle gleich. Nun, meine Herren, wird nach diesem Artikel die „Tagespost“ als das Blatt des Zentrums erklärt. Ich habe nicht gewußt, daß das Zentrum so mächtig ist, auch ein Tagblatt zu haben. Die Gesinnung des Zentrums war noch nicht feststellbar, weil das Zentrum zu vermischt ist und die Gesinnung sich erst in Zukunft zeigen wird. (Abgeordneter B r a n d l: „Eine gute Kreuzung!“) Glauben Sie, daß es bei den Parteien wie bei den Röhren ist, wie beim schwarzen und weißen Rindvieh? Ich habe verschiedene Dinge, betreffen sie was immer, studiert, aber ein Buch von der Kreuzung von Parteien ist mir noch nicht zuhänden gekommen. Es wird wahrscheinlich dem Herrn von P a n z überlassen, ein solches Buch zu verfassen. Merkwürdig ist, daß die Mehrheitspartei, beziehungsweise ihre Unterhändler, zum Redakteur gehen, um ihm ihre Vereinbarungen zur Genehmigung zu unterbreiten. Ein Virilist extra statum. (Abg. Dr. von K a a n: „Das Communiqué haben alle zu gleicher Zeit bekommen!“) Aber, Herr Dr. von K a a n, Sie sind ja schlafgrantig! (Abg. Dr. von K a a n: „Schlechter

Witz!“) Diese Witze kommen dem Lande noch viel billiger, als Ihr Verhalten. (Abg. Dr. Schacherl: „Das Land wird zugrunde gerichtet mit Ihrer Wirtschaft!“)

Nach Richtigstellung der Zeitungsnachrichten möchte ich noch auf die Erörterung der Frage eingehen, ob es zweckmäßig und notwendig war, überhaupt ein Junktim zwischen der Gehaltserhöhung der Lehrer und der Biersteuer herzustellen. üblich ist dieser Hergang und keine neue Erfindung, sondern eine uralte Methode im Hause Österreich. Von der Fahrkartensteuer angefangen, bis zur Erhöhung der indirekten Steuern, hat man ein Junktim zwischen der Erhöhung der Gehälter der Staatsangestellten und solchen schädlichen Steuern hergestellt. Das letzte Junktim nach dieser Richtung wurde hergestellt von Ihren Parteigenossen im Reichsrate, vom Deutschen Nationalverband, der sich darauf gestützt hat, die Regierung will ein solches Junktim, und dieses Junktim auch angenommen hat. Es ist eine alte Erfahrung, daß, wenn man eine schlechte volksschädliche Steuer über den Berg bringen will, man einfach sagt, der Ertrag gehöre für einen der Allgemeinheit zukommenden Zweck. Die Lehrer sollen nur den Lockvogel abgeben, um die Steuer über den Berg zu bringen. Wenn Sie erklärt hätten, die Biersteuer gehöre dazu, um Brücken oder Straßen zu subventionieren oder Subventionen für die Weinbautreibenden zu schaffen, so würden Sie mit der Erhöhung der Biersteuer einen schlechten Stand haben, so aber schieben Sie die Lehrer vor und Sie glauben nun, die Lehrer wegen unserer Gegnerschaft gegen die Biersteuer auf uns hegen zu dürfen. An jenen Lehrern, die so wenig Urteilsfähigkeit besitzen, um unseren Kampf zu begreifen, liegt uns gar nichts, weil einem Menschen, der das nicht begreift, nicht geholfen werden kann. Ich glaube aber, daß ein Großteil der Lehrer selbst vollständig begreift, wohin der Kampf zielt, und es selbst verurteilen wird, daß ein solches Junktim zwischen der Gehaltsaufbesserung und der Biersteuer hergestellt wird. Ich glaube auch nicht, daß die Lehrer so vergeßlich sind und sich nicht daran erinnern, daß sie die erste Gehaltserhöhung in diesem Landtage mit uns und gegen den Willen der Mehrheit erkämpft haben. Ohne uns Sozialdemokraten wäre es nie zur ersten Lehrergehälter-Erhöhung gekommen. Meine Herren, nach unserer ganzen Haltung im Landtage und noch mehr im Reichsrate kann niemand annehmen, daß wir gegen die Gehaltserhöhung der Lehrer seien, allerdings stehe ich nicht an, zu erklären, daß es,

wenn sich unter den Lehrern die Meinung festgesetzt hätte, daß wir die Biersteuer annehmen müssen, damit sie eine Gehaltserhöhung bekommen, eine sehr traurige Erscheinung wäre. Es wäre sehr traurig, wenn jemand, dem es schlecht geht, auf Kosten anderer, denen es noch schlechter geht, eine Gehaltserhöhung bekommen will. Ich glaube auch nicht, daß das der Fall ist. Ich habe auch vor der Drohung, daß die Lehrer gegen uns losgehen werden, nicht die geringste Angst. Der umgekehrte Fall ist vorhanden, denn Sie haben vor den nächsten Wahlen Angst, wenn Sie nicht früher den Lehrern eine Gehaltserhöhung geben, welche Sie schon lange versprochen haben. Damit Sie jetzt leichter Ihr Wort einlösen können, wollen Sie die Biersteuer heranziehen und wollen die Biersteuer-Erhöhung durchführen und wollen auf Kosten der breiten Schichten der Bevölkerung den Lehrern eine Gehaltserhöhung geben; anstatt in die eigenen Taschen zu greifen, greifen Sie in die Taschen der Minderbemittelten.

Wir haben übrigens im Lande eine Reihe von Provisorien. Schulden machen darf man aber nicht, wenn man keine Bedeckung dafür hat. Meine Herren, es sind aber schon sehr viele Schulden gemacht worden. Speziell möchte ich darauf aufmerksam machen, daß ja in der nächsten Zeit die Erledigung des kleinen Finanzplanes zu erwarten ist, wodurch dem Lande ein ziemlicher Betrag an Mehrüberweisungen als bisher zufließen wird. Es wäre ganz gut möglich gewesen, anstatt verschiedenes andere mit diesen Überweisungen zu decken, die Gehaltserhöhung der Lehrer zu decken. (Abg. Dr. von Raan: „Das ist ja sehr interessant, aber die Lehrer werden sich dafür bedanken!“) Ja, es ist sehr interessant, denn wenn man für andere Schulden machen kann, kann man auch für die Lehrer Schulden machen; daß man es nicht tun kann, ist bloß eine Ausrede für politische Kinder. Die sind wir aber nicht. Wir lassen uns durch eine solche Ausrede nicht täuschen. Übrigens hat mich Landes-Ausschuß-Mitglied Dr. von Raan durch diesen Zwischenruf an etwas anderes erinnert, und zwar an die Erhöhung der Gehälter und Bezüge der Landes-Angestellten. Diese soll bekanntlich durch die einzuführende Wertzuwachssteuer gedeckt werden. Es herrscht nun allgemeiner Zweifel darüber, ob diese Wertzuwachssteuer auch nur annähernd jenen Ertrag liefern wird, der für die Erhöhung der Gehälter und Bezüge der Landes-Bediensteten notwendig ist. Dieses Junktim, welches hier aufgestellt wurde, ist ein sehr zweifelhaftes, weil der Erfolg der Steuer ein sehr zweifelhafter ist. Wenn der Beschluß, mit dem wir nicht nur vollständig ein-

verstanden sind, sondern welchen wir noch zu verbessern wünschen, gefaßt ist, dann wird natürlich der Abgang, weil er durch die Wertzuwachssteuer nicht gedeckt werden kann, einfach aus Landesmitteln gedeckt werden müssen, vielleicht sogar aus jenem Teile der schwebenden Schulden, den der Landes-Ausschuß schon jetzt bewilligt haben will. Denn er spricht bekanntlich, obwohl nur 8,600.000 Kronen zu konvertieren sind, die Ermächtigung an, eine Summe von 10,000.000 . . . (Widerspruch.) Sie werden mich doch nicht für so beschränkt und blöde halten (Abg. Dr. von Kaan: „O ja!“) Ich bitte, Exzellenz, Herr Landeshauptmann, das ist eine Beleidigung. (Abg. Dr. von Kaan: „Das war ja nicht so gemeint!“)

**Landeshauptmann:** Ich bitte die Herren, keine solchen Gespräche zu führen.

**Abg. Neisel** (fortfahrend): Ich bitte, meine Herren, Sie werden uns doch nicht zumuten, daß wir glauben, daß dieser höhere Betrag aus anderen Gründen angenommen wurde, als aus denen, weil Sie selbst der Meinung sind, daß diese schwebenden Schulden bis dahin den Betrag von 10,000.000 Kronen so ziemlich erreichen werden. Wozu denn dann die Bemerkung: „im Höchstbetrage“? Ja, meine Herren, wir glauben, daß man das, was man auf der einen Seite machen kann, man auch auf der anderen Seite machen kann, man kann ebenso auf die Überweisungen warten und braucht deshalb nicht aus einem Saulus ein Paulus zu werden. Sie alle waren Gegner der Biersteuer und nun sind Sie auf Grund einer sehr merkwürdigen Begründung für die Biersteuererhöhung eingesehen. Wir wollen das ja glauben, aber es fällt uns nicht ein, das zu glauben, weil es nicht wahr sein kann; denn wenn man die Wirkungen, welche die Biersteuererhöhung ausübt, erwägt, so findet man eben, daß das nicht sein kann. Welche Folgen wird die Biersteuererhöhung haben! Welche Erbitterung sie auslösen wird, haben wir bereits im Jahre 1909 gesehen. Allerdings war damals mehr Zeit für die Verhandlungen und insolgedessen ist diese Erbitterung der Bevölkerung zur Geltung gelangt.

Wenn wir nun diese Steuererhöhung so schnell abmachen, ohne daß die Bevölkerung erfährt, welche Absichten Sie haben, dann wird sich die Erbitterung erst hinterher zeigen, das Gesetz ist aber dann schon angenommen und dann schadet es weiter nichts. Nun, meine Herren, wenn Sie sich daran erinnern, welche Erbitterung damals die Absicht, die Biersteuer zu erhöhen, ausgelöst hat, so können Sie sich, glaube ich, eine kleine Vorstellung machen, welche Wirkung diese

Erhöhung auszuüben vermögen wird. Daß sich die Leute umsonst erregen, glaube ich nicht. Die Gastwirte haben im Landhause gewiß nicht demonstriert, weil sie glaubten, daß sie durch die Biersteuer einen Vorteil erlangten, sondern weil sie durch die Erhöhung der Biersteuer in ihrer Existenz schwer bedroht wurden. Die Brauereiarbeiter sind gewiß nicht deshalb in das Landhaus gekommen, weil sie sich bloß das Vergnügen machen wollten, einmal im Landhause zu demonstrieren, sondern weil sie die Befürchtung hegten, daß sie infolge der Biersteuererhöhung in ihrer Existenz bedroht werden. Die Bevölkerung war damals gewiß nicht zum Vergnügen aufgebracht, sondern weil sie wußte, welche schädliche Folgen die Erhöhung der Biersteuer nach sich ziehen muß. Ich stimme Ihnen ohne weiteres bei, wenn Sie sagen, das Bier sei ein Genussmittel, man muß es ja nicht trinken. Das ist vollständig richtig. Man muß ja auch nicht rauchen. Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die die Menschen machen, die eigentlich Lebensgewohnheiten sind. Man hat aber mit der Tatsache zu rechnen, daß beispielsweise die weitaus überwiegende Mehrzahl der Menschen ohne den Gebrauch eines Genussmittels gar nicht leben zu können glaubt. Ich glaube, Sie selbst werden aus eigener Erfahrung zugeben müssen, daß nach der letzten Biersteuererhöhung der Schnapskonsum ganz außerordentlich zugenommen hat, daß viele Leute, die früher Bier getrunken haben, nun zum Schnaps gegriffen haben, weil sie das Bier nicht mehr zahlen konnten.

Meine Herren, Sie glauben, daß die Biersteuererhöhung eine Wirkung im Sinne der Abstinenz ausüben werde, das heißt der Enthaltensamkeit vom Alkohol? Das Gegenteil ist der Fall. Es ist geradezu erschreckend, wenn man im Lande heute herumkommt, sehen zu müssen, wie allgemein der Schnapskonsum, der früher zum größten Teile in den meisten Schichten der Bevölkerung verpönt war, weil in den meisten Schichten der Bevölkerung der Schnapstrinker als ein Auswürfling gegolten hat, immer mehr zunimmt, während er früher eine Ausnahme war. Es ist allerdings für Sie schwer, die Wirkung der Biersteuererhöhung so recht zu kennen. Denn die meisten Herren, die hier für die Biersteuer stimmen, verkehren in Kreisen, die die Erhöhung der Biersteuer nicht so drückend empfinden, denen es nichts macht, ob sie einen oder zwei Kreuzer mehr für einen Liter Bier bezahlen müssen. Wir aber müssen mit jedem Heller rechnen. Sie wissen, wir haben die Hellerwährung, aber nirgends wird sie gebraucht. Wir finden daß bei jeder

Preisangabe der Preis immer auf zwei, vier oder sechs Heller ausgeht. Man wird nie sagen, das kostet 41 oder 43 Heller, sondern immer 22, 24, 26 usw. Das ist eine Tatsache, die bei der Biersteuererhöhung sehr schwer ins Gewicht fällt. Sie wollen die Erhöhung um zwei Kronen pro Hektoliter einführen. Nun wird das Bier nicht literweise, sondern zum größten Teil halbliterweise verbraucht. Es ist nun kein Geheimnis, daß die Erhöhung der Biersteuer nicht die Erhöhung des Liter Bieres um zwei Heller, sondern um vier Heller nach sich ziehen wird; da kann wohl nicht der geringste Zweifel herrschen und eine Maßnahme, welche es ermöglichen würde, daß die Helleinheit vermieden werden könnte, das wäre eine sehr kostspielige und nicht leicht durchführbare Sache. Die Biersteuer wird zur Folge haben, wie bereits mein Kollege Horvatek dargetan hat, eine Schädigung der breiten Schichten der Bevölkerung dadurch, daß sie eines jener Genußmittel, dessen Zusichnahme zur Lebensgewohnheit geworden ist, verteuert wird. Wir haben auch einen gewissen Trinkzwang, das heißt, daß derjenige, der zwar nicht trinken will, der aber eine Gesellschaft besucht, zum Biertrinken gezwungen wird. Der Arbeiter kann sich in seine Wohnung keine große Gesellschaft einladen, denn es fehlt ihm die Räumlichkeit und dann fehlen ihm die Mittel. Er ist also auf das Gasthaus angewiesen. Die Abstinenzbewegung ist auch bestrebt, es zu ermöglichen, daß man in den Gasthäusern alkoholfreie Getränke bekommt und das ist jedenfalls sehr zu begrüßen. Auch darüber kann man verschiedener Meinung sein, wie mein Kollege Horvatek erwähnt hat, daß die Ärzte den Kranken Alkohol verordnen. (Zwischenrufe der Abg. Dr. Schacherl und Horvatek.)

**Landeshauptmann** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, die Zwiesgespräche zu unterlassen und den Herrn Redner bitte ich, seine Ausführungen fortzusetzen.

Abg. **Reisel** (fortfahrend): Heute haben wir es glücklich soweit gebracht, daß es auch möglich ist, in den Gastwirtschaften alkoholfreie Getränke zu bekommen. Ich will nun nachweisen, daß der Arbeiter zum Bierverbrauch gezwungen wird, wenn er Geselligkeit haben will. (Zwischenruf.) Meine Herren, es könnte dieser Zwischenruf, der nicht in böser Absicht war, mißdeutet werden. Abg. Dr. Puchas meint, daß man überflüssiges Geld haben muß, um ins Wirtshaus gehen zu können. In den Arbeiterkreisen ist aber kein überflüssiges Geld vorhanden. Unsere Bier-

industrie ist durch unsere Handelspolitik schwer geschädigt. Der Bierexport nach dem Auslande könnte ein viel größerer sein, wenn wir für den Import günstigere Zolltarife hätten. Ich habe das nur nebenbei bemerkt, weil ich den einen Gedanken zu Ende führen will, wie schädlich die Biersteuer wirkt. Wenn der Arbeiter schlecht bezahlt wird und er eine Gesellschaft sucht, so muß er ins Gasthaus gehen und dieser Genuß wird ihm auf seine schlechte Entlohnung durch die Biersteuererhöhung verteuert werden. Nun könnte man sagen, er braucht ja nicht ins Wirtshaus gehen, was aber ein barbarisches Argument ist. Wer soll einen Anspruch auf Genuß haben? Wenn nicht der Arbeiter, der von Früh bis zur späten Nacht arbeitet, und von dem es abhängt, ob das Leben auf der Welt sich bewegt oder stillsteht. Wenn der Arbeiter das Arbeiten einstellt, hört das Leben auf, wenn die Eisenbahner die Arbeit einstellen, die Schmiede, Schlosser, Tischler usw., dann hört alles auf, und ich erinnere nur an das Lied: „Mann der Arbeit, aufgewacht, — Erkenne deine Macht, — Alle Räder stehen still, — Wenn dein starker Arm es will.“

Soll derjenige, der alle die Werte, die da angehäuft sind, geschaffen hat, keinen Anspruch auf Genuß haben? Nun, meine Herren, wenn das Geld nicht langt — jeder Mensch hängt an einem Genußmittel — so wird er eben zum Schnaps greifen. Der Schnaps wird auch verteuert durch den kleinen Finanzplan von 75 Heller oder 65 Heller auf 1 Krone 10 Heller, beziehungsweise 1 Krone 20 Heller, wenn ich die Ziffern genau im Kopfe habe. Er greift zum Schnaps, der häßlich, schlecht wirkt. Ich glaube, Ihnen sind noch die Berichte aus Berlin in Erinnerung, wo so viele Menschen an Methyalkoholismus zugrunde gegangen sind. Solche Fälle führen eben dazu, wenn man das Bier verteuert, den Biergenuß einer großen Anzahl Minderbemittelten unmöglich macht und sie dadurch dem Schnapskonsum in die Arme treibt. Sie werden sagen, das sollen die Menschen nicht tun. Wenn man untersuchen wollte, was die Herren, die die Biersteuer annehmen wollen, alles tun, was nicht notwendig ist, so wird man vielleicht mehr finden als den bloßen Bierkonsum. Sie wissen ja, es gibt nicht nur Alkoholiker, sondern auch Morphiniten. Es gibt Leute, die ohne Morphium einzunehmen oder Morphiuminjektionen zu erhalten, nicht leben können, sie fühlen sich ohne dieses höchst unglücklich. Ich selbst habe unter meinen Bekannten ein paar Leute, mit denen man einfach nicht zu verkehren vermag, wenn sie nicht eine Morphiuminjektion bekommen oder

Pillen zu sich genommen haben. Wenn ein Mensch offenbar als Genußmittel Gift nimmt, so ist es den Arbeitern nicht zu verargen, wenn sie nach schwerer Arbeit in ihrer Erholungszeit als Genußmittel, um den geselligen Bedürfnissen zu genügen, ein paar Krügel Bier trinken, oder wenn derjenige, der sich das Bier nicht mehr kaufen kann, zum Schnaps greift und wenn er, weil ihm auch der Spiritus, der aus den Kartoffeln erzeugt wird, zu teuer wird, zum Methylalkohol greift. Die Herren scheinen zu müde zu sein, um diese Argumentation in sich voll aufzunehmen, um die schädliche Wirkung, welche die Biersteuererhöhung auf die Bevölkerung ausübt, zu begreifen. Ich möchte daher an den Herrn Landeshauptmann die Frage stellen, die Sitzung wenigstens für eine Zeit lang zu unterbrechen und mir zu gestatten, meine Rede nach dieser Unterbrechung weiter fortzusetzen.

**Landeshauptmann:** Ich werde das hohe Haus darüber befragen. Der Herr Abg. Kefel hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen und ihm gestattet wird, seine Rede nach Wiederaufnahme der Sitzung fortzusetzen.

Jene Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, bitte ich, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich bitte den Herrn Redner, seine Ausführungen fortzusetzen.

**Abg. Kefel (A. W. Graz):** Zu meinem Bedauern hat Seine Exzellenz der Herr Landeshauptmann, beziehungsweise das hohe Haus nicht eingewilligt, daß die Sitzung auf eine Zeitlang unterbrochen werde. Ich hätte dies vor allem im Interesse der Keuschheit gewünscht, daß der Fußboden gereinigt und daß uns selbst Gelegenheit gegeben wird, uns zu reinigen und vielleicht auch, um unser Gewissen zu reinigen. (Heiterkeit.) Ich für meine Person fühle ein solches Bedürfnis, aber wenn die Herren ein solches Bedürfnis nicht empfinden, muß ich auch meines unterdrücken.

**Landeshauptmann:** Ich bitte, keine Scherze zu machen, sondern bei der Sache zu bleiben.

**Abg. Kefel (fortfahrend):** Nun, meine Herren, bevor der Herr Landeshauptmann die Frage an Sie gestellt hat, ob Sie geneigt sind, in die Unterbrechung der Sitzung zu willigen, habe ich die Wirkungen der Biersteuererhöhung besprochen. Es tut mir außerordentlich leid, daß nicht alle Herren hier im Hause waren. Es bleibt mir daher nichts anderes übrig,

als dasselbe Kapitel wieder zu behandeln und um peinlichste Aufmerksamkeit zu bitten.

Ich habe darauf verwiesen, daß die Wirkung der Biersteuer nach vielen Richtungen schädlich ist. Vor allem andern wird sie eine schädliche Wirkung auf das Gastgewerbe ausüben. Ich bitte den Herrn Abg. Mosdorfer nicht zu deuten. Sie sind über die Verhältnisse nicht genau unterrichtet. Was werden Ihre Gastwirte machen? (Abg. Mosdorfer: „Unsere Wirte sind mit der Erhöhung einverstanden!“) Nun ja, in Weiz ist es immer so. In Weiz sind auch hinsichtlich des Gastgewerbes andere Verhältnisse als in Graz und Umgebung und in größeren Industrieorten. Hier ist der Wirt in einer sehr argen Zwischmühle im Falle der Biersteuererhöhung, weil er vor der Alternative steht, entweder am Ertrage seines Geschäftes einzubüßen dadurch, daß er die Biersteuererhöhung nicht auf die Konsumenten überwälzt, oder andererseits, daß er riskiert, seine Kunden zu verlieren. Im Jahre 1909 haben die Gäste bei der Bierpreissteigerung erklärt, sie zahlen nicht, und wenn ihnen der Wirt das Bier nicht um den früheren Preis gibt, gehen sie nicht ins Wirtshaus. Die Wirte sind also auf dem Punkte gestanden, daß ihnen das Geschäft überhaupt nichts getragen hat oder daß sie dasselbe auflassen mußten. Sie werden zugeben, daß dies für die Gastwirte stets ein Dilemma ist, aus dem sie keinen Ausweg zu finden vermögen. Sie werden allerdings sagen, die Gastwirte können sich ja vereinigen und gegen die Brauereien Stellung nehmen, damit die Brauereien einen Teil der Steuererhöhung tragen. Nun, meine Herren, die Gastwirte wissen die Macht der Organisation wohl zu schätzen, sie sind leider den Brauereien gegenüber wirtschaftlich zu schwach, um ihre Forderungen durchzusetzen, denn ein großer Teil der Gastwirte ist von den Brauereien derart abhängig, daß jede Widerwilligkeit gegen die Brauereien bereits eine Gefährdung ihrer Existenz sein kann. Vor allem andern besitzen die Brauereien eine große Zahl von Konzessionen, sie haben eine bedeutende Anzahl von Pächtern, die den Brauereien vollständig ausgeliefert sind, weil die Gastwirte das Gewerbe nur betreiben können, wenn der Brauer nicht nur alle Betriebsmittel, sondern auch die Konzession zur Verfügung stellt, die in der Hand des Brauers ist. Der größte Teil der Wirte steht aber noch in einem andern Abhängigkeitsverhältnis zur Brauerei. Wenn der Wirt auch selbst im Besitze der Konzession ist, so gehört in vielen Fällen die ganze Einrichtung, vom Spucknapf angefangen, bis zum Eiskasten dem Brauer. Der Wirt,



dem die Brauerei die Gasthauseinrichtung entzieht, kann sein Geschäft nicht weiterführen, weil er nicht über soviel Kapital verfügt, um die Einrichtung aus eigenem bestreiten zu können und auch niemanden findet, der ihm das Geld zur Beschaffung der Einrichtung borgt.

Meine Herren, das trägt dazu bei, daß es den Gastwirten fast unmöglich ist, zu erreichen, daß ein Teil der Biersteuererhöhung von den Brauereien getragen wird.

Es bleibt ihnen daher nichts anderes übrig, als diese Steuererhöhung abzuwälzen. Nun weiß man aber heute noch nicht, wie die Brauereien nach der geplanten Steuererhöhung den Bierpreis gestalten werden. Es ist sehr leicht möglich, daß einfach zu der Steuer noch etwas dazu geschlagen wird, daß die Brauereibesitzer noch ein Plus über die Steuer verlangen. Allerdings existiert dazu wenig Berechtigung, weil nach dem Einhebungsmodus die Wirte die Steuer zu zahlen haben. Aber nun fällt mir auch ein, daß die Gastwirte folgendes gesagt haben: Die Möglichkeit, daß die Gastwirte — ich glaube, es war auch eine Petition — einen Teil der Erhöhung von den Brauereien übernehmen, ist nur dadurch zu erreichen, daß man den bisherigen Einhebungsmodus beseitigt und die Biersteuer direkt von den Brauereien einhebt. Auch über diese Frage wäre eingehender nachzudenken, weil der Apparat der Biersteuereinhebung des Landes ziemlich große Kosten verursacht und diese Kosten erspart werden könnten, so daß nicht nur das Land einen Profit davon hätte, sondern auch die Gastwirte. Nun aber existieren außer den Gastwirten noch andere, die von der Biersteuererhöhung betroffen werden, die Konsumenten. Unter den Herren hier im hohen Hause werden sich zwar wahrscheinlich wenige finden, die zugrunde gehen, wenn sie ein paar Kreuzer mehr für das Bier zahlen müssen! Die ganzen Massen aber, die haben viel weniger Geld und die spüren jeden Kreuzer!

Ich weiß, ich habe da vorhin gesagt, Sie werden einwenden, Bier müsse man nicht trinken! Ich bin auch vollständig der Ansicht. Wein ist auch ein Genußmittel, das man nicht trinken muß, und ich könnte ihnen vielleicht nachweisen, das zwei Drittel der Dinge, die Sie zu sich nehmen, nicht absolute Lebensmittel, sondern nur Genußmittel sind und dennoch werden Sie diese Genußmittel unter gar keinen Umständen entbehren wollen und ich weiß, daß verschiedene Leute, verschiedene Deklassierte, höchst unglücklich darüber waren, weil sie mehrere Dinge, die sie früher zu

genießen gewohnt waren, infolge der veränderten Lage ihrer Verhältnisse nicht mehr genießen konnten. Zudem habe ich schon früher gesagt, daß, wenn jemand ein Anrecht auf Genuß hat, wer hat es eher als der Arbeiter, der sich vom frühen Morgen bis zur Nacht abplagt, der alle Werte schafft, er, der die Welt in Bewegung hält. Ich weiß, es gibt Leute, die sagen, wer kein Geld hat, soll nicht ins Wirtshaus gehen! Nun, das hängt nicht allein mit der Sucht, den Alkohol zu genießen, zusammen, sondern auch mit seinem Geselligkeitsbedürfnisse. In besseren Kreisen werden öfter in die Wohnung Gesellschaften eingeladen; das kann sich der Arbeiter aber aus folgenden Gründen nicht erlauben: erstens weil seine Wohnung zu beschränkt ist und zweitens, weil er kein Geld dazu hat.

Es ist daher unrecht, wenn man sagt, das Bier, wenn es teurer wird, brauche man ja nicht trinken! Die Teuerung des Bieres hat aber noch eine Spitze in sich, das ist die Zunahme des Schnapskonsums. Leute, die den Alkoholgenuß gewohnt sind, die entwöhnen sich nicht leicht, und wenn das Geld dazu nicht reicht, trinken sie eben Schnaps und andere Dinge, Menthylalkohol usw. Nun, meine Herren, welche soziale Schädigung dadurch der Menschheit erwächst, wenn der Schnapskonsum gesteigert wird, das glaube ich Ihnen nicht besonders auseinanderzusetzen zu müssen!

Tatsache ist, daß gerade in den letzten fünf Jahren der Schnapskonsum ungemein zugenommen hat, daß auf dem Lande, wo früher Schnaps überhaupt nicht zu sehen war, in den Gastwirtschaften fast ausschließlich Schnaps getrunken wird. Und was der Schnaps für Folgen zeigt, wie Kaufszesse, Messerstechereien usw., das können Sie täglich aus den Gerichtssaalberichten der Zeitungen entnehmen!

Ich glaube, Ihnen nicht zumuten zu können, daß Ihnen diese Folgen vollständig wurst sind.

Wenn ich nun dargetan habe, daß ein Funktim der Biersteuervorlage mit der Lehrergehalts-Erhöhung nicht notwendig ist, wenn ich weiter auf die schädlichen Folgen der Biersteuer-Erhöhung verwiesen habe, so glaube ich auch mein Teil dazu beigetragen zu haben, um Sie von der Notwendigkeit der Ablehnung dieser Steuervorlage vollständig zu überzeugen.

Ich würde sofort schließen, wenn ich die Überzeugung hätte, daß wir Sie bereits, wenigstens zum Teile, überzeugt haben. Ich halte diese Bemühung doch nicht für ganz vergeblich, denn es hat sich schon im Laufe der Tagung des Landtages gezeigt, daß die Feinde der Biersteuer zugenommen haben. In der

ersten Sitzung wurde die Behauptung aufgestellt, daß die Herren des Landtages von Ihrer Seite Mann für Mann für die Biersteuer-Erhöhung stimmen werden. Nun, ein paar Herren sind schon abgebröckelt und ein paar werden noch hinauslaufen, wenn die Abstimmung herannaht. Das ist auch ein Opfer für die Lehrer! Ein großes Opfer, wenn die Herren, die sonst gegen die Biersteuer-Erhöhung stimmen würden, nun hinausgehen, damit sie nicht dagegen stimmen müssen!

Wenn alle diese Herren gleich opferfreudig wären, dann würde die Biersteuer-Erhöhung nicht angenommen werden können und die Lehrer hätten dann genau so viel, als wie wenn Sie dagegen gestimmt hätten.

Vielleicht werden immer mehr und mehr Gegner der Biersteuer! Es würde schon genügen, daß wir eine entsprechend große Zahl derselben zusammenbringen, die nicht für die Biersteuer-Erhöhung stimmt, weil dadurch die Beschlußfähigkeit des Landtages schon beeinträchtigt werden würde, wenn Sie wirklich bereit wären, die Biersteuervorlage abzulehnen. (Abg. Einspinner: „Nein!“) Sprechen Sie für sich oder für Ihre Partei? (Abg. Einspinner: „Für meine Partei!“)

Ich kenne mich in den Parteiverhältnissen des Landtages überhaupt nicht mehr aus, seitdem das deutsche Zentrum entstanden ist; ich weiß nur, daß ihr offizieller Titel einst „Deutsche Volkspartei“ war!

Aber sich jetzt in so früher Morgenstunde — es graut schon der Morgen und Ihnen graut es auch schon vor uns — da zurechtzufinden, das ist allerdings nicht leicht.

Nun, meine Herren, wenn Sie bereit wären, die Biersteuer-Erhöhung abzulehnen, so sind wir sehr gerne bereit, mit Ihnen lebhaft und schnell nach Mitteln und Wegen zu suchen, wodurch, ohne daß das Land zu Schaden kommt, die Lehrer und die Angestellten des Landes vollauf befriedigt werden können; nur müssen Sie uns die Möglichkeit hierzu geben!

Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. von K a a n hat erklärt, er ist neugierig auf das Rezept, welches wir ihm da geben. Ich habe schon Andeutungen darüber gemacht, in welcher Richtung sich unsere Ideen bewegen, aber eine so vollständige und geschwinde Arbeit dürfen und können Sie von uns nicht verlangen! Wir können doch nicht in zwei Tagen etwas finden, was Sie in ein paar Jahren nicht gefunden haben!

Nun, meine Herren, Sie verlangen von einer grundsätzlichen Oppositionspartei, wie die unserige,

etwas gar zu viel! Wir sind gutmütig, aber so gutmütig denn doch nicht.

Zu dem ist ja eine aufgelegte Möglichkeit vorhanden, aber dennoch würde ich mich herbeilassen, wenigstens einigermaßen diese Ideen in ihre Details zu zergliedern, wenn die Herren mir eine kurze Spanne Zeit gönnen würden, damit ich mein Material in meiner Redaktion holen lassen kann.

Nachdem aber infolge der Handhabung der Geschäftsordnung von seiten des Herrn Landeshauptmannes und unter Ihrer Mitwirkung es unmöglich war, ein zweitesmal zu diesem Gegenstande der Tagesordnung das Wort zu erlangen, so müßte ich schon um die Bewilligung bitten, daß die Sitzung für einige Zeit unterbrochen werde, welche ich benötige, um das Material zu holen, und daß ich meine Rede dann nach Wiederaufnahme der Sitzung weiterführen kann. Es gibt eine Sanierung der Landesfinanzen noch lange nicht. Diese kann erst erfolgen, wenn eine gründliche Änderung in der Steuerbasis, sowohl im Reiche als in den Ländern, herbeigeführt wird. Erst dann ist eine wirkliche Sanierung der Landesfinanzen möglich; alles das, was jetzt geschieht, ist eitel Flickwerk. Es ist ganz unbegreiflich, wie sich die Herren darauf versteifen können, dieses Flickwerk fortzusetzen, anstatt der Regierung strikte zu erklären, entweder wird das Verhältnis zwischen Staat und Ländern hinsichtlich ihrer Verbandstätigkeit und Aufbringung der Mittel zur Ausübung dieser Tätigkeit geregelt, oder es muß überhaupt eine weitere Landeswirtschaft aufhören. Erst dann wird die Regierung gezwungen sein, an der wirklichen Sanierung der Landesfinanzen teilzunehmen.

So lange das nicht geschieht, ist es vollständig ausgeschlossen, daß die Landesfinanzen saniert werden können, und wenn man das Flickwerk fortsetzt, trägt man nur dazu bei, daß diese Lotterwirtschaft in alle Ewigkeit fortgesetzt wird. Meine Herren, ich glaube, es muß auch Ihnen wünschenswert erscheinen, wenn man schon eine Arbeit macht, daß sie in der richtigen Weise gemacht wird, daß nicht alte Übel verfolgt werden, und vor allem glaube ich, daß man Vorarbeiten machen muß auf Grund des kommenden Landtages.

Weiter ist zu beachten, daß Sie dem kommenden Landtage nichts anderes als Erbübel hinterlassen wollen, als eine herabgekommene Landeswirtschaft und Erhöhungen, die von der Bevölkerung allgemein als drückend empfunden werden. Meine Herren, geben Sie mir die Möglichkeit, daß ich mich einigermaßen in die Detailpläne einzulassen vermag, die wir hin-

sichtlich der Einleitung einer Sanierung der Landesfinanzen haben, und wir werden gerne bereit sein, Ihnen in etwas ausgedehnteren Ausführungen als bisher, diese Details auseinanderzusetzen. Ich bitte Seine Excellenz den Herrn Landeshauptmann, daß er die Sitzung zu diesem Zwecke wenigstens auf eine Stunde unterbreche, damit ich mir das zu dem von mir angekündeten Ausführungen nötige Material zu beschaffen vermag, und mir zu gestatten, nach dieser Beschaffung die Rede wieder fortzusetzen.

**Landeshauptmann:** Der Herr Abg. Kessel hat gebeten, daß die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen werde, damit er das zu seinen Ausführungen nötige Material beschaffen könne, um hierauf seine Rede wieder fortzusetzen. Ich möchte das hohe Haus befragen, ob die Herren dazu bereit sind. Diejenigen Herren, welche dem Wunsche des Herrn Abg. Kessel entsprochen wissen wollen, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag erscheint abgelehnt.

**Abg. Kessel** (N. W. Graz): Meine Herren, Sie haben nun neuerdings den Beweis geliefert, daß es Ihnen überhaupt nicht darum zu tun ist, sich auf weitere Verhandlungen bezüglich der Verschaffung der Mittel einzulassen. Sie befinden sich noch immer in diesem Biersteuererhöhungs-Kaufschne und wollen aus diesem Taumel absolut nicht gerissen werden. Ich gebe zu, daß nach der Probe, die Sie jetzt abgegeben haben, es allerdings ein sehr gewagtes Unternehmen wäre, von weiteren Ausführungen zu erwarten, daß Sie zu einer anderen als der Meinung bekehrt werden, die sich wie eine Art Hypnose Ihrer bemächtigt hat, aber ich glaube, wir werden über die Biersteuer-Erhöhung auch noch irgendwo anders reden und zu verhandeln haben, wenn auch nicht hier im hohen Landtage, sondern draußen in der Wählerschaft, und Sie können überzeugt sein, wenn wirklich beschlossen wird, daß die Biersteuer erhöht werden soll, Sie sich dieses Beschlusses nicht zu freuen haben werden, sondern daß wir dafür sorgen werden, daß Ihnen dieser Beschluß so bitter und abträglich als nur möglich wird und hiermit ende ich.

**Abg. Hagenhofer** (L.-G. Hartberg): Hoher Landtag! Ich habe vor allem die Aufgabe, im Namen unseres Klubs die Erklärung abzugeben, daß wir für den in Verhandlung stehenden Antrag stimmen werden, obwohl wir absolut keine Verpflichtung dazu haben. Unsere Partei hat an den Verhandlungen nicht teilgenommen (Abg. Kessel: „Sie wissen eben so wenig, wie wir!“), war auch gar nicht direkt an der Sache

beteiligt. Wir sind der Landtagsobstruktion ferne gestanden und haben weder einen Anlaß zur Obstruktion gegeben und haben auch selbst keine Obstruktion gemacht. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir der Meinung sind, daß die Abgeordneten des Landtages die Pflicht haben, mit aller Entschiedenheit, mit ihrem ganzen Wissen und Können für die Interessen des Landes und der Bevölkerung einzutreten und zu arbeiten. Deshalb sind wir auch immer für die Arbeitsfähigkeit im Hause eingetreten und haben uns hierüber feierlich ausgesprochen. Meine Herren! Wenn wir uns trotzdem für die Erhöhung der Biersteuer einsetzen, so geschieht es hauptsächlich deshalb, weil wir die Überzeugung haben, daß dem dringenden Bedürfnisse der Lehrerschaft nur auf diese Weise abgeholfen werden kann. Meine Herren, wir hegen nicht die Befürchtung, die heute sowohl von der sozialdemokratischen als auch von der Zentrumsparlei ausgesprochen worden ist, daß die Biertrinker ihren Haß auf die Lehrer werfen werden, wenn sie ein Glas Bier trinken. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die Biertrinker sagen werden: „Das Bier ist etwas teurer geworden, aber es ist notwendig, weil damit unseren Lehrern geholfen ist!“ Ich bin der Meinung, daß es so manchen Sozialdemokraten geben wird, der sich bei ruhiger Überlegung sagen wird, es sei nicht möglich, die Mittel zu verweigern, mit welchen den Lehrern geholfen werden kann, und daß sie denn doch den Lehrern ihrer Kinder etwas mehr Dankbarkeit schuldig sind, als vielleicht jenen Herren, welche von ihren Arbeitergeldern erhalten werden müssen.

Meine sehr geehrten Herren! Wir haben uns auch gesagt, daß wir für die Erhöhung der Biersteuer stimmen sollen, weil wir der Überzeugung sind, daß es auf diese Weise am ehesten möglich sein wird, den Bezirken den ihnen gebührenden Beitrag für die Erhaltung der Straßen flüssig zu machen. Meine Herren, seit Jahren haben die Bezirke die Straßen auf eigene Kosten erhalten müssen; es ist Pflicht des Landtages, mit allen Kräften dafür einzustehen, daß diesem Übelstande abgeholfen werde, daß diese rückständigen Beträge ehestens flüssig gemacht werden können, und die ihnen gebührenden Subventionen immer regelmäßig ausbezahlt werden. Wir sind der Meinung, daß der Landtag die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß auch die übrigen bisher zurückgestellten Ausgaben zum Wohle der Landwirtschaft wieder flüssig gemacht werden. Die hat gewiß nichts Überflüssiges vom Landtage bekommen und im Interesse des Landtages selbst, meine Herren, möchte ich bitten, für

den in Verhandlung stehenden Antrag zu stimmen. (Rufe: „Bravo!“)

Abg. **Niegler** (L.-G. Murau): Hoher Landtag! Zunächst sei bemerkt, daß auch ich in der Sitzung am 30. Dezember 1909 zur damals geplanten Erhöhung der Biersteuer Stellung genommen habe. Allerdings hat dies heute Herr Abg. Dr. Schacherl nicht gewürdigt, was für mich zwar eine Kränkung nicht bedeutet. Ich möchte darauf verweisen, daß ich damals erklärte, gegen die Biersteuer-Erhöhung zu stimmen und auch Gründe hierfür angeführt habe. Auch habe ich Stellung genommen, wie man gegen uns im Lande vorgegangen ist, und dagegen protestiert, wie wir hier belagert worden sind, und der Herr Kollege Seidler sogar mißhandelt worden ist. Aber ich habe weiter erklärt, nicht aus Furcht gegen die Biersteuer zu stimmen und die Gründe hierfür auseinandergesetzt. Inzwischen sind  $3\frac{1}{4}$  Jahre ins Land gezogen. Dem Lande sind die projektierten Einnahmen aus der Erhöhung der Biersteuer gewiß vorenthalten worden, was hat sich aber inzwischen ereignet? Herr Abg. Horvatek hat ausgeführt, daß die Brauereien im Oberlande inzwischen verschwunden sind. So viel ich mich erinnern kann, hat er nicht erwähnt, daß die Brauereien Paulus und Grünhübl in Judenburg auch aufgekauft wurden. Sämtliche Brauereien im Oberlande, mit Ausnahme der Genossenschaften von Murau und Schladming, sind verschwunden, und die Ursache liegt darin, daß sie eben aufgekauft wurden. Die großen Brauereien haben nach Ankauf der kleineren Brauereien das Bier um 4 Kronen per Hektoliter erhöht. Wo sind da die Demonstrationen geblieben, wer hat sich da aufgehalten? Nicht, weil der Landes-Ausschuß gemeint hat, in dieser Zeit eine Einnahmequelle sich zu schaffen, die nicht so drückend als eine Umlagenerhöhung wirken würde, hat der Landtag diese Erhöhung abgelehnt; wir haben es aber widerspruchslos über uns ergehen lassen, daß das Bier von den Brauereien trotzdem um 4 Kronen per Hektoliter teuer gemacht worden ist. (Unruhe.) Ich möchte kurz mit dem Bemerkten schließen, ich höre, aber mir fehlt der Glaube, und dies soll für mich die Richtschnur für die heutige Abstimmung sein.

**Landeshauptmann:** Der Herr Abg. Hofsch hat sich zum Wort gemeldet, zu einer tatsächlichen Berichtigung. Ich möchte das hohe Haus befragen, ob es im Sinne des § 29 nicht eine Verletzung der Geschäftsordnung beinhaltet, wenn der Herr Abg. Hofsch das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung

in Anspruch nimmt? Und ob ich ihm das Wort erteilen darf?

Der § 29 lautet (liest): „Das letzte Wort gebührt dem Berichterstatter. Nachdem der Landtag den Schluß der Debatte genehmigt hat (§ 28), können außer den Berichterstattern nur noch derjenige, dessen selbständiger Antrag den Gegenstand der Debatte bildet, und solche, welche schon vor der Einbringung des Antrages auf Schluß der Debatte zum Worte gemeldet waren, sprechen. Der Vorsitzende kann jedoch mit Zustimmung des Landtages auch nach Schluß der Debatte das Wort demjenigen erteilen, welcher auf Formfehler oder auf eine Verletzung der Geschäftsordnung aufmerksam macht oder eine bloß seine Person betreffende Berichtigung oder eine Berichtigung von Tatsachen vorbringen will.“

Ich ersuche diejenigen Herren, welche mir gestatten wollen, dem Herrn Abg. Hofsch das angesprochene Wort zu gewähren, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) **Abgelehnt.**

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das **Schlußwort.**

Berichterstatter **Soest:** Hohes Haus! In Ansehung des Umstandes, daß die abgeführte Debatte wesentlich neue Momente dagegen oder dafür nicht gebracht hat, und in Ansehung der vorgerückten Stunde glaube ich dem Wunsche des hohen Hauses zu entsprechen, wenn ich mich weiterer Ausführungen enthalte und auf das Schlußwort verzichte. Ich begnüge mich damit, den Gesekentwurf zur Verlesung zu bringen (liest):

„Gesetz vom . . . . .“

wirksam für das Herzogtum Steiermark, womit Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Juni 1910, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 54, betreffend die Einhebung einer Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier, abgeändert, beziehungsweise ergänzt werden.

über Antrag des Landtages Meines Herzogtums Steiermark finde ich anzuordnen, wie folgt:

#### Artikel I.

Der § 1 des Gesetzes vom 14. Juni 1910, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 54, betreffend die Einhebung einer Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier, wird abgeändert, wie folgt:

## § 1.

Das im Lande Steiermark zum Verbräuche gelangende Bier unterliegt einer Landesaufgabe von 4 Kronen für den Hektoliter.

Bei der Vorschreibung werden Bruchteile über 0,5 als ganze Heller gerechnet.

## Artikel II.

1. Personen, welche den Ausschank oder Verschleiß von nicht selbst erzeugtem Bier auf eigene Rechnung gewerbsmäßig betreiben (Unternehmer von selbständigen Bierniederlagen, Gastwirte, Flaschenbierfüller u. dgl.), sowie Private (§ 2, Z. 2 und 3) sind, wenn sie am Tage des Wirksamkeitsbeginnes des vorliegenden Gesetzes im Geltungsgebiete dieses Gesetzes einen Biervorrat von mehr als zwei Hektoliter an nicht selbst erzeugtem Biere besitzen, verpflichtet, die Menge und den Aufbewahrungsort des Bieres den im Vollzugswege zu bestimmenden Organen behufs amtlicher Erhebung des Biervorrates spätestens fünf Tage nach dem Wirksamkeitsbeginne des Gesetzes schriftlich anzumelden und die für den Vorrat abzüglich zwei Hektoliter entfallende Nachtragsaufgabe von zwei Kronen pro Hektoliter binnen acht Tagen nach erfolgter Vorschreibung zu entrichten, wobei die Bestimmung des § 10 des Gesetzes vom 14. Juni 1910, L.-G. und B.-Bl. Nr. 54, auch für diese Auflagebeträge gilt. Die vorbezeichneten Personen sind verpflichtet, den im Vollzugswege zu bestimmenden Organen die Kontrollierung der Richtigkeit der Vorratsanmeldung durch vollständige oder stichprobenweise Erhebung und Überprüfung der Vorräte zu gestatten.

2. Die Bierbrauereiunternehmer sind verpflichtet, bis längstens fünf Tage nach dem Wirksamkeitsbeginne des Gesetzes eine detaillierte Nachweisung über die am Tage des Wirksamkeitsbeginnes des Gesetzes in ihren Unternehmungen (in den Gär- und Lagerkellern und sonstigen Aufbewahrungsräumen) sowie die in ihren außerhalb der Brauerei, jedoch im Geltungsgebiete dieses Gesetzes gelegenen, auf eigene Rechnung betriebenen Bierniederlagen vorhandenen Biervorräte (getrennt nach Faß und Flaschen) den im Vollzugswege zu bestimmenden Organen in einfacher Ausfertigung zu überreichen.

## Artikel III.

Das gegenwärtige Gesetz tritt 14 Tage nach der Kundmachung der Vollzugsvorschrift, jedoch nicht vor 1. Jänner 1914, in Kraft.

## Artikel IV.

Die Durchführungsverordnung wird von der k. k. steiermärkischen Statthalterei im Einvernehmen mit der k. k. Finanz-Landes-Direktion und dem Landes-Ausschusse des Herzogtumes Steiermark erlassen.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist Mein Minister des Innern und Mein Finanzminister im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Ministern beauftragt."

## Bericht

des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 277, 1913, betreffend die Erhöhung der Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier.

## Hoher Landtag!

Im Sinne der Ausführungen des Landes-Ausschusses gestattet sich der Finanz-Ausschuß zu stellen folgenden

## Antrag:

„I. Der hohe Landtag wolle dem nachfolgenden Gesetzentwurfe, betreffend die Einhebung einer Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

II. Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird ermächtigt, an dem vom Landtage beschlossenen Gesetzentwurfe über etwaiges Verlangen der k. k. Regierung Änderungen unwesentlicher, besonders formaler Natur im eigenen Wirkungskreise vorzunehmen, sofern dies für die Erlangung der Allerhöchsten Sanktion erforderlich erscheint."

**Landeshauptmann:** Der Herr Berichterstatter hat schon eingangs seiner Rede bekannt gegeben, daß er den Antrag als untrennbares Ganzes ansieht, und er bittet auch, denselben als solches anzunehmen.

Ich werde nunmehr zur Abstimmung schreiten. Es wurde das Begehren gestellt auf mündliche Abstimmung. Ich werde diesen Wunsch erfüllen.

Ich werde die Herren ersuchen, die dafür stimmen, mit „Ja“ zu antworten, die dagegen stimmen, mit „Nein“ zu antworten.

(über Namensaufruf stimmen mit „Ja“ die Herren Abgeordneten: Exzellenz Edmund Graf Attems, Franz Graf Attems, Berger, Bührlen, Capra, Freiherr von Enbloch, Dermutz, Einspinner, Fessler, von Fehrer, Foest, Franz, Freiherr Fradht von Fradenegg, Gerlich, Göllles, Größwang, Hagenhofer, Dr. Hofmann von Wellenhof, Horsch, Huber, Dr. von Kaan, Freiherr von Kellersperg, Kern, Klammer, von Kodolitsch, Dr. Kratter, Krebs, Krenn, Exzellenz Graf Lamberg, Mosdorfer, Neger, Dr. Negri, Pipik, Orinig, Otter, Pichler, Reitter, Riegler, Sedlaczek, Seidler, Stallner, Stoder, Tomaschik, Dr. Tunner, Wagner, Wastian, Werba, Dr. Winter, Wöls und Graf Woracziczky.

Mit „Nein“ stimmen die Herren Abgeordneten: Dr. Benkovič, Brandl, Horvatek, Kanzler, Kollegger, Dr. Korosec, Pisek, Resel, Riemelmoser, Dr. Schacherl, Schwab, Terglad und Dr. Verstovšek.)

Dieser Antrag und der Gesenztwurf ist mit 50 gegen 13 Stimmen angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 230, betreffend die Gewährung von Steuerzuschlägen für Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Steiermark.**

Berichterstatter ist Herr Abg. Einspinner, dem ich das Wort erteile und den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses **Einspinner** (von der Tribüne): Hohes Haus! Ich glaube keinem Widerspruch zu begegnen, wenn ich mein Referat über diesen Gegenstand auf das aller kürzeste einschränke, schon mit Rücksicht auf unseren hochverehrten Herrn Landeshauptmann. Einundzwanzig Stunden ohne Speise und Trank zu sich genommen zu haben, sitzt Seine Exzellenz der Herr Landeshauptmann jetzt. Ich glaube daher, daß es geradezu Anstandspflicht ist, wenn wir die folgenden Punkte in äußerster Kürze abwickeln.

Ich will also nur einiges bemerken: Es wäre uns selbstverständlich am allerangenehmsten, wenn der sogenannte kleine Finanzplan im Abgeordnetenhaus

schon erledigt worden wäre, oder wenn wir wenigstens überzeugt wären, daß er in der nächsten Zeit erledigt sein wird, um so die Überweisungen für das Land zu bekommen, damit die Lehrgelhaltsregulierung endlich durchgeführt werden kann. Ich will hoffen, daß dies in der nächsten Zeit doch noch der Fall sein wird. Nichtsdestoweniger ist es eine dringende Notwendigkeit, daß wenigstens eine teilweise Lehrgelhaltsregulierung von uns durchgeführt wird. Der Landes-Ausschuß hat sich bereits veranlaßt gesehen, zunächst für das Jahr 1913 einen Betrag von 300.000 Kronen einzustellen, welche dazu bestimmt sind, unverzüglich als Teuerungszulage für die Lehrer zur Verteilung zu kommen. Der Aufteilungsschlüssel, der im Einvernehmen mit dem Steirischen Lehrerbunde festgesetzt worden ist, ist für diese 300.000 Kronen folgender:

120 Kronen bekommen verheiratete Lehrer, 80 Kronen ledige Lehrpersonen, 40 Kronen Lehrpersonen mit Reifeprüfung, die wenigstens ein Jahr Dienstzeit haben, und 40 Kronen die Arbeitslehrerinnen, die ebenfalls ein Jahr Dienstzeit haben. Um nun den ungenügenden Besoldungsverhältnissen bis zur endgültigen Neuregelung der Lehrgelhalte der Volks- und Bürgerschullehrer Steiermarks wenigstens vorläufig abzuwehren, beantragt der Landes-Ausschuß, daß ihm vorläufig für das Jahr 1914, beziehungsweise bis zur endgültigen Neuregelung der Lehrgelhalte ein Betrag von 1.200.000 Kronen zur Verfügung gestellt werde. Mit diesem Betrage kann ungefähr das Vierfache der vorgenannten Ziffer an die Lehrer zur Auszahlung gelangen.

Ich bemerke ausdrücklich und wieder, daß das nur eine vorläufige Lehrgelhaltsregulierung ist und daß in dem Augenblicke, wo die Überweisungen aus den Steuervorlagen, die dem Abgeordnetenhaus vorliegen, erfließen, dann eine vollkommene Lehrgelhaltsregulierung beschlossen werden muß. Wir alle sind uns darüber im Klaren, daß diese Regulierung unbedingt notwendig ist. Es ist leider eine traurige Tatsache, daß die steirischen Lehrer dermalen am schlechtesten gestellt sind. (Rufe: „Leider!“)

Meine Herren, um nicht länger aufzuhalten, stelle ich im Namen des Finanz-Ausschusses den dem Antrage des Landes-Ausschusses konformen Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Zur Gewährung einer Teuerungszulage an die Lehrpersonen der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Steiermark wird ein Betrag von 1.200.000 Kronen vorläufig für das Jahr 1914,

beziehungsweise bis zur endgültigen Neuregelung der Lehrergehälter, angewendet.

Über die Verteilung des Betrages und die Art der Auszahlung hat der Landes-Ausschuß im Einvernehmen mit dem k. k. steiermärkischen Landes-Schulrate das Nötige zu veranlassen."

Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

Abg. **Otter** (Graz, II.—VI. Stadtbezirk): Geehrte Herren! Es obliegt mir als einziger Vertreter der Volks- und Bürgerschullehrer im Landtage dem Hause den besten Dank auszudrücken für das, was für die Lehrerschaft heute geschehen ist. Es ist endlich wenigstens ein teilweiser Erfolg nach jahrelangem Kampfe, ein Lichtblick, der in düstere Lehrerhäuser und Lehrerstuben, in trostlose Lehrerherzen, die von Not und Sorge durchdrungen sind, fällt. Ich glaube, nur einer Dankespflicht der Lehrerschaft zu genügen, wenn ich insbesondere jenen Männern, die hervorragend daran gearbeitet haben, das hier durchzusetzen, an dieser Stelle öffentlich den Dank ausspreche. Insbesondere dem Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Hofmann v. Wellenhof, der sich um die Zuwendungen für die Lehrergehaltserhöhung wärmstens bemüht hat; ebenso dem Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. v. Raan. Im übrigen den gesamten Herren des hohen Hauses, die mit großen Opfern an Geduld, an körperlichen Beschwerden und nicht minder durch gewisse Opfer des Intellektes, die gestern und heute erforderlich waren, zugunsten der Lehrerschaft diese Vorlage durchgesetzt haben. Die Lehrerschaft begrüßt diese Einmütigkeit aller Parteien — mit Ausnahme der Sozialdemokraten — in dieser Lebensfrage der Lehrer. Die Lehrerschaft begrüßt diese Einigkeit des hohen Hauses besonders deshalb, weil sie darin die Gewähr dafür erblickt, daß heute eine wichtige Vorarbeit gemacht wurde für ein gutes, gerechtes Gehaltsgesetz, das den Wünschen der Lehrerschaft entspricht. Die Lehrerschaft hofft, daß ein solches Gehaltsgesetz noch im Jahre 1914 geschaffen werde und das Haus in eben solcher Einmütigkeit diese brennende Lehrerfrage bereinigen werde.

Ich möchte noch etwas bemerken. Ich habe mich gewundert, daß von jener Seite gerade meine Person mit einem so auffälligen Fanatismus den ganzen Tag und die ganze Nacht verfolgt wurde. Ich kann nur eines als Grund dafür finden, nämlich, daß es den Herren sehr unangenehm ist, daß die deutsche Lehrerschaft heute durch ihre deutschen Abgeordneten einen Erfolg errungen hat und Herr Abg. Horvatek

wahrscheinlich sein Gefolge an Jungen in der Lehrerschaft völlig verlieren wird. Ich bin überzeugt, er hat für seine Partei unter der Lehrerschaft hier selbst das Grab gegraben. Die persönlichen Beleidigungen, Anfeindungen, unberechtigten Beschuldigungen, Verspottungen und Verhöhnungen werde ich in der Presse zurückweisen und nicht hier richtigstellen, weil ich das ohnehin erschöpfte Haus nicht noch länger aufhalten will und es mir in meiner Tätigkeit um die Sache der Lehrer und nicht um die Agitation zu tun ist.

Zum Schluß muß ich noch einer Gruppe von Lehrern gedenken, die heute nicht berücksichtigt wurden; das sind die Lehrerpensionisten. Dazu gehört auch der Herr Abg. Horvatek. Ich arbeite also jetzt auch in seinem Interesse, woraus Sie ersehen, daß ich nicht rachsüchtig bin. Die Lehrerpensionisten haben tatsächlich vielfach ein ganz geringes, aber alle ein zu geringes Einkommen. Es ist natürlich, daß die Teuerung von den Lehrerpensionisten gerade so gespürt wird, wie von den angestellten Lehrern.

Daher erlaube ich mir, folgenden Resolutionsantrag zu stellen (liest):

„Der Landes-Ausschuß wird ermächtigt, den pensionierten Lehrpersonen, sowie jenen Lehrerswitwen, die derzeit weniger als 800 Kronen Pension beziehen, zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage Unterstützungsbeiträge zuzuwenden und zu diesem Zwecke den Höchstbetrag von 100.000 Kronen in Anspruch zu nehmen, sobald durch die zu gewärtigenden staatlichen Mehrüberweisungen die Bedeckung hierfür vorhanden sein wird. Die Art der Verteilung und Auszahlung wird dem Landes-Ausschuße übertragen.“

Ich bitte im Interesse der Veteranen der Lehrerschaft, der Pensionisten, diesem Resolutionsantrag zuzustimmen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Abg. Dr. **Korošec** (N. B. Marburg): Hoher Landtag! Ich bin beauftragt, zu erklären, daß der Sloweniski-Klub für die vorliegende Vorlage stimmen wird, im Bewußtsein, daß er dadurch auch der slowenischen Lehrerschaft die nötige Hilfe bringt. Von meinen Kollegen Dr. Puchas, Prisching und Dzimec wurde ich gebeten, folgenden Resolutionsantrag zur Beschlußfassung dem hohen Landtage vorzulegen (liest):

„Der Landes-Ausschuß wird ermächtigt, aus dem zu gewärtigenden Mehrbetrage der staatlichen Überweisungen den Religionslehrern an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen für die Zeit vom 1. Jänner 1914 bis zur Neuregelung

ihrer Bezüge eine im entsprechenden Verhältnisse zu den Zulagen für die Lehrer sinngemäß zu berechnende Erhöhung ihrer Remunerationen anzuweisen.“

**Landeshauptmann:** Ich bitte diejenigen Herren, welche diese Resolution unterstützen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Die Resolution ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Abg. **Horvatek** (N. W. Marburg): Hohes Haus! Es wäre beinahe verlockend, auf das Verlegenheitsgestammel des Herrn Otter zu antworten, ich will aber darauf verzichten, weil ich es unter meiner Würde halte.

Was unsere Stellung zur Vorlage, betreffend die Gewährung von Teuerungszulagen an die Lehrpersonen betrifft, so haben wir diese Stellung schon oft gekennzeichnet und wäre es uns sehr lieb gewesen, wenn dieser Gegenstand an erster Stelle verhandelt worden wäre. Das ist nicht geschehen. Wir haben beschlossen, für den Antrag des Landes-Ausschusses zu stimmen, aber im Interesse der Lehrer bitte ich, folgende Stiländerung vorzunehmen. Es heißt hier (liest):

„Zur Gewährung einer Teuerungszulage an die Lehrpersonen der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Steiermark wird ein Betrag von 1,200.000 Kronen vorläufig für das Jahr 1914, beziehungsweise bis zur endgültigen Neuregelung der Lehrergehalte aufgewendet.“

Das ist uns zu wenig klar; wir haben sehr üble Erfahrungen, daß unklare Fassungen der Verordnungen und Beschlüsse zu Ungunsten der Lehrer ausgelegt werden.

Damit es unmöglich sei, hier etwas zu Ungunsten der Lehrer auszulegen, beantrage ich, es sollen die Worte: „vorläufig für das Jahr 1914, beziehungsweise“ gestrichen werden, dafür soll es heißen: „von jährlich 1,200.000 Kronen vom 1. Jänner 1914 an bis zur endgültigen Neuregelung“ . . . .

Wir halten das für klar, und Klarheit ist in derartigen Bestimmungen von Wichtigkeit. Ich will, da die Zeit so vorgeschritten ist, die Herren nicht mehr länger in Anspruch nehmen und bitte um Annahme des Antrages auf Änderung dieser Bestimmung.

**Landeshauptmann:** Der Herr Abg. Horvatek hat den Antrag gestellt, es möge in dem aufliegenden lithographierten Antrage in der vierten Zeile oben vor der Ziffer 1,200.000 Kronen das Wort „jährlich“ eingeschaltet werden und nach der Ziffer die

Worte: „vorläufig für das Jahr 1914, beziehungsweise“ gestrichen werden.

Ich ersuche daher diejenigen Herren, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist nicht genügend unterstützt und wird daher nicht in Verhandlung gezogen.

Abg. **Fexler** (Mt.-G. Leibnitz): Hohes Haus! Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Landeshauptmann:** Ich ersuche diejenigen Herren, welche den Antrag auf Schluß der Debatte annehmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen.

Es ist noch zum Worte gemeldet der Herr Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Hofmann v. Wellenhof. Ich erteile ihm dasselbe.

Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. **Hofmann von Wellenhof:** Ich fühle mich als derzeitiger Schulerferent im Landes-Ausschusse verpflichtet, dem Landtage dafür Dank zu sagen, daß er uns in die Lage versetzt hat, der materiellen Notlage, in der die steirische Lehrerschaft sich befindet, einigermaßen Abhilfe zu schaffen.

Ich möchte auch insbesondere jene Entschließung, die der Herr Kollege Otter bezüglich der Altrenten beantragt hat, befürworten und der Annahme des hohen Hauses empfehlen. Es ist ganz unleugbar, daß diese Lehrer unter ungünstigeren Verhältnissen gedient haben als die jetzigen, und daß ein großer Teil einer Unterstützung dringend bedarf. Durch den heutigen Beschluß des hohen Landtages wird es dem Lande möglich sein, seiner wackeren und pflichttreuen Lehrerschaft gegenüber eine alte Ehrenschuld wenigstens teilweise und vorläufig abzutragen.

**Landeshauptmann:** Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Ginspinner:** Der Herr Abg. Horvatek hat beantragt, vor die Ziffer 1,200.000 Kronen das Wort „jährlich“ einzufügen und die Worte: „vorläufig für das Jahr 1914, beziehungsweise“ zu streichen. Ich bin nicht in der Lage, die Annahme dieser Abänderung zu empfehlen (Rufe: „Das ist gar nicht unterstützt.“) Was die Resolution des Herrn Abg. Otter betrifft, so unterstütze ich dieselbe auf das wärmste.

Ich empfehle auch die Resolution der Herren Abg. Dr. Buchas und Prisching zur Annahme.



Sie ist berechtigt, und ich glaube, daß das hohe Haus sie ruhig annehmen kann.

**Landeshauptmann:** Ich schreite zur Abstimmung und werde zuerst den Antrag zur Abstimmung stellen, wie er seitens des Finanz-Ausschusses gestellt wird, weiters die Resolution des Herrn Abg. Otter, schließlich die Resolution der Herren Abg. Puchas und Frisching.

Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen: Zur Gewährung einer Teuerungszulage an die Lehrpersonen der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Steiermark wird ein Betrag von 1.200.000 Kronen vorläufig für das Jahr 1914, beziehungsweise bis zur endgültigen Neuregelung der Lehrergehälter aufgewendet.

Über die Verteilung des Betrages und die Art der Auszahlung hat der Landes-Ausschuß im Einvernehmen mit dem k. k. steiermärkischen Landesschulrate das Nötige zu veranlassen.“

(Der Antrag des Finanz-Ausschusses wird angenommen.)

Die von Herrn Abg. Otter gestellte Resolution lautet (liest):

Der Landes-Ausschuß wird ermächtigt, den pensionierten Lehrpersonen sowie jenen Lehrerswitwen, die derzeit weniger als 800 Kronen Pension beziehen, zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage Unterstützungsbeiträge zuzuwenden und zu diesem Zwecke den Höchstbetrag von 100.000 Kronen in Anspruch zu nehmen, sobald durch die zu gewärtigenden staatlichen Mehrüberweisungen die Bedeckung hierfür vorhanden sein wird. Die Art der Verteilung und Auszahlung wird dem Landes-Ausschuße übertragen.“

(Die Resolution wird angenommen.)

Jetzt kommt zur Abstimmung die Resolution der Herren Abg. Dr. Puchas, Frisching und Dzimec.

Dieselbe lautet (liest):

„Der Landes-Ausschuß wird ermächtigt, aus dem zu gewärtigenden Mehrbetrage der staatlichen Überweisungen den Religionslehrern an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen für die Zeit vom 1. Jänner 1914 bis zur Neuregelung ihrer Bezüge eine im entsprechenden Verhältnisse zu den Zulagen für die Lehrer sinngemäß zu berechnende Erhöhung ihrer Remunerationen anzuweisen.“

(Die Resolution wird angenommen.)

Es ist somit dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Erhöhung der Subvention zur Bekämpfung des infektiösen Scheidentartrhs der Kinder von 2000 K. auf 4000 K. (Beilage Nr. 197).**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Hagenhofer:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Bewilligung einer außerordentlichen Gnadengabe an die Taubstummenlehrerwitwe Cäcilie Zaucher und einer Gnadengabe an die Taubstummenlehrerwitwe Johanna Groß, geborenen Riegerl (Beilage Nr. 281).**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Perstovšek.**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Zuerkennung einer Gnadenpension an den gewesenen Verwalter des allgemeinen öffentlichen Krankenhauses Brud a. d. W. Ferdinand Beranek, betreffend die Erhöhung der Gnadenpension für die Spitals-Verwalterwitwe Anna Tartler und betreffend die Erhöhung der gnadenweise bewilligten Erziehungsbeiträge für die Kinder nach dem verstorbenen Krankenhausverwalter Friedrich Roßbacher.**

(Beilage Nr. 282.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. **Verstovšek**:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann**: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses in Angelegenheit der Ausgleichung der Bezirksstraßenkosten.**

(Beilage Nr. 283.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Stallner**.

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann**: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Schaffung einer zweiten Extraktatum-Stelle für die VII. Rangsklasse im Landes-Sekretariate.**

(Beilage Nr. 284.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Feyrer**:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann**: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Beförderung des Dr. Friedrich Rodoschegg, Leiters der Rechtschul-**

**abteilung der Landes-Findelanstalt in Graz, ad personam in die VIII. Rangsklasse und Verleihung des Titels eines Landes-Sekretärs an denselben.**

(Beilage Nr. 288.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. **Feyrer**:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann**: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffs Organisation der Assistenz-ärzte der Landes-Irrenanstalt Feldhof.**

(Beilage Nr. 291.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Graf **Attems**:

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann**: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Reorganisation im Stande der Direktionskanzlei des Allgemeinen Krankenhauses und der Landes-Versorgungs-Anstalten-Verwaltung in Graz.**

(Beilage Nr. 292.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. **Hofmann von Wellenhof**.

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Bewilligung einer Gnadengabe an die landschaftliche Hufbeschlagsgehilfenswitwe Maria Molini und an die landschaftliche Veterinär-Professorswaise Albertine Ott.**

(Beilage Nr. 293.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Hagenhofer:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die mit der Landtags-Vorlage, Beilage Nr. 86/1911/12, beantragte Schaffung einer Extra-Stelle für die VII. Rangklasse im Landes-Sekretariate.**

(Beilage Nr. 314.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **v. Fejrer:**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses wegen Abänderung des Gesetzes vom 10. November 1874, L.-G.-Bl. Nr. 48, betreffend die Erhaltung der Mädchen-Bürgerschule am Ferdinandeum in Graz.**

(Beilage Nr. 329.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses **Dr. Hofmann von Wellenhof.**

Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Unterrichts-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Das hohe Haus hat zu Beginn der heutigen Sitzung die Beilage Nr. 307, das ist der

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Brandl, Schwab und Genossen, betreffend die Beseitigung des 7prozentigen Tarifzuschlages der Südbahngesellschaft**

und den

**Antrag der Abg. Dr. von Hofmann, Einspinner und Genossen, betreffend die sogenannten Sanierungsverhandlungen mit der f. k. priv. Südbahngesellschaft**

(Beilage Nr. 325)

auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Es gelangt daher der Herr Abg. Brandl zum Wort, um seinen Dringlichkeitsantrag zu begründen.

**Abg. Brandl (L. G. Judenburg):** Hoher Landtag! Ich habe gestern einen Antrag eingebracht, der sich mit der Wahrung der steirischen Interessen bei den Südbahnverhandlungen befaßt.

Inzwischen sind, wie die Zeitungen berichten, Abmachungen getroffen worden. Diese bedeuten aber eine große Gefahr für die Alpenländer.

Der steiermärkische Landtag ist berufen, dazu Stellung zu nehmen und ich beantrage daher, daß diese Angelegenheit dringlich behandelt werde.

Die wichtigste Forderung der Alpenländer ist bekanntlich die Beseitigung des 7prozentigen Tarifzuschlages. Die neuesten Abmachungen knüpfen aber daran die Bedingung, daß der Staat eine Reinertragsgarantie gewähre und auf parlamentarischem Wege sicherstelle. Geschieht das nicht, so tritt von selbst die Tarifgarantie ein.

Ob das Parlament in der Lage sein wird, die Reinertragsgarantie zu beschließen, kann heute nicht vorausgesagt werden. Sicher ist, daß die Gefahr des

Weiterbestehens des Tarifzuschlages, ja sogar der weiteren Erhöhung des Tarifzuschlages nicht beseitigt ist.

Ich stelle daher den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen: Der steiermärkische Landtag erklärt die Beseitigung des siebenprozentigen Tarifzuschlages auf der Südbahn als unbedingtes Erfordernis für die wirtschaftliche Prosperität der Alpenländer und fordert den Landes-Ausschuß auf, die Regierung unterzüglich davon in Kenntnis zu setzen, daß eine Sanierung der Südbahn unter Intervention des Staates ohne Beseitigung des siebenprozentigen Tarifzuschlages und ohne Erfüllung der dem Ministerium längst bekanntgegebenen wichtigsten Forderungen örtlicher Natur eine schwere Schädigung Steiermarks bedeuten würde.

In Anbetracht der im Zuge befindlichen Sanierungsverhandlungen wird die dringliche Behandlung beantragt.“

In formeller Beziehung beantrage ich, diesen Antrag dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zuzuweisen.

**Landeshauptmann:** Nach der Geschäftsordnung müssen Anträge, welche von einzelnen Mitgliedern gestellt werden, bevor sie im Hause angenommen werden können, in einer Ausschusssitzung einer Vorberatung unterzogen werden; es ist beantragt, diesen Antrag zur Vorberatung dem Eisenbahn-Ausschusse zuzuweisen. Der Antrag ist bisher erst von drei Herren unterschrieben. Wenn ein Antrag zur Zuweisung gelangen soll, muß er aber von mindestens sechs Herren unterstützt sein, einschließlich der Unterschrift des Antragstellers. Ich muß daher zuerst die Unterstützungsfrage stellen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt und die Zuweisung an den Eisenbahn-Ausschuß beschlossen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

**Begründung des Antrages der Abgeordneten Dr. v. Hofmann, Einspinner und Genossen, betreffend die sogenannten Sanierungsverhandlungen mit der k. k. priv. Südbahngesellschaft.**

(Beilage Nr. 325.)

Ich erteile dem Herrn Antragsteller zur Begründung seines Antrages das Wort.

Abg. Dr. **Hofmann v. Wellenbof** (Graz): Mit Rücksicht auf die bereits ziemlich lange Dauer der Sitzung werde ich mich der möglichsten Kürze bei Begründung meines Antrages befleißigen. Ich kann dies um so eher tun, als es sich um eine Angelegenheit handelt, die schon wiederholt dieses hohe Haus beschäftigt hat, die überdies erst vor kurzem vor einer sehr zahlreich besuchten Versammlung von Vertretern der Interessenten des gesamten Südbahngebietes in eingehender Weise behandelt worden ist. Wir haben natürlich, ich möchte das ausdrücklich betonen, gar nichts dagegen einzuwenden, wenn die finanziellen Verhältnisse der Südbahn gebessert, wenn sie auf eine gesicherte Grundlage gebracht werden. Wir können um so weniger etwas dagegen haben, als gerade uns in den Alpenländern und zumal in Steiermark, die wir zum großen Teile in den wichtigsten Verkehrsinteressen auf die Südbahn angewiesen sind, sehr viel daran gelegen sein muß, daß diese ehemöglichst in den Stand gesetzt werde, alle jene Anlagen, Erweiterungen und Verbesserungen durchzuführen, deren sie dringend bedarf, um den großen Verkehr, den sie bewältigen soll, auch klaglos abwickeln zu können. Man könnte sich ja auch damit abfinden, wenn es für unerlässlich erachtet wird, im Interesse der Hebung des österreichischen Staatskredites den ausländischen Gläubigern der Südbahn gewisse Zugeständnisse zu machen. Allein, wenn schon Opfer gebracht werden müssen, so sind wir der Meinung, daß diese von der Gesamtheit getragen werden müssen, daß es durchaus nicht angeht, daß diese Opfer irgendwie eine einseitige Belastung unserer Alpengebiete darstellen; und von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir neuerlich und auf das entschiedenste die Forderung stellen, daß die einseitige Belastung der Produktion und des gesamten Verkehrs, welche die Alpenländer und insbesondere das Land Steiermark durch den außerordentlichen 7prozentigen Tarifzuschlag seit einer Reihe von Jahren zu erleiden haben, ehemöglichst beseitigt werde.

Wir haben uns veranlaßt gefunden, auch noch eine zweite Forderung in unserem Antrag aufzunehmen und der Regierung besonders ans Herz zu legen, das ist die Frage der Beagierung der Strecke Graz—Leoben, eine Angelegenheit, deren Bedeutung schon längst feststeht und über die noch weiterhin sich zu verbreiten überflüssig wäre. Ich möchte nur hier nochmals ausdrücklich feststellen, daß die Durchführung dieser Beagierung, wenn sie auch gewisse finanzielle Opfer im Anfange kosten wird, sich gewiß reichlich verzinsen wird, weil ja diese Durchführung im Lebens-

interesse der Staatsbahn selbst gelegen wäre. Sie würde übrigens die sicherste Gewähr bieten, daß ein anderer wichtiger Wunsch auf dem Gebiete des Verkehrswezens in Steiermark, nämlich die Gründung einer selbständigen Staatsbahndirektion mit dem Sitze in Graz, bald verwirklicht werden müßte.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, bitte ich Sie, unserm Antrage die Zustimmung zu erteilen und beantrage in formeller Beziehung, unsern Antrag dem Eisenbahn-Ausschusse zuzuweisen. (Lebhafter Beifall.)

**Landeshauptmann:** Wie der Antrag ausweist, ist er bereits genügend unterstützt und habe ich daher nur die Zuweisungsfrage zur Austragung zu bringen. Der Herr Abg. Kessel hat sich zum Worte gemeldet, weil er zu diesem Antrag, dessen Zuweisung beschlossen werden soll, einen Zusatzantrag stellen will.

Abg. **Kessel** (N. W. Graz): Hoher Landtag! Wir sind nicht nur mit dem Inhalt des soeben begründeten Antrages einverstanden, sondern auch mit der Zuweisung an den Eisenbahn-Ausschuß. Nur gestatte ich mir, darauf zu verweisen, daß der Antrag insofern eine, sagen wir, Lücke enthält, als er nicht auch ausspricht, daß die Regierung aufgefordert wird, jederlei Vereinbarungen zu unterlassen, die es verhindern würden, daß die Südbahnmisere endgültig beseitigt werden könnte. Ich glaube, Sie sind sich klar, wie die Südbahnmisere beseitigt werden könnte, indem sie der Gesellschaft abgenommen wird, ob auf dem Wege der Verstaatlichung oder in irgend einer anderen Weise, darüber will ich mich nicht weiter aussprechen.

Aus diesem Grunde erlaube ich mir, zu dem ersten Teil des Antrages der Abgeordneten Dr. Hofmann v. Wellenholz, Einspinner und Genossen (Beilage Nr. 325) folgenden Zusatzantrag zu stellen (liest):

„und jederlei Vereinbarungen mit den Südbahninteressenten zu unterlassen, welche die ehefte endgültige Beseitigung der Südbahnmisere hintanzuhalten oder zu verzögern vermögen.“

Ich würde Sie bitten, auch diesen Zusatzantrag mit dem Antrage der beiden Herren Abgeordneten Dr. Hofmann v. Wellenholz und Einspinner zuzuweisen, damit es möglich erscheint, einen Beschluß aus dem Eisenbahn-Ausschusse hervorzurufen, welcher einhellige Zustimmung findet.

(Der Antrag wird unterstützt.)

**Landeshauptmann:** Ich ersuche diejenigen Herren, welche Beilage Nr. 325 und den Zusatzantrag des Herrn Abg. Kessel dem Eisenbahn-Ausschusse zuweisen wollen, sich von ihren Sitzen

zu erheben. (Geschicht.) Die Zuweisung an den Eisenbahn-Ausschuß ist beschlossen.

Somit ist die Tagesordnung erledigt. (Lebhafte Rufe: „Heil Landeshauptmann!“)

Es ist seitens des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten das Ersuchen gestellt worden, die mündliche Berichterstattung in folgenden Fällen zu genehmigen, und zwar über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 72, betreffend das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung einer Darlehensaufnahme zum Zwecke der Abstoßung der für die abgelösten Leichenbestattungsanstalten ausstehenden Kaufschillingsreste. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Freiherr Frahyd v. Frahdenegg;

weilers über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 105, über das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung zur Aufnahme eines Darlehens von vier Millionen Kronen. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist gleichfalls Abg. Freiherr Frahyd v. Frahdenegg;

ferner über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 195, über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung eines vierzigprozentigen Zuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Mosdorfer;

weilers über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 227, über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Forteinhebung einer Abgabe für Wein, Weinmost und Weinmaische. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Mosdorfer;

weilers über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 244, über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Genehmigung der Überlassung eines der Stadtgemeinde gehörigen Grundstückes für die Erbauung der II. Staatsrealschule. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Freiherr Frahyd v. Frahdenegg;

ferner über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 243, betreffend die

Errichtung eines Gewerbegerichtes in Judenburg. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Pipig;

weilers über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 7, über das Ansuchen der Marktgemeinde Laufen um Bewilligung zur Einhebung von Bautagen, von Widmungs- und Parzellierungstagen und von Tagen für Kommissionen in Baufachen. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. Benkovič;

über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 8, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Fölling im Gerichtsbezirke Umgebung Graz um Bewilligung zur Einhebung einer Gebühr für die von der Gemeinde zu übernehmende Besorgung der Fäkalienabfuhr. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Gölles;

über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 10, über das Ansuchen um Trennung der Ortsgemeinde St. Jakob in Windischbüheln. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. Benkovič;

über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 12, über das Ansuchen der Ortsgemeinde Fölling um Bewilligung zur Einhebung von Bautagen, von Widmungs- und Parzellierungstagen und von Tagen für Kommissionen in Baufachen. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Gölles;

über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 102, betreffend die Trennung der Marktgemeinde Eggenberg. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Werba;

über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 137, betreffend die Trennung der Gemeinde Wies. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Mosdorfer;

über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 223, betreffend die Teilung der Ortsgemeinde Wies. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Mosdorfer;

über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 71, über das Ansuchen der Landeshauptstadt Graz um Bewilligung zur Aufnahme eines Darlehens von 900.000 Kronen zum Zwecke des Ankaufes der Althaller-Gründe. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Freiherr Frahd t v. Frahd enegg.

(Die mündliche Berichterstattung wird bewilligt.)

Der Landeskultur-Ausschuß strebt an die mündliche Berichterstattung über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 280, betreffs Errichtung einer Haushaltungsschule für Bauerntöchter mit slowenischer Unterrichtssprache in St. Georgen an der Südbahn. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Pišek.

(Die mündliche Berichterstattung wird bewilligt.)

Der Sonderauschuß für Gemeindeangelegenheiten spricht weiters an, ihm die mündliche Berichterstattung in folgenden Fällen zu genehmigen, und zwar:

über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 25, über die Prüfung von Ergänzungswahlen für den steiermärkischen Landtag. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Freiherr Frahd t v. Frahd enegg;

und über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 263, über das Ansuchen des Bezirkes Mariazell um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 72 Prozent für das Jahr 1913. Der Antrag ist gleichlautend mit dem Antrage des Landes-Ausschusses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Freiherr Frahd t v. Frahd enegg;

ferner über eine ganze Reihe von Umlagengesuchen, wo es sich um die Gewährung von Umlagen über 150 Prozent an verschiedene Ortsgemeinden handelt und wo überall der Antrag des Sonder-Ausschusses gleichlautend ist mit dem Antrage des Landes-Ausschusses, und zwar:

Berichterstatter ist Herr Abg. Werba;

Beil. Nr.	Ortsgemeinde	Gerichtsbezirk	angestrebtes Umlagenprozent
220	Stainach	Trdnung	155 Prozent
221	Alten	Trdnung	160 "
222	Donnersbach	Trdnung	161 "
226	Einach	Murau	260 "
237	Badeschberg	Gonobitz	274 "
238	Peterdorf	Oberwölz	154 "
246	Obdach	Obdach	230 "
247	Lind	Neumarkt	170 "
252	Frattenberg	Mureck	200 "
255	Donnersbachwald	Trdnung	174 "
260	Graden-Piber	Voitsberg	250 "
261	Ratten	Birkfeld	240 "
264	Kleinlobming	Rnittelfeld	183 "
265	Radmer	Eisenerz	198 "
266	Hirschegg-Klein	Voitsberg	230 "
267	Hirschegg-Piber	Voitsberg	215 "
268	Rot	Gonobitz	197 "
269	Wefina	Gonobitz	175 "
270	Sulzbach	Oberburg	160 "

In allen diesen Angelegenheiten ist Herr Abg. Freiherr Fra y d t v. Fra y d e n e g g Berichterstatter.

(Die mündlichen Berichterstattungen werden bewilligt.)

Ich bitte nun sämtliche in Vortrag gebrachten Berichte des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten und einen des Landes-Kultur-Ausschusses als aufgelegt zu betrachten.

Ferner ist noch zu erledigen der Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten folgenden Inhaltes (liest):

„Die vom k. k. Bezirksgerichte in Straßfachen Graz, Abteilung V, vom 10. Oktober 1913, U V 1472/11/13, angeführte Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Viktor Franz wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre wird infolge Verjährung und des politischen Charakters des Klagefalles nicht stattgegeben.“

Die nächste Sitzung beantrage ich für heute den 16. Oktober 1913 um 6 Uhr nachmittags.

Auf die **Tagesordnung** beantrage ich zu setzen:

1. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Regelung der Personalverhältnisse am steiermärkischen Landes-Museum „Joanneum“ (Beilage Nr. 241).

2. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffs Dienstzeiteinrechnung für Josef Peter, Sach-

lehrer an der Landes-Ackerbauschule Grottenhof (Beilage Nr. 258).

3. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Erhöhung der Beitragsleistung der Feuerversicherungsunternehmungen für den Landes-Feuerwehrfonds (Beilage Nr. 313).

4. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend Begünstigungen von Bauten hinsichtlich der Entrichtung von Gemeinde- und Bezirksumlagen auf die Gebäudesteuer (Beilage Nr. 328).

5. Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend die Ertrückung der Frist zur Demolierung des Restes des alten Stadtparktheaters in Graz (Beilage Nr. 330).

6. Mündlicher Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 19, betreffend die Abänderung des § 17 des Gesetzes vom 8. Jänner 1870, L.-G. u. B.-Bl. Nr. 19, betreffend die Realschulen.

Berichterstatter Abg. Dr. Regri.

7. Mündlicher Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 110, betreffend die Reorganisation der Landes-Berg- und Hüttenerschule in Leoben.

Berichterstatter Abg. Wolfbauer.

8. Mündlicher Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 115, betreffend Verlängerung der Wirksamkeit der historischen Landes-Kommission für Steiermark.

Berichterstatter Abg. Dr. Buchas.

9. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 285, betreffend die Aufnahme eines Landes-Anlehens.

Berichterstatter Abg. F o e s t.

10. Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 287, betreffend die Errichtung einer Tuberkulosenheilstätte für Frauen und Kinder.

Berichterstatter Abg. F o e s t.

Ist hinsichtlich der von mir bekanntgegebenen Tagesordnung etwas zu bemerken. (Nach einer Pause.)

Es meldet sich hierzu niemand zum Worte, so bleibt es dabei.

Ich habe noch bekannt zu geben, daß der Pensions-Ausschuß vor der Hausitzung um halb 6 Uhr eine Sitzung abhält, um Zuweisungen vorzunehmen;

heute um halb 4 Uhr nachmittags findet die Konstituierung des kombinierten Finanz- und Gemeinde-Ausschusses statt;

um dreiviertel 4 Uhr findet die Konstituierung des kombinierten Finanz- und Unterrichts-Ausschusses statt;

um 4 Uhr nachmittags hält der Finanz-Ausschuß eine Sitzung ab.

Ist sonst noch etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Wenn nicht, erkläre ich nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Lebhafter Beifall, Heilrufe, Händeklatschen.)

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 45 Minuten morgens.)

